

# hayekforum

magazin für die freiheit

**Laudatio auf  
Prof. Dr. Veronika Grimm**  
Prof. Dr. Stefan Kooths

**Der Triumph der Gesinnung  
über die Urteilskraft**  
Prof. Dr. Fritz Söllner

**Journalismus braucht  
Binnenpluralismus**  
Mary Abdelaziz-Ditzow

**Realismus statt  
Wunschdenken**



**IMPRESSUM:**

**hayekforum**

Herausgegeben von der  
**Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.**  
Albrechtstraße 11  
D 10117 Berlin

Redaktion:  
Nickolas Emrich (V. i. S. d. P.)  
Johannes Koberstein  
Steve Palaser  
Ralf M. Ruthardt

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt

**Redaktionsanschrift:**

Hayek-Gesellschaft  
Albrechtstraße 11  
D 10117 Berlin  
Kontakt: [magazin@hayek.de](mailto:magazin@hayek.de)  
<https://hayek.de>

© Hayek-Gesellschaft | 01.07.2026

**Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.**

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Hayek-Gesellschaft wieder.**



ISSN (online) 3053-2485  
ISSN (Print) 3053-4224

Abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe (PDF) des Magazins: <https://hayek.de>

# hayekforum

magazin für die freiheit

## EDITORIAL 4

Prof. Dr. Stefan Kooths

## Appell an Realismus 6

Ralf M. Ruthardt

## Hayek Medaille 2026 10

Prof. Dr. Stefan Kooths

## Freiheit braucht Widerspruch 16

Flavio von Witzleben

## Journalismus braucht Binnenpluralismus 20

Mary Abdelaziz-Ditzow

## Die Krise der Universitäten 26

Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel

## Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft 34

Prof. Dr. Fritz Söllner

## Meinungsfreiheit braucht keine Unbedenklichkeitsbescheinigung 40

Prof. Dr. Michael Esfeld

## Die Steinzeit, die KI und wir 44

Matthias Still

## Freiheit braucht verständliche Worte 48

Dr. Kerstin Schindler & Ralf M. Ruthardt

## Rubrik: Hayek regional 52

Moderation: Christian Langer

## Freiheit schlägt Zwang 58

Peter Müller

## Warum liberales Engagement wichtiger ist denn je 42

Nickolas Emrich

## Vertrauensrepublik Deutschland 66

Dr. Stefan Gröll

## Kolumne: „Hayek und mehr“ 72 It's the Economy, „Krüppel“!

Dr. Carsten Dethlefs & Matthias Still

## Rubrik: Das Buch 76 Marx trifft Hayek

Rezension von Christian Langer

## Freiheit heißt schwimmen 80

Dr. Christian Bonn

## Gegen neuen Kollektivismus 84

Juan Pina

## Bitcoin zwischen Freiheit und Finanzsystem 90

Joana Cotar

## Illiberale Demokratie 94

Dr. Detmar Doering

## Der Preis der Toleranz 100

Nickolas Emrich

## Wege zu einem liberalen Rentensystem 106

Zeinab Herz

## Kolumne: Gedankensprung 114

Ralf M. Ruthardt



# EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Realismus statt Wunschdenken“ – dieser Titel beschreibt mehr als eine wirtschaftspolitische Positionsbestimmung. Er markiert eine Haltung, die in Zeiten zunehmender Verunsicherung dringend nötig ist: die Bereitschaft, die Wirklichkeit ernst zu nehmen, auch wenn sie den eigenen Ansichten widerspricht.

Politik neigt dazu, Knappheiten für Zumutungen zu halten, die sich durch Regulierung, Subventionen oder moralische Appelle aus der Welt schaffen ließen. Doch Preise, Zinsen, Gewinne und Verluste sind keine Störgeräusche einer unvollkommenen Ordnung. Sie sind Signale. Wer sie überdeckt, beseitigt nicht das Problem, sondern nimmt der Gesellschaft die Möglichkeit, angemessen darauf zu reagieren.

Das gilt für die Energiepolitik ebenso wie für den Wohnungsmarkt, für die Staatsfinanzen, für Bildung und Wissenschaft, für Medien und öffentliche Debatten. Wo Wunschdenken regiert, wird Widerspruch schnell als Störung empfunden. Wo Realismus gilt, wird Widerspruch zur Voraussetzung von Erkenntnis.

Eine freiheitliche Ordnung lebt nicht davon, dass zentrale Instanzen bessere Ziele formulieren als der Einzelne. Sie lebt davon, dass Menschen handeln, irren, lernen und Verantwortung übernehmen können. Dafür braucht es verlässliche Regeln: Eigentum, Haftung, Wettbewerb, Rechtsstaatlichkeit und offene Debattenräume. Nicht aber eine immer dichtere Ergebnissteuerung, die am Ende Freiheit durch Fürsorge ersetzt und Verantwortung durch Zuständigkeit.

Der klassische Liberalismus ist deshalb kein Schönwetterprogramm. Er ist gerade dort gefordert, wo Krisen den Ruf nach Kontrolle verstärken. Seine Stärke liegt nicht im Versprechen einfacher Lösungen, sondern in der Einsicht, dass komplexe Gesellschaften nicht zentral geplant, sondern nur durch freie Koordination, dezentrales Wissen und institutionelle Begrenzung politischer Macht funktionsfähig bleiben.

Diese Ausgabe versammelt Beiträge, die aus unterschiedlichen Perspektiven genau darauf verweisen: auf die Notwendigkeit von Urteilskraft, Binnenpluralismus, wissenschaftlicher Redlichkeit, verständlicher Sprache und einem klassisch-liberalem Engagement.

Realismus ist keine Resignation. Er ist der Anfang vernünftiger Politik.

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vorsitzender des Vorstands

der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.



# Appell an **Realismus** und Deregulierung

von Ralf M. Ruthardt



Mit seiner Eröffnungsrede zu den Hayek-Tagen 2026 in Münster setzte Carlos A. Gebauer einen pointierten Auftakt für eine Veranstaltung, die im Zeichen von Realismus, Deregulierung und klassisch-liberalem Denken stand. Gebauer beließ es nicht bei einer protokollarischen Begrüßung, sondern verband Rückblick, Gegenwartsanalyse und Ausblick zu einer grundsätzlichen Standortbestimmung. Der folgende Beitrag fasst zentrale Linien dieser Rede zusammen und ordnet sie in den Kontext der Hayek-Tage 2026 ein.

Die komplette Rede von Carlos A. Gebauer finden Sie auf [www.hayek.de](http://www.hayek.de)

Mit einer grundsätzlichen, zugleich wegweisenden Rede hat Carlos A. Gebauer die Hayek-Tage 2026 in Münster eröffnet. Schon zu Beginn setzte er den Rahmen: Das „überwältigende Interesse“ an der „überbuchten“ Konferenz zeige, „die Arbeit unseres Vereins im Geiste der Philosophie Hayeks trifft den Zeitgeist“. Gebauer nutzte den Auftakt nicht für eine bloße Begrüßung, sondern für eine dreiteilige Standortbestimmung: Rückblick auf die Hayek-Gesellschaft, Analyse der Gegenwart und Ausblick auf künftige Aufgaben.

Im historischen Rückblick erinnerte Gebauer daran, dass die Gründung der Hayek-Gesellschaft 1998 in einer anderen Epoche erfolgt sei. Damals habe noch die Hoffnung bestanden, „als würden sich die Probleme der überforderten Staatshaushalte samt ihren Folgen noch mit Rationalität lösen lassen“. Heute dagegen stehe die Bundesrepublik nach seiner Einschätzung in einer tiefen Krise. Zuspitzend fragte er, ob die Gründer um Roland Baader und Edmund Radmacher je hätten ahnen können, „wie die Lage im Land sich knapp 30 Jahre später darstellen würde“.

Besonders eindringlich wurde Gebauer in seiner Situationsanalyse. Er erklärte: „Die Existenz und Arbeit der Hayek-Gesellschaft war

nie wichtiger als jetzt.“ In einer gesellschaftlichen „Polykrise“ brauche es einen rationalen Ankerpunkt, von dem aus die Schwierigkeiten „nüchtern und ‚österreichisch‘“ bewältigt werden könnten. Wiederkehrendes Leitmotiv war die Diagnose: „Staat und Gesellschaft sind hier in Unordnung.“ Diese Unordnung verortete Gebauer unter anderem in Energie-



politik, Pandemiepolitik, Justiz, Universitäten, Strafrecht, Medienordnung und digitaler Regulierung.

Einen Schwerpunkt legte er auf die Verteidigung des Liberalismus gegen eine politische Einordnung als „rechts“. Der Liberalismus stehe in der historischen Dichotomie „weder links, noch rechts“, sagte Gebauer: „Wo andere erziehen wollen, lässt der Liberale



wachsen.“ Daher wohne der Liberalismus „in der Mitte des Parlaments, nicht an einer Seite“. Scharf wandte er sich auch gegen die Behauptung, Friedrich A. Hayek habe Augusto Pinochet beraten: „Nein, Friedrich A. Hayek hat Augusto Pinochet nicht beraten!“

Gebauer verband seine Kritik an gesellschaftlichem Konstruktivismus mit Warnungen vor einem politisch betriebenen „engineering of public opinion“. Der Staat dürfe freie Urteilsbildung nicht durch Akzeptanzmanagement ersetzen. Besonders deutlich wurde er beim Thema digitaler Kontrolle: Wer vom digitalen Raum ausgeschlossen werde, erlebe „den Horror, die Lebenslizenz zu verlieren“. Als Gegenbild formulierte er den Anspruch auf „eine nicht-digitale, analoge Existenz“ und nannte die „Nichtnutzung von CBDC und digitalen Identitäten“ ausdrücklich als Freiheitsfrage.

Im Ausblick kündigte Gebauer an, dass der Aufbau des *Javier Milei Instituts für Deregulierung in Europa* einen neuen Akzent setzen werde. Das Institut und die Hayek-Gesellschaft blieben dabei „konsequent privat und nicht öffentlich finanziert“. Deregulierung bezeichnete er als „äußerst herausfordern-

des Geschäft“, das intellektuelle Arbeit und Erfahrungsaustausch erfordere.

Seine Rede endete mit einem Bild des an einen kleinen Pflock gebundenen Elefanten: Als Jungtier zu schwach zur Befreiung, wisse er als Erwachsener nicht um die eigene Kraft. Gebauers Schlussappell lautete entsprechend: „Nutzen wir unsere Kraft, um Realismus zu leben und Manipulationen zu enttarnen!“ Damit gab er den Hayek-Tagen 2026 eine klare programmatische Tonlage: weniger Anpassung, mehr Realismus; weniger Verwaltung von Scheinwirklichkeiten, mehr Vertrauen in Freiheit, Verantwortung und offene Erkenntnis.



# Hayek Clubs

Werden Sie  
klassisch-liberal aktiv!

Vorträge. Diskussionen. Events.

Wir sind bei Ihnen vor Ort:

<https://hayek.de/hayek-clubs/>

Laudatio auf Prof. Dr. Veronika Grimm

# Verleihung der Hayek-Medaille 2026

von Prof. Dr. Stefan Kooths



Foto: Wolf-Henry Dreblow

Mit der Hayek Medaille 2026 wurde Prof. Dr. Veronika Grimm im Rahmen der Hayek-Tage am 22. Mai 2026 in Münster ausgezeichnet. Die Laudation auf Grimm hat Prof. Dr. Stefan Kooths gehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde der Freiheit!

Die Hayek-Gesellschaft verleiht heute ihre höchste Auszeichnung an Prof. Dr. Veronika Grimm als eine der renommiertesten deutschen Ökonomen mit klarem ordnungspolitischen Kompass, insbesondere für ihre herausragenden Leistungen in der wirtschaftspolitischen Beratung und ihre Impulse für den öffentlichen Diskurs. Wir ehren damit eine Persönlichkeit, die heute wie wenige andere in Deutschland für Klarheit, intellektuelle Redlichkeit und ordnungspolitische Orientierung steht. Eine Wissenschaftlerin, die den Mut hat, marktwirtschaftliche Prinzipien auch dann zu verteidigen, wenn der Zeitgeist in eine andere Richtung weht. Eine überaus wertvolle Stimme der Vernunft, die als intellektuelles Schwergewicht kraft ihrer klaren Argumente und ihres sachlichen Auftretens Gehör findet.

Lassen wir kurz die wichtigsten Stationen ihrer bislang so beeindruckenden akademischen Karriere Revue passieren. Sie studiert Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Hamburg und Kiel, wo sie als Diplom-Volkswirtin abschließt. Damit legt sie die Grundlage für eine Herangehensweise, die ökonomische Mechanismen immer auch im gesellschaftlichen Kontext denkt.

Es folgen die Promotion an der Humboldt Universität zu Berlin bei Elmar Wolfstetter, internationale Forschungsaufenthalte – unter anderem eine Assistenzprofessur an der Universidad de Alicante – und im Jahr 2008 die Habilitation in Köln bei Axel Ockenfels.

Noch im selben Jahr wird sie an die Friedrich Alexander Universität Erlangen Nürnberg berufen, wo sie bis 2024 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie innehat und das Laboratory for Experimental Research Nuremberg (LERN) leitet.

Seit 2024 prägt sie die junge Technische Universität Nürnberg – als Leiterin des Energy Systems and Market Design Lab – und legt damit auch in ihrer wissenschaftlichen Karriere beachtlichen Pioniergeist an den Tag.

Veronika Grimm brilliert zunächst vor allem als Energieökonomin – damit allein wird man ihr aber nicht mehr gerecht: Sie ist längst in die Rolle des engagierten Erklärers einer freiheitlich verfassten Wirtschaftsordnung hineingewachsen. „Nicht nur versierte Energieökonomin, sondern energische Vollblutökonomin“ könnte man also sagen. Wobei sie sich die Tugend bewahrt hat, nicht im Abstrakten zu verweilen, sondern stets den Bezug zu konkreten Entscheidungen und ebenso konkreten Alternativen herzustellen.

In einer Zeit, in der politische Debatten oft von Wunschdenken geprägt sind, erinnert sie immer wieder an eine zentrale Einsicht Hayeks:

Preise sind Informations- und Koordinations-signale – keine Störgeräusche. Sie sind nicht selbst das Problem, sondern nur Botschafter eines Problems, das Ökonomen „Knappheit“ nennen. Mehr noch: Preise sind bereits Teil der Lösung, um diesem Problem in rationaler Manier zu begegnen. Über das Preissystem bewältigen Marktprozesse eine sozioökonomische Komplexität, an der alle



Sozialingenieure bislang kläglich gescheitert sind.

Weiten Teilen des politischen Diskurses sind diese Einsichten völlig fremd. In Zeiten sich verschärfender Knappheiten geht es meist reflexartig nur darum, die Preissignale stummzuschalten. Mietpreisbremsen und Tankrabatte lassen grüßen. So soll der Staat in Energiekrisen „die Bürger“ entlasten – als ob dieser ein außenstehender Dritter im Wirtschaftsgeschehen wäre. Veronika Grimms Position war hingegen immer klar: Preissignale müssen wirken können – erst recht in einer Energiekrise, wenn sich also das Knappheitsproblem besonders zuspitzt. Denn gerade dann kann man sich Ineffizienzen am wenigsten leisten. Man schaltet ja auch das Navi nicht ab, wenn ein Stau eine neue Route erfordert.

Diese Haltung zieht sich durch ihr gesamtes Wirken: Wettbewerbliche Marktprozesse sind kein Chaos, das es mit dem Arsenal des Interventionismus zu bändigen gilt, sondern ein Entdeckungsverfahren, das Wissen nutzt, über das niemand an zentraler Stelle verfügt. Schon gar nicht kann das Überschreiben von Marktpreisen für sich in Anspruch nehmen, Ausweis einer besonders sozial wirkenden Politik zu sein. Hayekianer wissen, wie leicht der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ im politischen Diskurs missbraucht werden kann. Umso wichtiger sind geduldige Erklärer wie Veronika Grimm, die sich die Mühe machen, ökonomische Illusionen in jedem Einzelfall platzen zu lassen – bevor sie das unvermeidliche Unheil anrichten.

Was wie beim Tankrabatt für Teilbereiche gilt, ist für sie auch der Leitgedanke für das große Ganze: Ordnungspolitik ist kein Schönwetterprogramm, sondern bietet Orientierung gerade in Zeiten des Sturms. Deutschland befindet sich derzeit wirtschaftlich insgesamt in schwerer See. Umso wichtiger ist ein

klarer marktwirtschaftlicher Kompass, der in Krisenzeiten allzu oft über Bord geht.

Die Liste ihrer akademischen Mitgliedschaften und Beratungsmandate ist lang, sehr lang – zu lang, um sie hier vollständig zu referieren. Eine Auswahl:

Sie ist Mitglied der acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften), der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, und seit 2026 im Senat der Helmholtz Gemeinschaft.

Ihre Expertise wird in wichtigen nationalen und internationalen Gremien nachgefragt:

- Wissenschaftlicher Beirat und Energiewende Monitoring des Bundeswirtschaftsministeriums
- Nationaler Wasserstoffrat
- Sachverständigenrat für Verbraucherfragen
- Energy Steering Panel des EASAC (European Academies' Science Advisory Council)
- Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Und natürlich: Sie ist eine der „fünf Weisen“ im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem sie seit 2020 angehört und den sie in vielfacher Weise bereichert. Nicht nur durch ihre energieökonomische Expertise, sondern auch deshalb, weil sie den Auftrag dieses wichtigen Gremiums konsequent in dem Sinne interpretiert, wie ihn Herbert Giersch und andere einst verstanden hatten. Es ist der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – und nicht zur Behandlung lauter mikro-

ökonomischer Spezialfragen. Das meint keine Zweiteilung der ökonomischen Welt in eine mikro- und makroökonomische. Denn es gibt nur eine ökonomische Welt, die es zu verstehen gilt. In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung geht es vielmehr darum, das große Ganze im Auge zu behalten:

- Gesamtwirtschaftliche Analyse heißt nicht, alles in Aggregaten und Durchschnitten aufgehen zu lassen, sondern das systemische Element im Wirtschaftsgeschehen in den Vordergrund zu stellen.
- Hierzu gehört die Erkenntnis, dass die schiere Summe der Regulierungen auf der Mikro-Ebene in eine gesamtwirtschaftlich relevante andere Qualität münden kann. Hierfür hat jemand mal den Begriff des Gulliver-Syndroms geprägt.
- Ähnliches gilt auch für die Staatsquote. Hierzu ein Gedankenexperiment: Ein für

sich genommen plausibler Vorschlag erfordere Steuermittel in Höhe von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. 50 solcher Vorschläge und von einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist auch theoretisch nichts mehr übrig. Ob regulatorisch oder fiskalisch: Die isolierte Beurteilung einzelner Vorschläge übersieht die ordnungsökonomischen Gemeinkosten.

- Makroökonomen wissen um die Bedeutung der totalen Faktorproduktivität für den Wachstumsprozess, sie sollten aber auch wissen, dass diese nur das Ergebnis einer nicht planbaren Innovationsstätigkeit auf der Mikro-Ebene sein kann. Welche Güter oder Technologien in Zukunft erfolgreich sein werden, weiß heute niemand. Kein Politiker und auch kein Ökonom – hier endet sogar die Weisheit der Wirtschaftsweisen. Allgemeine Rahmenbedingungen für ergebnisoffene Innovationsprozesse, keine Vorgaben für

Foto: Ralf M. Ruthardt





die Wirtschaftsstruktur – das macht eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Es ist das, was Herbert Giersch in hayekianischer Tradition einst als „progressive Ordnung“ beschrieben hatte. Veronika Grimm speist dieses Wissen um die Wissensmehrung weiterhin unermüdlich in die Diskurse ein.

**Die Verleihung der Hayek-Medaille an Prof. Dr. Veronika Grimm wurde von der Mitgliederschaft nicht einhellig aufgenommen.**

**So wurde insbesondere auf frühere Positionierungen zur Impfpflicht sowie auf die Sorge vor einer selektiven Anwendung liberaler Grundsätze verwiesen. Aus dieser Perspektive würde die Auszeichnung in Spannung zu Hayeks Betonung individueller Freiheit, epistemischer Bescheidenheit und der Überlegenheit spontaner Ordnung gegenüber staatlicher Lenkung stehen.**

**Die Hayek-Gesellschaft versteht sich als ein Ort der Begegnung von Argument und Gegenargument. Eben: klassisch liberal.**

- Der Staat ist ferner Teil der Gesamtwirtschaft, daher sollte eine kluge Beratung die polit-ökonomischen Anreizeffekte mitdenken und sich vom Zerrbild des Staates als wohlwollender zentraler Planer verabschieden. Auch dafür steht unsere diesjährige Medaillenträgerin.
- Und schließlich: Wissenschaft – auch die Wirtschaftswissenschaft – ist kein Politikersatz. Veronika Grimm tritt daher allen Anwendungen einer Expertokratie entgegen: In der Beratung geht es ihr um das Ausbuchstabieren der Alternativen,

nicht um Vorgaben für demokratische Entscheidungen. Das zeugt von hohem Vertrauen in das Urteilsvermögen mündiger Bürger und in die Selbstorganisationskräfte einer offenen Gesellschaft.

Mit diesem Mindset setzt Veronika Grimm immer wieder Maßstäbe für die Arbeit des SVR – auch durch konstruktive Minderheitsvoten, die den Geist Hayeks atmen: kritisch, präzise, prinzipientreu, und stets mit Blick auf die langfristige Funktionsfähigkeit der Ordnung. Es sind Voten, die Mehrwert schaffen. Ihre bislang 9+2 Minderheitsvoten im Sachverständigenrat sind Qualitätsprodukte. Sie zeichnen sich aus durch:

- fokussierte Kritik,
- konkrete Verbesserungsvorschläge,
- ordnungspolitische Klarheit,
- und eben die Fähigkeit, konsequent das große Ganze zu sehen.

Es fehlt die Zeit, an dieser Stelle in die Details einzusteigen. Mit dem vorliegenden Material ließe sich problemlos ein ganzer Masterkurs bestreiten. Daher soll an dieser Stelle das genügen, was Patrick Welter bereits vor einem Jahr in der FAZ dazu schrieb:

„Grimm zeigt in ihren Minderheitsvoten eine umfassendere Sicht der wirtschaftspolitischen Beratung. Stärker als ihre Kollegen stellt sie staatliches Tun infrage und sucht nach der angemessenen Grenzlinie zwischen privatwirtschaftlicher Freiheit und Staatseingriff.“

Übrigens: Mit über 16.000 Beiträgen auf X – das sind durchschnittlich mehr als vier Posts je Tag – nutzt sie soziale Medien nicht nur als Lautsprecher, sondern auch als Ort des Austauschs. Sie erklärt, ordnet ein, wider-

spricht, diskutiert – und zeigt damit, dass wissenschaftliche Expertise nicht im Elfenbeinturm verharren muss. Auch das ist ein kaum zu überschätzender Dienst an der offenen Gesellschaft.

Bei dieser außergewöhnlichen Kombination aus fachlicher Exzellenz und hohem gesellschaftlichen Engagement bleiben Preise nicht aus:

- Gustav-Stolper-Preis (2023)
- Arthur-Burkhardt-Preis (2023)
- Bayerischer Verdienstorden (2023)
- Walter-Eucken-Medaille (2025)

Heute kommt die Hayek-Medaille hinzu – als Würdigung einer Ökonomin, die heute wie wenige andere die Prinzipien einer freien, offenen und wettbewerblichen Ordnung in die wissenschaftlichen und politischen Diskurse einspeist.

Friedrich August von Hayek schrieb einmal: „Der Fortschritt der Zivilisation hängt nicht von der Weisheit einzelner ab, sondern von der Freiheit vieler.“

Veronika Grimm hat diese Einsicht verinnerlicht – in ihrer Forschung, in ihrer Beratung, in ihrer öffentlichen Rolle. Sie erinnert uns daran, dass gute Wirtschaftspolitik nicht darin besteht, immer neue Eingriffe zu erfinden, sondern darin, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen ihre individuellen Fähigkeiten voll entfalten können.

Für diese Klarheit, für diesen Mut, für diese ordnungspolitische Standfestigkeit verleihen wir ihr heute die Hayek Medaille 2026.

## Freiheit, Vernunft & Verantwortung

In einer Zeit, in der freiheitliche Werte unter Druck geraten, braucht es eine starke Stimme für den Liberalismus.

Die Hayek-Gesellschaft fördert wissenschaftliche Arbeit, vermittelt ökonomische Bildung, organisiert Akademien für den Nachwuchs und bietet Foren für den Austausch freier Gedanken.

**Stärken Sie die Freiheit.  
Unterstützen Sie  
mit Ihrer Spende  
die Hayek-Gesellschaft.**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)



# *Freiheit braucht Widerspruch*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Flavio von Witzleben



Flavio von Witzleben ist Journalist, Moderator und Betreiber eines unabhängigen YouTube-Kanals, auf dem er mit streitbaren Gästen über Politik, Medien, Freiheit und gesellschaftliche Entwicklungen spricht.

**Lieber Flavio von Witzleben, ich erinnere mich noch sehr gut an unser Gespräch vor einigen Monaten. Wir haben uns über Journalismus und dessen Unabhängigkeit unterhalten. Dabei fiel der Satz: „Die finanzielle Unabhängigkeit und die redaktionelle Unabhängigkeit. Das sind die beiden Voraussetzungen, um als Journalist frei und unabhängig arbeiten zu können.“ (Magazin [mitmenschenreden 04-2025](#), Seite 94-99) Das ist nüchtern formuliert und zugleich eine Provokation. Bedeutet dies, dass Meinungsfreiheit in Deutschland formal vorhanden, praktisch aber zunehmend voraussetzungsreich geworden ist?**

**Flavio von Witzleben |** Ja, darum geht es. Natürlich kann man in Deutschland vieles sagen. Die Frage ist nur: Was kostet es einen? Wenn jemand nach einer Meinungsäußerung beruflich, sozial oder finanziell unter Druck gerät, ist Freiheit nicht aufgehoben, aber eingeschüchtert. Wir reden nicht nur über staatliche Zensur, sondern über Milieudruck, Plattformlogiken, Banken, Arbeitgeber und Redaktionen.

**Einerseits wird dauernd von Vielfalt gesprochen. Andererseits ist die Bereitschaft gering, wirklich abweichende Meinungen auszuhalten. Ist das nicht eine Art Scheinfreiheit?**

**Flavio von Witzleben |** Vielfalt ist billig, wenn sie nur dekorativ ist. Eine freie Gesellschaft erkennt man nicht daran, dass alle innerhalb eines engen Korridors unterschiedlich schillern dürfen. Man erkennt sie daran, wie sie mit dem Unbequemen umgeht. Mich interessiert nicht, ob ein Gesprächspart-

ner in mein Weltbild passt. Mich interessiert, ob ein Gespräch Erkenntnis ermöglicht. Ich spreche niemanden heilig; aber ich schließe auch niemanden aus, nur weil ein Etikett auf ihm klebt.

**Du hast gesagt, dass du mit deiner Arbeit ein Vakuum füllst, das eigentlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk füllen müsste. Ich mag die Idee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Aber wenn der Auftrag Vielfalt lautet und am Ende maßgeblich Gleichförmigkeit herauskommt, dann muss man fragen, ob die Institution ihrem eigenen Anspruch noch genügt.**

**Flavio von Witzleben |** Die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht das Problem. Im Gegenteil: Eine Gesellschaft kann ein Interesse daran haben, dass es Medien gibt, die nicht vollständig von Quote, Werbung oder Parteitaktik abhängig sind. Aber daraus folgt Verantwortung. Wenn der ÖRR bestimmte Sichtweisen ausblendet, entsteht Vertrauensverlust. Viele Menschen haben während Corona erlebt, dass große Medien nicht mehr fragten, sondern erklärten, was zu gelten habe. Alternative Kanäle entstanden als Antwort darauf.

**Nun wird Gegenöffentlichkeit schnell verdächtigt: alternative Medien, YouTube-Kanäle, Podcasts – da schwingt oftmals sofort das Wort Desinformation mit.**

**Flavio von Witzleben |** Natürlich gibt es im Netz Unsinn, Zuspitzung, Fehler und Eitelkeit. Das gibt es in klassischen Medien ebenfalls. Entscheidend ist eine offene Korrekturkultur. Der Vorwurf der Desinformation wird häufig



eingesetzt, um nicht mehr inhaltlich streiten zu müssen. Wahrheit entsteht nicht dadurch, dass eine Instanz den Debattenraum vorsortiert. Sie entsteht durch Widerspruch, Prüfung und Gegenprüfung.

***Der Ökonom und mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Friedrich August von Hayek hat gezeigt, dass Wissen dezentral entsteht und kein Planer über das Ganze verfügen kann. Lässt sich dieser Gedanke auf Medien übertragen?***

**Flavio von Witzleben |** Absolut. Medien sind ein Erkenntnismarkt. Wenn wenige große Anbieter definieren, was relevant, seriös und sagbar ist, entsteht eine Art Planwirtschaft der öffentlichen Meinung. Und wie jede Planwirtschaft hat auch diese ein Wissensproblem. Sie sieht nicht mehr, was draußen wirklich gedacht, gefühlt und erlebt wird. Freie Formate sind wichtig, nicht weil sie automatisch besser sind, sondern weil sie zusätzliche Wahrnehmungen ermöglichen.

***Klassischer Liberalismus setzt auf Eigenverantwortung. Vielleicht liegt genau da sein kommunikatives Problem. Viele Menschen wollen Freiheit, solange sie nicht mit Zumutung, Risiko und Verantwortung verbunden ist.***

**Flavio von Witzleben |** Flavio von Witzleben | Freiheit ist nicht unattraktiv geworden, aber sie wurde umgedeutet. Viele verstehen Freiheit heute als Anspruch, vor Zumutungen geschützt zu werden. Klassische Freiheit heißt: selbst denken, selbst entscheiden, irren dürfen – und die Folgen nicht vollständig an den Staat delegieren. Das ist unbequem und verlangt innere Souveränität.

***Vielleicht ist das der Punkt, an dem Liberalismus wieder stärker moralisch sprechen müsste. Nicht moralistisch, sondern mora-***

***lisch. Freiheit als Würde des Einzelnen, nicht als kalte Marktformel.***

**Flavio von Witzleben |** Das halte ich für entscheidend. Freiheit ist keine technische Verwaltungsfrage, sondern eine Frage des Menschenbilds. Traue ich dem Einzelnen Urteilskraft zu? Darf er erwachsen sein? Der klassische Liberalismus muss wieder verständlich machen, dass Freiheit nicht Egoismus bedeutet. Sie bedeutet Verantwortung. Und Verantwortung heißt: Ich nehme den anderen ernst genug, um ihm nicht vorzuschreiben, was er denken darf.

***Dann wäre unabhängiger Journalismus nicht nur ein Berufsethos, sondern eine freiheitliche Praxis.***

**Flavio von Witzleben |** Ja. Ein freier Journalist muss Distanz wahren – auch zu den eigenen Überzeugungen. Integrität heißt, sich nicht kaufen zu lassen: nicht durch Geld, nicht durch Applaus, nicht durch Zugehörigkeit. Wenn Journalismus das leistet, wird er zu einem Ort, an dem die Gesellschaft sich selbst erkennt. Nicht bequem, aber notwendig.

***Wir nehmen als Schlussgedanken mit: Freiheit braucht Widerspruch, und Widerspruch braucht Räume, in denen Menschen nicht vorsortiert, sondern gehört werden. Danke für das Gespräch.***



Hinweis: Erstveröffentlichung im Magazin [mitmenschenreden](#) (Ausgabe 2026-3); wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.

# Hayeks YouTube Kanal

Vorträge. Interviews. Impressionen.

<https://www.youtube.com/@HayekSociety>





# Journalismus braucht Binnenpluralismus

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Mary Abdelaziz-Ditzow



Mary Abdelaziz-Ditzow ist Chefredakteurin bei Finanzfluss und Autorin von „Behind the News“. In ihrem Buch analysiert sie die Mechanismen moderner Medien mit Insiderblick und kritischer Distanz. Im Gespräch geht es um Narrative, Haltungsjournalismus, Binnenpluralismus und die „toxische Symbiose“ zwischen Redaktionen und Publikum. Und um die Frage, wie Vertrauen durch mehr Demut und Medienkompetenz zurückgewonnen werden kann.

***Ich erinnere mich an Ihr Interview bei The Pioneer von Ende Februar 2026, liebe Mary Abdelaziz-Ditzow. Sie sprachen davon, dass es im Journalismus nicht um die Wahrheit gehe, sondern um Perspektiven, Auswahlentscheidungen, Verdichtung und Narrative.***

***Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen legitimer Perspektive und problematischer Verzerrung? Und wie halten wir als Leserinnen und Leser das auseinander?***

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Zwei Faktoren sind wichtig. Zum einen die Grenze entlang dessen, was an Perspektiven vertretbar ist. Hier geht es darum, nicht zu diskriminieren, nicht rassistisch und nicht antisemitisch zu sein. Wenn jemand irgendwelche rassistischen oder antisemitischen Aussagen tätigt, dann ist das für mich ausdrücklich nicht im Rahmen des Sagbaren und hat im seriösen Journalismus nichts verloren.

Wenn es jedoch um Perspektiven geht, die gerade nicht dem Mainstream-Narrativ entsprechen, dann sind sie wertvoll. Solche Perspektiven müssen zur Sprache gebracht werden, weil gerade dadurch Mehrwerte entstehen.

***Und der zweite Punkt?***

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Das ist die Frage nach der Intention. Also, mit welcher Absicht bildet das jeweilige Medium Perspektiven ab und welche Absicht steht dahinter? Da muss sich Journalismus ehrlich machen. Gerade bei privaten Medien gibt es auch Tendenz-

betriebe. Das darf auch so sein, dass man eine politische Tendenz hat. Sie müssen gar nicht objektiv berichten. Aber genau das muss dann auch so festgestellt werden dürfen und als Rezipient muss man sich dessen bewusst sein.

***Mit „Behind the News“ wird die Medienkompetenz trainiert. Dort sensibilisieren Sie uns als Medienkonsumenten: Es geht um das Bewusstsein, von welchem Medium man sich gerade informieren und beeinflussen lässt. Die Fragen nach Intention und welche Genese dahinterstecken werden von Ihnen aufgeworfen.***

***Das erinnert mich an meinen Hauptschullehrer. Der hatte damals einen Stapel mit Ausgaben der Süddeutschen Zeitung und DIE WELT angeschleppt. Wir sollten zu einem bestimmten Thema die Beiträge und Kommentare in beiden Zeitungen lesen, um zu verstehen, wie unterschiedlich die Perspektiven sein können. Ich rede über den Unterricht an einer Hauptschule der 1980er-Jahre.***

***Heute haben wir soziale Medien und Algorithmen, die uns gerne den Skandal offerieren und uns in unserer eigenen Bubble halten, weil wir als Menschen das offensichtlich bevorzugen. Muss man heutzutage vermehrt für eine Sensibilisierung bei Medienkonsumenten sorgen? Braucht es ein Mindset und Achtsamkeit, dass man sich nicht nur stringent in einer Bubble bewegt, sondern gezielt auch nach weiteren Perspektiven verlangt?***



**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Exakt das müsste passieren. Ihr Beispiel entspricht übrigens der klassischen Theorie des sogenannten Außenpluralismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bewusst ein duales Mediensystem aufgebaut. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und als Ergänzung die privaten Medien mit ihren unterschiedlichen politischen Tendenzen, um einem multiperspektivischen Anspruch gerecht zu werden. Wie in Ihrem Beispiel: Die SZ auf der einen und DIE WELT auf der anderen Seite des politischen Spektrums.

Wir müssen heutzutage würdigen, dass komplexe Herausforderungen auf eine multiple Medienlandschaft treffen.

**Mehr Wissen, der technologische Fortschritt und eine globale logistische und kommunikative Vernetzung ...**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Genau. Und dazu kommt noch, dass wir in Zeiten von Paywalls leben. Die Menschen können beziehungsweise werden nicht eine Vielzahl von Abonnements abschließen, um sich gut zu informieren. Deswegen sage ich, dass diese außenpluralistische Theorie überhaupt nicht mehr aufgeht.

Mein Gedanke ist keine Kritik an den Zahl-schranken, schließlich muss Journalismus finanziert werden. Es ist auch keine Absage an Abo-Modelle. Dieses Prinzip geht heutzutage jedoch nicht mehr auf. Meine Ableitung: den Binnenpluralismus sicherstellen. Ich bin eine große Verfechterin des Binnenpluralismus.

**Was meinen Sie konkret mit „Binnenpluralismus“ in den Redaktionen?**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Weg von politischen Tendenzen, die man in privaten Medien und womöglich auch in öffentlich-rechtlichen Sendern antrifft. Man verhindert es, indem die Redaktionen personell so aufgestellt sind,

dass innerhalb eines Mediums ausreichend viele Perspektiven dargestellt werden. Das wäre für mich konstruktiver Journalismus, um in einer sehr fragmentierten Gesellschaft zu depolarisieren. Denn einen „neutralen“ Journalismus kann es nicht geben. Es ist immer eine Frage der Perspektive, wie Narrative erzählt und geframt werden.

**Ein inspirierender Gedanke. Lassen Sie mich die Perspektive wechseln und nachdenken, ob wir als Bürger nicht auch die Pflicht haben, uns Informationen und Journalismus etwas kosten zu lassen? Ist uns womöglich ein leckeres Abendessen in einem Restaurant oder ein neues, nicht unbedingt benötigtes Kleidungsstück wichtiger, als an der Paywall für einen Perspektivenwechsel Geld einzuwerfen? Ich habe den Eindruck, dass für den banalen Konsum mit mehr Leichtigkeit Geld ausgegeben wird als für differenzierte Informationen. Geht ein Appell auch an uns Bürgerinnen und Bürger, dass uns Journalismus wieder Geld wert sein muss?**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Ja, ist richtig. Jedoch kommt oft der Einwand, dass man dafür die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten bezahlen würde. Diese seien ja schließlich über festgelegte Gebühren finanziert und dafür müsste man ja dann objektiv informiert werden. Das klingt jedoch mehr nach einer Theorie, denn de facto leben wir in einem dualen Mediensystem. Aber Vorsicht an der Bordsteinkante, da stellen sich weitreichende Fragen: Ist man mental stark genug, andere Perspektiven zu ertragen?

**Mit „Behind the News“ haben wir ein Werk vorliegen, das die Medienkompetenz bei uns Menschen fördern möchte. Sie, liebe Mary Abdelaziz-Ditzow, sind damit eine Impulsgeberin für uns als Bürgerinnen und Bürger. Vielleicht hat man es sich da und dort in seiner Bubble gemütlich gemacht**

**oder man sieht sich faktisch mehr als Konsumenten und Produktivitätsfaktoren – und weniger als freie und selbstbestimmte Menschen, die in der Lage sein dürfen, zu einer vernünftigen politischen Willensbildung beizutragen.**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Ja, ist richtig. Sie beschreiben ein Wechselspiel. Im Buch spreche ich von einer toxischen Symbiose. Die Erwartungen der Medienkonsumenten spiegeln sich in der Programmausgestaltung des jeweiligen Mediums. Die wirtschaftliche Abhängigkeit und der Konkurrenzdruck führen dazu, dass Redaktionen immer mehr darauf schauen. Das gilt nicht nur für private Medien, sondern auch für öffentlich-rechtliche Sender.

**Nicht nur das Geschehen, sondern auch der Blick auf Schlagzeilen, die ein hohes Interesse wecken können, ist entscheidend bei der Auswahl der Themen?**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Es ist kein Geheimnis, dass gemessen wird, wie oft beispielsweise ein Artikel aufgerufen wird. Das wirkt sich aus – und entsprechende Inhalte werden dann verstärkt stattfinden. Es schließt sich der Kreis.

Wir Medienkonsumenten müssen also reflektieren, welche Nachrichten wir bevorzugt lesen. Nur so nehmen wir indirekt als Rezipienten Einfluss auf die Berichterstattung, also auf diese sogenannte toxische Symbiose.

**Richtet sich Ihr Buch mehr an die Journalistinnen und Journalisten oder eher an die Menschen, die Medien konsumieren?**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Einerseits an meine Branchenkollegen, eben weil ich diese toxische Symbiose quer durch die privaten und öffentlich-rechtlichen Medien wahrgenommen habe. Und weil immer mehr

Haltungsjournalismus stattfindet, sich also in die Berichterstattung immer mehr Meinungen einschleichen. Mein dringender Appell an meine Branchenkollegen: Achtung, wir richten damit Schaden an. Viele Studien sprechen die gleiche Sprache: Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wendet sich von etablierten Medien ab. Wir können diese Kritik nicht ständig wegrelativieren oder so tun, als ob das nur rechts- oder linksextreme Menschen wären, die sich abwenden. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns darüber nachdenken, wie wir Bericht erstatten und dabei Vertrauen zurückgewinnen können.

Und natürlich stimme ich Ihnen zu, dass der Konsument ein Teil der Geschichte und damit auch Teil des Problems ist. Die Menschen müssen sensibilisiert werden und verstehen, dass sich beispielsweise Sensationssucht in Klickzahlen und Quoten widerspiegelt – und entsprechend reagieren die Medien darauf. Deshalb möchte ich einen Beitrag leisten, um die Medienkompetenz zu steigern und dazu mit gewissen Mythen aufzuräumen.

**Und ein solcher Mythos wäre ...**

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | ... zum Beispiel das Thema Neutralität. Da heißt es, Journalisten müssten neutral berichten. Aber das steht nirgendwo.

**Kann die Selbstreflexion im Journalismus womöglich zu einem Stück Demut führen.**

**Oder anders gefragt: Gehört Demut auch in den Journalismus oder sollten Journalisten und Journalistinnen Demut nicht haben, weil es etwas mit Selbstbeschränkung zu tun hat? Ich denke dabei an eine Haltung, die würdigt, dass es in der Regel nicht die einfache Wahrheit gibt und man deshalb den Wechsel von Perspektiven benötigt, damit man sich selbst und mit einem das Publikum sich nicht verrennt?**



**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Vor allem Demut vor der komplexen Wirklichkeit. Wenn wir als Journalisten anerkennen, dass die Wirklichkeit vielschichtig ist und eben nicht schwarz-weiß, dann sind wir in unserem Job automatisch demütig. Das würde uns gut zu Gesicht stehen. Allerdings nehme ich ganz stark wahr, dass der Kampf um die Deutungshoheit im Vordergrund steht. Wir sehen das bei verschiedenen Konfliktlinien. Erinnern wir uns an die Corona-Pandemie. Und es gibt



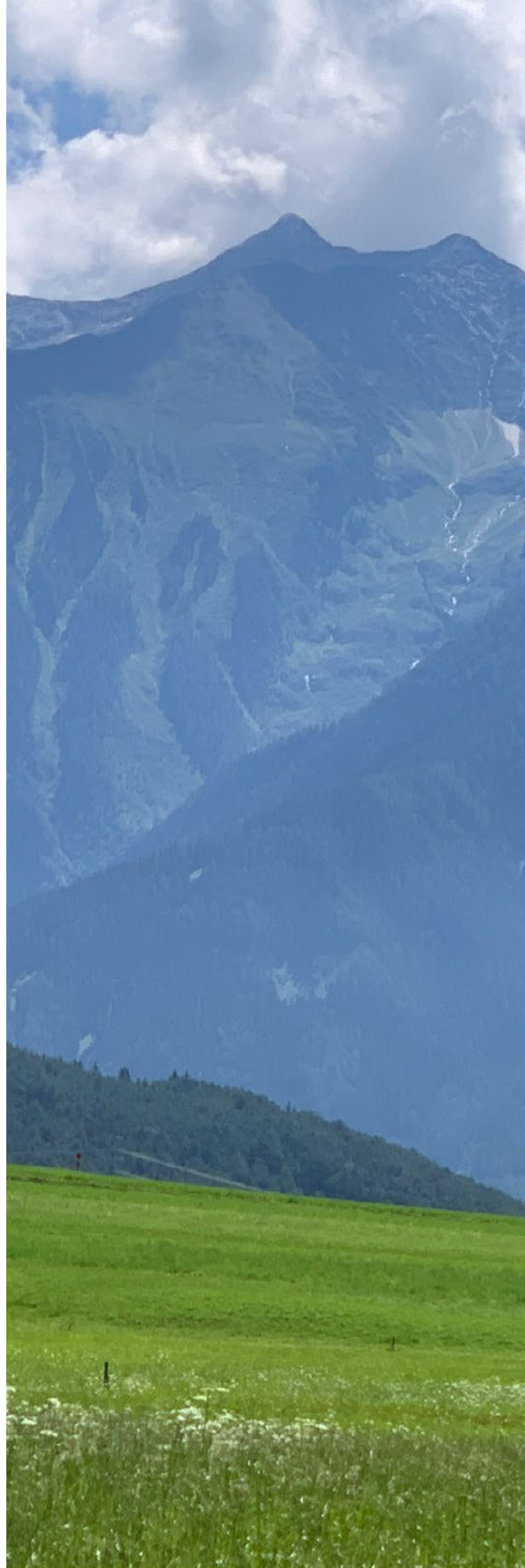
weitere Themen, bei denen es besonders auffällt: Ukrainekrieg, Nahostdebatte, AfD. Sobald der Kampf um die Deutungshoheit im Vordergrund steht, framen wir einseitig. Aus meiner Sicht gibt es dann überhaupt keine Demut vor dieser komplexen Wirklichkeit, sondern

wir machen uns als Journalisten mit einer Sache gemein.

***Ein alter Mann sagte zu mir als Kind: „Wenn alle sagen ‚Renn dort rüber‘, dann guck zuerst in die andere Richtung, bevor du hinterherrennst.“ Ein kluger Rat.***

**Mary Abdelaziz-Ditzow** | Ja, das ist ein sehr kluger Spruch. Mein Vater sagt immer: Glaub nur die Hälfte von dem, was du siehst. Das erinnert mich gerade daran. Dieses skeptisch sein, auch wenn andere tief überzeugt von einer Sache sind. Hinterfragen – und in die andere Richtung schauen.

Hinweis: Erstveröffentlichung im Magazin [mitmenschenreden](#) (Ausgabe 2026-3); wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.





# **LANDFLUCHT**



# Die Krise der Universität: Massifizierung, Ideologie und Sinnverlust

von Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel



Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Université Catholique de l'Ouest in Angers und Direktor des wissenschaftlichen Komitees des Pariser IREF. Als stellvertretender Vorsitzender der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft* befasst er sich mit Fragen wirtschaftlicher Freiheit, Geldordnung und institutioneller Verantwortung. In seinem Beitrag analysiert er die Krise der Universität als Verlust von Exzellenz, Wertfreiheit und intellektueller Unabhängigkeit.

Die Universität befindet sich heute in einer vielschichtigen Krise: einer Krise der Legitimität, der Identität und der Zielsetzung. Obwohl sie weiterhin über erhebliche öffentliche Mittel verfügt, erscheint ihre grundlegende Aufgabe zunehmend unklar. Dieses Unbehagen ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern das Ergebnis tiefgreifender struktureller Veränderungen. Aus einem elitären Modell, das auf Exzellenz und kritische Wissensvermittlung ausgerichtet war, ist eine Masseninstitution geworden, die von administrativen, bürokratischen und mitunter auch ideologischen Einflüssen geprägt ist.

Diese Diagnose beschränkt sich keineswegs auf den deutschsprachigen Raum. Jüngere Beiträge, die von Lawrence Krauss in *The War on Science* (2025) herausgegeben wurden, weisen auf ähnliche Entwicklungen in zahlreichen Hochschulsystemen hin: eine zunehmende Politisierung der Forschungsagenden, eine Erosion wissenschaftlicher Qualitätsmaßstäbe sowie eine wachsende Vermischung von Wissensproduktion und normativem Aktivismus. Diese Befunde legen nahe, dass die gegenwärtige Krise der Universität auf tiefere strukturelle Mechanismen zurückzuführen ist und nicht lediglich auf lokale oder kurzfristige Verwerfungen.

Der vorliegende Beitrag bietet eine strukturierte Analyse dieser Entwicklung. Er gliedert sich in vier Teile: zunächst die strukturellen Veränderungen infolge der Massifizierung des Hochschulsystems; sodann die Entstehung eines impliziten „stillen Pakts“ zwischen

Professoren und Studenten; anschließend die schrittweise Erosion des Prinzips der Wertfreiheit in Lehre und Forschung; und schließlich die paradoxe Rolle der Verbeamtung von Professoren bei der ideologischen Verfestigung bestimmter akademischer Felder.

### ***Von der Elite zur Massifizierung: der Wandel der Universität***

Die moderne Universität ist nicht unter dem Druck einer plötzlichen Krise zusammengebrochen. Vielmehr hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte schrittweise verändert. Historisch war die Universität eine elitäre Institution, die nur einer kleinen Minderheit offenstand. Der Zugang war selektiv, die akademischen Anforderungen hoch, und das Studium war häufig von intellektueller Strenge geprägt. Diese Selektivität, die im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ kritisiert wurde, besaß zugleich eine gewisse innere Kohärenz: Die Universität war ein Ort anspruchsvoller Wissensvermittlung und der Ausbildung intellektueller und administrativer Eliten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte jedoch eine neue Dynamik ein: die Massifizierung des Hochschulsystems. Getragen vom wirtschaftlichen Wachstum, den Studentenbewegungen der 60er-Jahre und der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften entwickelte sich die Universität von einem exklusiven Raum zu einer Masseninstitution. Der erweiterte Zugang förderte soziale Mobilität und eine größere



Vielfalt der Studenten, brachte jedoch auch tiefgreifende Spannungen mit sich.

Zum einen mussten die Universitäten einen starken Anstieg der Studentenzahlen bewältigen, was zu einer zunehmenden Standardisierung der Lehre führte. Das Modell des persönlichen Betreuungsverhältnisses zwischen Professoren und Studenten trat in den Hintergrund und wurde durch große Vorlesungen, administrative Steuerung und systematische Evaluationsverfahren ersetzt. Die Lehre wurde zu einer Dienstleistung unter anderen, eingebettet in Verfahren, Leistungsindikatoren und Qualitätssicherungsmechanismen.

Zum anderen verschärfte die Massifizierung die Spannung zwischen Lehre und Forschung. Universitätsangehörige, die zunehmend Publikationsdruck ausgesetzt sind, betrachten die Lehre häufig als Belastung und nicht mehr als zentrale Aufgabe. Auch die Rolle der Studenten hat sich gewandelt: Aus Mitgliedern einer Wissensgemeinschaft sind vielfach Kunden eines Systems geworden, in dem der Abschluss eher als Anspruch denn als Leistung erscheint.

Parallel dazu hat die zunehmende Spezialisierung des Wissens, begünstigt durch Karriereanreize, Finanzierungslogiken und institutionelle Anerkennungsmechanismen, zur Fragmentierung der Universität beigetragen. Der interdisziplinäre Austausch ist seltener geworden, Forschungsfelder haben sich voneinander abgeschottet, und die Ausbildung der Studenten reduziert sich bisweilen auf eine Aneinanderreihung technischer Kompetenzen ohne übergreifenden Zusammenhang.

Schließlich hat diese Entwicklung nicht die erhoffte intellektuelle Offenheit hervorgebracht. In vielen Institutionen haben steigende Studentenzahlen und eine stärkere

administrative Steuerung zu einem gewissen intellektuellen Konformismus geführt. Studienprogramme wurden vereinheitlicht, kontroverse Diskussionen eher vermieden, und die Universität hat sich teilweise von einem Ort der Auseinandersetzung zu einem Raum der Bestätigung dominanter Deutungsmuster entwickelt.

Die sogenannte „Sokal-Affäre“ veranschaulicht diese Entwicklung auf besonders prägnante Weise. Als Alan Sokal 1996 einen bewusst sinnfreien Artikel in einer geisteswissenschaftlichen Fachzeitschrift veröffentlichte, zeigte er, wie weit die Abkehr von wissenschaftlicher Strenge zugunsten diskursiver Konformität gehen kann. Auch wenn dieser Fall nicht repräsentativ für die gesamte akademische Welt ist, wirkte er doch als aufschlussreicher Hinweis darauf, welche Fehlentwicklungen auftreten können, wenn die Kriterien wissenschaftlicher Qualität nicht mehr primär auf Kohärenz und methodischer Stringenz beruhen.

Die gegenwärtige Krise der Universität lässt sich daher nicht verstehen, ohne diese strukturelle Transformation zu berücksichtigen. Der Versuch, eine breite akademische Ausbildung mit den Ansprüchen einer elitären Bildung zu verbinden, ist an tief verankerten institutionellen, kulturellen und menschlichen Grenzen gestoßen. Es geht dabei nicht darum, die Ausweitung des Zugangs zum Wissen zu kritisieren, sondern darum zu erkennen, dass sie den Sinn der Universität selbst verändert hat: von einem Ort der Exzellenz und des intellektuellen Streits hin zu einer Institution der Verwaltung, Zertifizierung und Diplomerzeugung.

### ***Der stille Pakt: Nachsicht, Demobilisierung und Bedeutungsverlust***

Im Zentrum der gegenwärtigen Krise steht ein „stiller Pakt“ – eine implizite Überein-

kunft zwischen Professoren und Studenten. Die einen ziehen sich auf ihre Forschungsinteressen zurück, die oft stark spezialisiert und von den konkreten Anforderungen der Lehre abgekoppelt sind. Sie publizieren in Fachzeitschriften mit begrenzter Reichweite, innerhalb enger akademischer Zirkel. Im Gegenzug – und als implizite Gegenleistung – erwarten sie wenig von ihren Studenten. Diese wiederum streben nicht in erster Linie nach einer vertieften Bildung, sondern nach einem Abschluss. Solange die Anforderungen überschaubar bleiben und der Abschluss verliehen wird, funktioniert das System für beide Seiten zufriedenstellend.

Auf diese Weise wird die Universität zunehmend zu einer transaktionalen Institution. Der Abschluss erscheint als Anspruch und nicht mehr als Ergebnis einer intellektuellen Leistung. Noten werden angehoben, um Konflikte zu vermeiden, die Zufriedenheit der Studenten zu sichern oder administrativen Vorgaben zu entsprechen. Die Lehre, einst als anspruchsvolle Bildungsaufgabe verstanden, reduziert sich auf eine standardisierte Vermittlung von Inhalten. Wer an hohen Anforderungen festhält, steht häufig isoliert da oder gerät sogar unter Druck. Der Weg des geringsten Widerstands – minimale Anforderungen, vorhersehbare Prüfungen, Vermeidung von Konfrontation – setzt sich als implizite Norm durch.

In diesem Klima betrachten viele Studenten ihre Universitätszeit als Übergangsphase vor dem Eintritt in das Berufsleben. Intellektuelle Ausdauer, kritisches Denken oder die Fähigkeit, Argumente präzise zu formulieren, werden nur begrenzt entwickelt. Sie sehen sich selten mit starken Gegenargumenten konfrontiert und müssen ihre Positionen kaum verteidigen. Die Folge ist, dass eine wachsende Zahl von Absolventen die Universität verlässt, ohne die grundlegenden Fähigkeiten erworben zu haben, die eine

akademische Ausbildung vermitteln sollte: geistige Unabhängigkeit, Klarheit des Denkens und methodische Strenge.

Die Auswirkungen reichen über die Universität hinaus. Immer mehr Arbeitgeber stellen den Wert akademischer Abschlüsse infrage. In einigen Bereichen gelten alternative Ausbildungswege oder private Zertifizierungen als verlässlichere Indikatoren für tatsächliche Kompetenzen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Universität als Ort der Wissensvermittlung und der Persönlichkeitsbildung nimmt ab. Zugleich entsteht der Eindruck, dass Studenten bevorzugt werden, während die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden – ein Eindruck, der zu wachsender Skepsis beiträgt.

Gleichzeitig vertieft sich die Kluft zwischen Forschung und Lehre weiter. Professoren werden in erster Linie anhand ihrer Publikationen bewertet, nicht nach der Qualität ihrer Lehre. Ein erheblicher Teil dieser Forschung erscheint in hoch spezialisierten Zeitschriften mit begrenzter Reichweite und ohne spürbaren Einfluss auf gesellschaftliche Debatten. In manchen Disziplinen wird der wissenschaftliche Austausch zunehmend selbstreferenziell und bleibt für Studenten ebenso wie für die breitere Öffentlichkeit schwer zugänglich. Das Ideal des Hochschullehrers, der relevantes Wissen erzeugt und es verständlich vermittelt, tritt in den Hintergrund.

So entsteht das Bild einer Universität, die erhebliche öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, ohne ihre zentrale Aufgabe vollständig zu erfüllen. Sie selektiert kaum noch, bildet nur eingeschränkt aus und inspiriert die nächste Generation immer weniger. Der Eindruck intensiver intellektueller Aktivität bleibt bestehen, doch dahinter verbirgt sich oft eine schleichende Erosion. Es handelt sich nicht um einen plötzlichen Zusammenbruch, sondern um einen langsamen



Prozess, ermöglicht durch einen stillschweigenden Konsens zwischen Professoren und Studenten – eine gemeinsame Abkehr von intellektueller Anstrengung, die die Universität zunehmend von einem Ort der Exzellenz zu einem Raum der Bequemlichkeit macht.

### **Das Ende der Wertfreiheit: die Universität im Dienst eines Narrativs**

In seinem berühmten Vortrag *Wissenschaft als Beruf* (1917) formulierte Max Weber die Grundlagen einer akademischen Ethik, die bis heute maßgeblich ist: das Prinzip der Wertfreiheit. Nach Weber besteht die Aufgabe des Wissenschaftlers nicht darin, moralische oder politische Handlungsanweisungen zu geben, sondern darin, begriffliche Instrumente bereitzustellen, mit denen sich die Welt analysieren und die Konsequenzen möglicher Handlungen klären lassen. Die Wissenschaft kann nicht sagen, was man tun soll; sie kann lediglich dazu beitragen zu verstehen, was geschieht, wenn man in einer bestimmten Weise handelt. Wertfreiheit bedeutet daher nicht Wertlosigkeit, sondern die bewusste Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Stellungnahme.

## **Die Universität hinterfragt nicht mehr – sie bestätigt.**

Diese Anforderung ist jedoch nie dauerhaft eingelöst worden. Bereits in der Zwischenkriegszeit kritisierte Julien Benda in *La Trahison des clercs* (1927) die Neigung von Intellektuellen, ihre kritische Rolle zugunsten politischer oder ideologischer Engagements

aufzugeben. In jüngerer Zeit hat Niall Ferguson ein ähnliches Argument formuliert und auf die zunehmende Vermischung von wissenschaftlicher Forschung und Aktivismus im akademischen Kontext hingewiesen – mit der Folge einer Erosion intellektueller Glaubwürdigkeit (Ferguson 2025). Diese Diagnosen legen nahe, dass auch die Politisierung der Universität keine plötzliche Entwicklung darstellt, sondern eine wiederkehrende Tendenz, deren Ausprägung historisch variiert.

Friedrich Hayek hat diese Dynamik aus institutioneller Perspektive analysiert. In *The Intellectuals and Socialism* (1949) beschreibt er, wie universitäre und, allgemeiner, intellektuelle Milieus dazu neigen, vereinfachte und normativ aufgeladene Deutungsmuster zu bevorzugen, die sich besonders gut zur Verbreitung und Legitimation bestimmter Ideen eignen. Die Universität läuft damit Gefahr, weniger ein Ort kritischer Prüfung zu sein als ein Medium der ideologischen Reproduktion, in dem bestimmte Weltbilder den Status scheinbarer Selbstverständlichkeit erlangen.

Weber war sich der Unmöglichkeit vollständiger Wertfreiheit bewusst. Jede Forschung ist durch Annahmen, begriffliche Rahmen und persönliche Sensibilitäten geprägt, und selbst das Festhalten am Ideal der Neutralität ist letztlich eine normative Entscheidung. Gerade diese Einsicht macht jedoch einen offenen intellektuellen Raum möglich: eine Universität, die als Ort der argumentativen Auseinandersetzung fungiert und nicht als Instanz moralischer Bestätigung.

Heute ist dieses Ideal spürbar erodiert. In vielen Disziplinen, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften, werden Lehrinhalte und Forschungsansätze zunehmend durch bestimmte Themen und Deutungsrahmen strukturiert – etwa soziale Gerechtigkeit, Kolonialismus, Geschlecht oder Klima –, nicht primär als Gegenstände

kritischer Analyse, sondern als weitgehend vorausgesetzte normative Bezugspunkte. Das Ziel der Lehre besteht dann weniger darin, zur eigenständigen Reflexion anzuleiten, als darin, bestimmte Überzeugungen zu vermitteln, die als selbstverständlich erscheinen.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Forschung. Fördermittel werden häufiger Projekten zugewiesen, die sich in bestehende Deutungsmuster einfügen. Zugleich wäre es verkürzt, von einer vollständigen intellektuellen Vereinheitlichung zu sprechen. Die Massifizierung, die Internationalisierung und die starke Ausweitung wissenschaftlicher Publikationen haben auch zur Entstehung vielfältiger, teils heterodoxer Forschungsansätze geführt, die jedoch häufig auf spezialisierte Nischen beschränkt bleiben. Pluralismus ist also vorhanden, aber weitgehend von den zentralen Mechanismen akademischer Anerkennung entkoppelt: Es mangelt weniger an Ideen als an Foren, in denen sie aufeinandertreffen und breite Geltung erlangen können.

In diesem Kontext begünstigen Begutachtungsverfahren tendenziell Arbeiten, die bestehende Narrative bestätigen, während abweichende Perspektiven es schwerer haben, sich durchzusetzen. Es handelt sich dabei nicht um offene Zensur, sondern um eine implizite Selektion: Nachwuchswissenschaftler lernen rasch, welche Fragestellungen opportun sind, welche Begriffe Anschlussfähigkeit versprechen und welche Referenzen den Zugang zu renommierten Fachzeitschriften erleichtern. Daraus entsteht ein Klima der Selbstzensur, in dem nicht mehr die kritische Prüfung von Annahmen im Vordergrund steht, sondern die Anpassung an bestehende Rahmenbedingungen.

Diese Entwicklung ist selten das Ergebnis bewusster Strategien. Sie ergibt sich vielmehr aus einer Vielzahl kleiner Entscheidungen,

institutioneller Routinen und administrativer Anreize. Ihre Wirkung ist jedoch tiefgreifend: Die Universität entwickelt sich zu einem Raum symbolischer Reproduktion, in dem vor allem gelernt wird, die dominante Sprache zu übernehmen, statt die eigenen Annahmen infrage zu stellen.

Das Ideal der Wertfreiheit – unvollkommen, aber ordnend – verliert damit zunehmend an Bedeutung. Mit ihm schwindet die kritische Funktion der Universität und macht einer normativen Orientierung Platz. Die Universität hinterfragt nicht mehr – sie bestätigt.

### ***Die Verbeamtung: akademischer Schutz oder ideologische Verfestigung?***

Die Verbeamtung von Professoren gilt traditionell als ein zentrales Element akademischer Freiheit. Indem sie eine weitgehende berufliche Sicherheit garantiert, soll sie es Wissenschaftlern ermöglichen, originelle, mitunter auch kontroverse Forschung zu betreiben, ohne institutionellen oder politischen Druck befürchten zu müssen. Im Idealfall schützt sie die intellektuelle Unabhängigkeit und fördert kritische Innovation. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint dieses Prinzip jedoch zunehmend ins Gegenteil umzuschlagen: Es stabilisiert bestehende Orthodoxien und erschwert intellektuelle Offenheit.

Diese Umkehrung lässt sich teilweise durch die ausgeprägte ideologische Homogenität erklären, die in manchen Fachbereichen zu beobachten ist. Berufungskommissionen, die überwiegend aus bereits etablierten Professoren bestehen, tendieren dazu, Kandidaten auszuwählen, die ähnliche theoretische Ansätze, methodische Präferenzen oder auch weltanschauliche Überzeugungen teilen. Einmal berufen und verbeamtet, sind diese Professoren faktisch kaum noch absetzbar. Auf diese Weise entstehen intellektuell



relativ geschlossene Milieus, die gegenüber abweichenden Perspektiven nur begrenzt aufnahmefähig sind. Das System wird in hohem Maße selbstreferenziell.

Verstärkt wird dieser Effekt durch das Fehlen institutioneller Anreize, etablierte Praktiken kritisch zu hinterfragen. Hochschulleitungen sind häufig bestrebt, Konflikte zu vermeiden und die Einhaltung administrativer Vorgaben sowie die Sicherung öffentlicher Mittel zu gewährleisten. In diesem Kontext besteht wenig Bereitschaft, sich gegen fest etablierte Positionen zu stellen. Professoren genießen daher einen großen Handlungsspielraum – auch dann, wenn ihre Lehre oder Forschung eine deutlich einseitige Ausrichtung aufweist. Die Verbeamtung wirkt so weniger als Schutzraum für offene Debatten denn als Absicherung bestehender Deutungsmuster.

Nachwuchswissenschaftler befinden sich demgegenüber in einer deutlich fragileren Situation. Angesichts unsicherer Karriereperspektiven und befristeter Beschäftigungsverhältnisse sehen sie sich häufig gezwungen, sich an die vorherrschenden Erwartungen anzupassen. Theoretische oder methodische Abweichungen werden zum Risiko, während konformes Verhalten die Erfolgsaussichten erhöht. Auf diese Weise entsteht ein System, das intellektuelle Dissidenz eher entmutigt als fördert und Anpassung belohnt.

Es wäre verfehlt, daraus zu schließen, dass alle verbeamteten Professoren auf diese Weise handeln oder dass alle Disziplinen gleichermaßen betroffen sind. Gleichwohl sind die zugrunde liegenden Mechanismen deutlich erkennbar. Die Verbeamtung, ursprünglich als Schutz der intellektuellen Freiheit konzipiert, trägt unter bestimmten Bedingungen dazu bei, bestehende Strukturen zu verfestigen. Je stärker diese Strukturen durch implizite ideologische Annahmen

geprägt sind, desto schwieriger wird es, sie von innen heraus infrage zu stellen. Betroffen ist damit nicht nur die Vielfalt der Perspektiven, sondern die kritische Funktion der Universität insgesamt.

### **Schlussfolgerung**

Die gegenwärtige Krise der Universität lässt sich weder auf mangelnde Ressourcen noch auf Fragen der Governance oder kurzfristige politische Entwicklungen reduzieren. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels struktureller Veränderungen, institutioneller Anreize und normativer Verschiebungen, die die Funktion der Universität schrittweise verändert haben. Massifizierung ohne entsprechende Anforderungen, wechselseitige Nachsicht, die Erosion der Wertfreiheit sowie eine ideologische Verfestigung akademischer Karrieren bilden unterschiedliche Facetten desselben Prozesses.

Auf dem Spiel steht nicht nur die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems, sondern seine Fähigkeit, seiner grundlegenden intellektuellen Aufgabe gerecht zu werden: Menschen auszubilden, die in der Lage sind, eigenständig zu denken, zu argumentieren und vorgegebene Gewissheiten zu hinterfragen. Eine Universität, die diesen Anspruch aufgibt, behält zwar ihre Strukturen, Titel und Verfahren, verliert jedoch ihren eigentlichen Sinn. Die Universität heute zu hinterfragen bedeutet daher nicht, einem idealisierten vergangenen Zustand nachzutruern, sondern die institutionellen und intellektuellen Voraussetzungen in Erinnerung zu rufen, ohne die sie kein lebendiger Ort des Wissens mehr sein kann.

Je weniger die Universität diese kritische Funktion erfüllt, desto stärker treten andere Orte der Wissensproduktion und -vermittlung neben sie. Unabhängige Forschungsinstitute,



Stiftungen, Think Tanks oder informelle intellektuelle Netzwerke übernehmen zunehmend Aufgaben, die innerhalb der Universität nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden: die Erprobung nicht konformer Ideen, die offene Auseinandersetzung von Argumenten oder die Verbindung von Forschung und öffentlicher Debatte. Diese Entwicklung verweist auf eine Verschiebung der Orte, an denen sich lebendiges Wissen bildet und unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen – und zeigt zugleich, dass die Produktion von Erkenntnis längst über den institutionellen Rahmen der Universität hinausgeht.



## Bibliografie

Benda, Julien (1927), *La Trahison des clercs*, Paris: Grasset.

Ferguson, Niall (2025), „The Treason of the Intellectuals“, in Lawrence M. Krauss (Hrsg.), *The War on Science*, London: Swift Press, S. 127–138.

Hayek, Friedrich A. (1949), „The Intellectuals and Socialism“, *University of Chicago Law Review*, Vol. 16, Nr. 3, S. 417–433.

Krauss, Lawrence M. (Hrsg.) (2025), *The War on Science*, London: Swift Press.

Sokal, Alan (1996), „Transgressing the Boundaries: Toward a Transformative Hermeneutics of Quantum Gravity“, *Social Text*, Nr. 46/47 (printemps/été), S. 217–252.

Weber, Max (1917), „Wissenschaft als Beruf“, in *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).

# *Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Fritz Söllner



Der Finanzwissenschaftler Fritz Söllner spricht über politischen Moralismus, wirtschaftliche Selbstschädigung, Föderalismus und Freiheit. Ein Gespräch über Gesinnung, Verantwortung – und die unbequemen Kosten staatlicher Bevormundung.

**Lassen Sie uns, lieber Herr Prof. Dr. Fritz Söllner, über Moral versus Rechtsordnung sprechen. Sie verwenden mit Blick auf die deutsche Politik den Begriff „Moralapostel“. Wo verläuft aus Ihrer Sicht die Grenze zwischen einer legitimen normativen Ordnung und einem politischen Moralismus? Verdrängt dieser Moralismus geradezu rechtsstaatliche Prinzipien und die Vernunft?**

**Fritz Söllner |** Moral und Werte sind wichtig und wir brauchen sie. Auf politischer Ebene stellt sich die Frage nach der Legitimität von Staatszielen und die Frage nach den Instrumenten, mit denen man diese Staatsziele durchsetzen kann. Welche Instrumente sind zulässig – und welche nicht? Diese Fragen müssen wir als Gesellschaft beantworten und uns damit letztendlich Wertentscheidungen stellen. Dafür braucht es moralische Prinzipien. Halten wir fest: Eine moralische Orientierung ist notwendig.

Der Übergang zum politischen Moralismus ist nicht eindeutig, sondern fließend. Allerdings wird der politische Moralismus dann sehr deutlich, wenn für die handelnden Personen die Konsequenzen moralisch begründeter Entscheidungen überhaupt keine Rolle mehr spielen; wenn die Auswirkungen vollkommen irrelevant geworden sind und die Protagonisten keinerlei Selbstzweifel haben, keinerlei Kritik zulassen und moralische Argumente als Totschlagargumente verwenden. Hier sind wir beim politischen Moralismus angekommen und das halte ich für äußerst problematisch.

**Wie kann es sein, dass Menschen in der Politik eine wichtige Rolle einnehmen können,**

**die eifrig die eigenen Moralvorstellungen predigen, auf Abweichler mit dem Fingerzeig reagieren und die Vernunft zu oft außen vor lassen?**

## **| Hauptsache: die richtige Moral?**

**Fritz Söllner |** In Ihrer Frage steckt bereits ein Stück der Analyse. Hermann Lübke hat gesagt, dass der politische Moralismus der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft ist. Es geht in der Hauptsache darum, dass man die richtige Moral hat. Es geht um bestimmte Ideale, bestimmte Werte. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, spielt für die Protagonisten keine so große Rolle. Vielmehr werden rationale Überlegungen häufig hintangestellt ...

**... oder die Akteure sind zu solchen nicht fähig oder willens?**

**Fritz Söllner |** Max Weber hat darauf hingewiesen, dass zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik – also politischem Moralismus – ein wesentlicher Unterschied besteht. Für Gesinnungsethiker spielen die Konsequenzen keine Rolle. Man fühlt sich für die Konsequenzen seines Handelns nicht verantwortlich. Es geht nur um die „richtige“ Gesinnung.

**Lassen Sie mich bitte nochmals nachhaken: Ist es womöglich für den einzelnen Agierenden in der Politik – und auch anderweitig – geradezu ein Hilfsmittel, sich einer Moralvorstellung verpflichtet zu fühlen, um geradezu über jede Vernunft erhaben zu sein? Machen diese Menschen um Vernunft**



**einen Bogen, weil sie ob fehlendem eigenen Wissen und eigenen Erfahrungen einem vernünftigen Diskurs womöglich gar nicht standhalten können?**

**Fritz Söllner** | Dieser politische Moralismus hat verschiedene Vorteile für diejenigen, die sich seiner bedienen. Zum einen kann man Kritiker leicht mundtot machen. Man schwingt die Moralkeule und Kritiker werden nicht als Andersdenkende, sondern als schlechte Menschen angesehen. Mit solch „schlechten Menschen“ muss man, ja darf man nicht diskutieren.

Zum anderen macht ein solches Agieren Kompetenzen und Sachverstand bis zu einem gewissen Maße entbehrlich. Eine bestimmte Wertvorstellung kann man sich relativ leicht zulegen. Schwieriger wird es, wenn nach Sachverstand und Kompetenz gefragt wird.

**Es drängt sich mir ein etwas hinkender Vergleich auf: Es gab vor langer Zeit die Einschätzung, dass die Erde eine Scheibe sei. Und irgendwann sorgten Erfahrungen und Wissen für die Erkenntnis, dass die Erde eine Kugel ist. Wir könnten mit der Frage, ob die Sonne um die Erde kreist oder die Erde um die Sonne, weitermachen. Nun, ob solcher Fragen wurden Menschen auch schon mal an Leib und Leben bedroht – und zwar von denen, die mangels Wissen und Erfahrung falsch gelegen haben. (lacht)**

**Etwas mutig leite ich folgende Frage daraus ab: Neigen in der Politik aktive Menschen womöglich dazu, an Ideologien auch dann festzuhalten, wenn Realitäten dagegensprechen? Geht es darum, dass Fehleinschätzungen nicht eingestanden werden können, weil man vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit nicht als Verirrter dastehen will?**

**Fritz Söllner** | Sie haben vollkommen recht.

Das Problem besteht darin, dass politische Moralisten definitionsgemäß von ihren Wertvorstellungen und Idealen zutiefst überzeugt sind. Man will seine Agenda in jedem Fall umsetzen und andere Menschen dazu bringen, dass sie die Werte und Ideale teilen. Wenn Moralisten merken, dass es Probleme gibt, geschehen zwei Dinge: Zuerst will man es nicht wahrnehmen und dann wehrt man sich dagegen.

Politische Moralisten schwören ihre Anhänger ein und da ist natürlich sehr schwer, zurückzurudern. Denken wir an Robert Habeck als Wirtschaftsminister: Dieser hatte vorgeschlagen, das sogenannte „Lieferkettengesetz“ aufgrund der hohen Kosten für die Unternehmen erst ein paar Jahre später einzuführen. Die Parteibasis von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollte Habeck das nicht durchgehen lassen. Er musste zurückrudern. Also, selbst wenn man die Einsicht hat und sich zu etwas durchringt, kann es natürlich sein, dass man aus dieser Sache nicht mehr rauskommt.

**Wechseln wir die Perspektive. Gibt es im klassischen Liberalismus auch bestimmte moralisierende Vorstellungen? Nehmen wir meinetwegen das Selbstverständnis, die Hüter von Freiheit, Eigentum und Sicherheit zu sein.**

## **| staatliche Übergriffigkeit**

**Fritz Söllner** | Ganz klar: Der Liberalismus ist auch in gewisser Weise eine Wertentscheidung – zugunsten von Individualismus, Freiheit, Selbstverantwortung und staatlicher Zurückhaltung. Wir können natürlich auch hier von moralischen Prinzipien sprechen – wenngleich man diese zumindest zum Teil auch ökonomisch begründen kann.

Aber ich sehe darin nicht, dass in diesen Prinzipien etwas Übergriffiges liegt. Unter Umständen kann man im Libertarismus

eine Übersteigerung dieser Prinzipien sehen – vor allem, wenn man ihn möglichst hundertprozentig umsetzen will und dabei keine Rücksicht nimmt, ob es negative Konsequenzen hat oder überhaupt realisierbar ist.

***Ein Beispiel könnte sein, wenn libertäre Menschen zwar bekunden, dass man sich schon um Hilfsbedürftige kümmern werde, aber es in der Realität bei diesem Halbsatz belassen und nicht tätig werden.***

**Fritz Söllner |** Ja, das sehe ich auch so. Gleichwohl möchte ich einen wichtigen Aspekt in unser Gespräch einfließen lassen: Der politische Moralismus erkennt keine ordnungspolitische Selbstbeschränkung. Das ist sehr wichtig. Denn der politische Moralismus, die Staatsintervention und die staatliche Übergriffigkeit gehören untrennbar zusammen. Klar, man ist in eine Weltwirtschaft eingebunden und dazu braucht es offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen. Aber das spielt dann keine Rolle mehr, wenn man beispielsweise den sogenannten Klimaschutz oder das Lieferkettengesetz priorisiert und so die eigene handelspolitische Position und die eigene Wettbewerbsfähigkeit gewissermaßen sabotiert.

In den genannten Fällen verursacht Politik gewaltige Kosten für die einheimische Wirtschaft und beschädigt deren Wettbewerbsfähigkeit. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt die gewünschte Wirksamkeit entsteht.

***Haben Politik und Gesellschaft in Deutschland die Axt in die Hand genommen und sich selber ins Knie gerammt? Indem man – frei von entscheidender eigener Stärke – die Welt mit einer moralischen Erwartungshaltung konfrontiert hat ... es aber niemanden wirklich interessiert? Ich denke an die These, dass Deutschland ein Vorbild für die Welt in Sachen CO<sub>2</sub>-Einsparung sei.***

**Fritz Söllner |** Wir schneiden uns in Deutschland ins eigene Fleisch. In Deutschland versucht man bestimmte Ziele, bestimmte Prinzipien, bestimmte Wertvorstellungen durchzusetzen – wie vor allem eine „moralische“ (oder besser gesagt, moralistische) Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Klimapolitik. Und zwar „auf Teufel komm raus“ – also ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Das führt dazu, dass die heimische Wirtschaft mit extrem hohen Kosten belastet wird und die Wettbewerbsfähigkeit abnimmt. Dies führt zu Verlust an Wirtschaftskraft und Wohlstand. Zudem erzeugt man damit einen gewissen Widerwillen bei den Handelspartnern. Man ist als Gesprächspartner nicht mehr gerne gesehen und wird schlussendlich gar nicht mehr sonderlich ernst genommen.

***Womöglich sind es zwei Dimensionen: Moralisierende Politik mag guten Willens sein. Ob dessen und eingängiger Narrative wird sie demokratisch gewählt und initiiert den Politikwechsel. Schlussendlich schafft sie sich selbst wieder ab, weil ihre eigenen Konzepte unbezahlbar und damit am Ende nicht durchhaltbar sind.***

***Und auf der anderen Seite ignorieren Wählerinnen und Wähler womöglich, dass es global immer Wettbewerb gibt. Es gibt Wettbewerb zwischen Kulturen. Es gibt Wettbewerb zwischen Wirtschaftssystemen. Vielleicht haben wir in Deutschland die Wahrnehmung verloren, dass die Welt aus Wettbewerb besteht und wir uns in diesem selbst behaupten müssen.***

**Fritz Söllner |** Man hat so eine Art rosarote Brille auf, aber mit den schönen moralischen Vorstellungen kommt man nun mal nicht weit. Im Übrigen haben wir in Deutschland ein sehr grundsätzliches Problem in dem Wettbewerb. Es hat bei uns oft einen negativen Beigeschmack, zumindest bei der



Mehrheit der Bevölkerung und auch bei vielen Politikern.

**Denken Sie an das Potenzial, welches im Wettbewerb unserer Bundesländer liegen könnte? Föderalismus, als ein Wettbewerb von Ideen und nicht als der kleinste gemeinsame Nenner?**

**Fritz Söllner** | Ja, denn wir haben in Deutschland einen kooperativen Föderalismus, durch den Verantwortlichkeiten vermischt werden. Keiner weiß mehr so recht, wer für was zuständig ist. Im Endeffekt lähmt und verhindert diese Art des Föderalismus das Gemeinwesen. Ein wettbewerblicher Föderalismus, wie er in der Schweiz existiert, würde uns guttun und wir sollten ihn annehmen.

**Bildung als Feld, auf dem die Bundesländer um das beste Schulsystem ringen und sich dadurch Standortvorteile für Unternehmen ergeben können?**

**Fritz Söllner** | Richtig, das wäre ein Beispiel. Denn die Idee des Wettbewerbsföderalismus ist, dass man von den besseren Lösungen lernt. Das haben wohl nicht alle verstanden. (lacht)

**Wäre die Abschaffung oder die deutliche Einschränkung des Länderfinanzausgleiches ein Impuls für eine bessere Politik auf Landesebene? Ist das konstruktive Moment in der deutschen Politik abhandengekommen? Früher war Bayern ein Empfängerland und hat erkennbar etwas daraus gemacht. Jetzt ist Bayern der größte Zahler im Finanzausgleich. Ob es einem gefällt oder nicht, aber das hat ja gute Gründe.**

**Fritz Söllner** | Zunächst zur Einschränkung oder Veränderung des Länderfinanzausgleichs. Das ist durchaus ein bedenkenswerter Vorschlag, der von vielen Ökonomen geteilt wird. Das aktuelle Konstrukt des Länder-

finanzausgleichs setzt wenig oder keine leistungsorientierten Anreize. Das ist ein elementares Problem.

## **| Wettbewerb und Wertschöpfung.**

Und ja, es ist ein schleichender Prozess gewesen, in welchem Politik das Interesse oder die Fähigkeit verloren hat, mit den Geldern etwas Wertschöpfendes für die Gesellschaft anzufangen. Man kann das nicht an einem bestimmten Moment festmachen. Wenn Sie sich mal das Grundgesetz ansehen, dann ist da eigentlich von der Priorität der Länder die Rede. De facto ist es jedoch so, dass der Bund immer mehr Kompetenzen an sich gezogen hat. Das liegt natürlich auch an den Bundesländern, die bei jeder Kleinigkeit um Unterstützung durch den Bund bitten und zusätzliche Mittel fordern. Damit bekommt der Bund zusätzliche Mitsprachemöglichkeiten.

Ich habe den Verdacht, dass manche Landespolitiker froh sind, Kompetenzen an den Bund abgeben zu können. Dann müssen sie unangenehme Entscheidungen nicht der Bevölkerung vermitteln, sondern können auf die Bundesregierung zeigen. So, wie diese gerne auf die Regelungen der EU verweist ...

**... und die Hände in Unschuld wäscht. Praktisch, wenn man einen Sündenbock hat. Andererseits scheint mir, dass ein Sündenbock die Unfähigkeit dessen zu dokumentieren, der denselben nötig hat.**

**Nun, wenn wir bitte an dieser Stelle das Agieren von Bürgerinnen und Bürgern reflektieren: Man könnte zum Ergebnis kommen, dass am Ende „wir“ Bürgerinnen und Bürger uns es bequem machen und mediale Berichterstattung nicht zum Anlass des Nachdenkens nehmen. Weichen „wir“ dem konstruktiven demokratischen Prozess aus und warum wählen wir nicht Menschen mit**



**umfassenden Kompetenzen und reichlich Erfahrung in Regierungsverantwortung?**

## **| Zählt Rhetorik mehr als Kompetenz?**

**Fritz Söllner** | In einer Demokratie ist es fast zwangsläufig, dass vor allem Politiker gewählt werden, die rhetorisch gut sind und sympathisch rüberkommen. Das schließt natürlich nicht aus, dass diese Politiker auch kompetent und erfahren sind. Kritisch wird es, wenn auf diese Qualitäten überhaupt kein Wert mehr gelegt wird und man allen Versprechungen nur zu bereitwillig Glauben schenkt. Das erscheint mir heute deswegen der Fall zu sein, weil in weiten Teilen der Bevölkerung der Gedanke der Freiheit überhaupt keine Rolle mehr spielt. Die Leute wollen versorgt werden. Der Staat soll sie betreuen. Wer das verspricht, den wählt man – und gibt dafür gerne seine Freiheit auf.

Freiheit bedeutet Selbstverantwortung, Eigenverantwortung und die Übernahme von Risiken. Viele Menschen wollen das nicht. Und so kommt ein ausufernder Sozialstaat zustande: Einerseits, weil die Bürger diesen nachfragen und ständig neue Ansprüche an den Staat stellen; andererseits bedienen Politik und Bürokratie diese Wünsche nicht nur sehr gerne, sondern wecken auch durch

entsprechende Vorschläge aktiv solche Wünsche. Denn dadurch kann man Themen für einen erfolgreichen Wahlkampf auf die Agenda bringen. Wir können von einem Teufelskreis sprechen, der so lange weiterlaufen wird, bis das Ganze nicht mehr finanzierbar ist und deswegen zusammenbricht.

***Diese ernüchternde und des Nachdenkens werte Erkenntnis, Herr Professor Dr. Fritz Söllner, nehmen wir als Schlusspunkt unseres Gespräches. Die Leserinnen und Leser entlassen wir in ein ergebnisoffenes Nachdenken. Die Frage, was dem Einzelnen die Freiheit bedeutet, steht monumental im Diskursraum – und genau dort gehört sie auch hin.***



Hinweis: Erstveröffentlichung im Magazin [mitmenschenreden](#) (Ausgabe 2026-3); wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.

**Freiheit  
kann nur bewahrt werden  
durch Freiheit.**

**www.hayek.de**

**Meinungsfreiheit  
braucht keine  
Unbedenklichkeits-  
bescheinigung**

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Michael Esfeld



Prof. Dr. Michael Esfeld lehrt Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne. Im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt spricht er über die Bedeutung von Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Anlässlich der Auszeichnung des *Bündnisses Redefreiheit* mit dem Netzwerk-Preis der Hayek-Gesellschaft warnt er vor staatlicher Willkür und plädiert für zivilgesellschaftliche Wachsamkeit.

***Sie haben an den Hayek-Tagen 2026 in Münster gemeinsam mit Andrea Seaman den Netzwerk-Preis der Hayek-Gesellschaft für das „Bündnis Redefreiheit“ erhalten. Was bedeutet Ihnen diese Auszeichnung persönlich – und woran würden Sie in zwei, drei Sätzen messen, ob das Bündnis in fünf Jahren „wirklich etwas bewegt“ hat?***

**Michael Esfeld |** Der erste Schock war für mich, zu sehen, wie im Frühjahr 2020 evidenzbasierte Wissenschaft und der Rechtsstaat mit der Garantie der Grundrechte über Nacht ausgeschaltet werden konnten. Die Hayek-Gesellschaft hat mir damals intellektuelles Asyl gewährt. Der zweite Schock war, zu sehen, wie leicht jetzt die Meinungsfreiheit generell ausgehöhlt werden kann. Deshalb habe ich mit anderen das Bündnis Redefreiheit gegründet. Wiederum bin ich der Hayek-Gesellschaft dankbar, diesmal für die Auszeichnung mit dem Netzwerk-Preis.

Man kann den Erfolg des Bündnisses Redefreiheit vielleicht an den einzelnen Fällen messen, nämlich daran, inwiefern wir Opfern der staatlichen Verfolgung von Äußerungen, die durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt sind, Unterstützung zukommen lassen können. Aber Bescheidenheit ist angebracht: Das Bündnis Redefreiheit ist eines von mehreren Organen, die sich für die Meinungsfreiheit einsetzen. Es geht generell darum, standfest seine Stimme zu erheben, so gut man das kann, und sich nicht entmutigen zu lassen.

***Sie warnen seit Jahren vor sozialen und***

***institutionellen Mechanismen, die offene Debatten faktisch unmöglich machen. Stichworte sind „Cancel Culture“, moralische Diskreditierung, Ausladung, Deplatforming. Was ist aus Ihrer Sicht derzeit der gefährlichste Hebel: Staat/Recht, Institutionen (Universitäten/Medien) oder sozialer Druck – und warum?***

**Michael Esfeld |** Der gefährlichste Hebel ist der Staat. Nur der Staat kann einem die Polizei ins Haus schicken und Zwang einsetzen. Der Rest sind Mitläufer. Man muss einen ganz klaren Fokus haben, sonst verzettelt man sich und erreicht nichts: Die Staatsorgane und ihre Handlanger sind das Problem. Der Willkürstaat verdrängt den Rechtsstaat. Inzwischen tut er das nicht mehr nur als Ausnahmezustand, wie im Corona- und Klima-Regime, sondern auch durch vorgeblich rein technokratische Regulierungen, welche de facto aber nackte Willkür sind.

Seit der frühen Neuzeit ist es ein grundlegendes Prinzip des Rechtsstaats, dass Sanktionen gegen Bürger nur in ordentlichen Gerichtsverfahren unter Nachweis strafbarer Handlungen verhängt werden dürfen. Meinungsäußerungen, so umstritten sie auch sein mögen, sind keine Straftaten. Verordnungen wie das Gesetz über digitale Dienste in der Europäischen Union, der Digital Services Act, sind deshalb reines Unrecht; denn sie betreffen per definitionem keine Straftaten.

***In Ihren Texten verbinden Sie Debattenfreiheit eng mit Wissenschaftsfreiheit und***



**Rechtsstaatlichkeit – etwa dort, wo Sie politischen „Gebrauch“ von Wissenschaft kritisieren. Wo ziehen Sie die harte Grenze: Was muss eine freiheitliche Ordnung an kontroversen Aussagen auch dann aushalten, wenn sie „falsch“ oder „unanständig“ wirken? Und ab wann kippt es in justiziable Rechtsverletzung?**

**Michael Esfeld** | „Falsche“ oder „unanständige“ Aussagen gehören zur Meinungsfreiheit. Aussagen, die man für falsch hält, kann man immer durch Richtigstellung widersprechen – wenn die Aussagen denn wirklich falsch sind. Und wer wirklich unanständige Aussagen macht, diskreditiert sich selbst. Die harte Grenze setzt das Strafrecht. Strafbar ist eine Handlung nur dann, wenn sie gegenüber konkreten Personen oder Personengruppen übergriffig wird. Das definiert den Rechtsstaat: Es ist alles erlaubt, was nicht in Leib, Leben oder Eigentum anderer Personen eingreift. Im Willkürstaat gilt hingegen: Es ist nur das erlaubt, was von den staatlichen Autoritäten und ihren Handlangern gestattet wird, also: Bevor man etwas sagen darf, muss man sicherstellen, dass man die staatliche Unbedenklichkeitsbescheinigung hat.

**Ein wiederkehrendes Motiv bei Ihnen ist: Die Einschränkung kommt oft nicht als Verbot, sondern als Karriere-, Reputations- oder Fördermittelrisiko. Wie sieht für Sie eine realistische Gegenstrategie aus, die nicht naiv ist: mehr Rechtsdurchsetzung, mehr zivilgesellschaftliche Gegenmacht oder ein kultureller Wandel an den Institutionen?**

**Michael Esfeld** | Rechtsdurchsetzung kommt nicht ohne Rechtsbewusstsein. Ein kultureller Wandel an den Institutionen kommt ebenfalls nicht von alleine. Wir müssen auf die Zivilgesellschaft setzen. Der Rechtsstaat lebt von der Wachsamkeit seiner Bürger. Andernfalls wird die Staatsmacht übergriffig. Bei Corona und Klima wurde auf Angstnarrative

gesetzt. Das geht bei der Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht: Zensur ist immer die Angst der Staatsorgane vor Kritik an ihrer Machtausübung. Es gibt keine Angst in der Zivilgesellschaft vor dem Weltuntergang durch „falsche“ Meinungen. Darauf gründet meine Hoffnung, dass die Staatsorgane mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht durchkommen werden.

**Möchten Sie den Leserinnen und Lesern des hayekforum drei priorisierte Maßnahmen empfehlen, um Meinungs- und Redefreiheit praktisch zu stärken?**

**Michael Esfeld** | Erheben Sie Ihre Stimme: Protestieren Sie gegen die Einschränkung der Meinungs- und Redefreiheit in Ihrem Freundeskreis und auf sozialen Medien, in Leserbriefen an Ihre regionale Zeitung und auch in Briefen an Ihre Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten aller Parteien.



Prof. Dr. Michael Esfeld wurde von der Mitgliederversammlung der Hayek-Gesellschaft am 22. Mai 2026 in den Vorstand gewählt.

**NO RISK. NO FUN.**



# Die **Steinzeit**, die KI und wir

von Matthias Still



Matthias Still ist selbstständiger PR-Berater. Zudem leitet er den Hayek-Club Hamburg, ein regionales Diskussionsforum für freiheitliche, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Fragen.

### ***Unser Gehirn mag gern Gewohnheiten: Der technologische Fortschritt hat es deshalb oft schwer – obwohl er uns beispiellosen Wohlstand gebracht hat***

Antworten Sie bitte spontan: Richtig oder falsch? 90 Prozent der Weltbevölkerung sind alphabetisiert. Die Zahl der Toten durch Extremwetter ist in den letzten 100 Jahren massiv zurückgegangen. Die Wirtschaftsleistung pro Person ist heute 30-mal höher als noch vor 200 Jahren.

Die Antwort auf alle diese Fragen lautet: Richtig. Der Wissenschaftsautor Axel Bojanowski hat diese und andere überraschende Fakten in seinem Buch „33 erstaunliche Lichtblicke“ zusammengetragen. Sie belegen eines, das wir oft leicht übersehen: Unser Leben hat sich in den letzten 200 Jahren dramatisch verbessert. Und das in nahezu allen Bereichen.

Intuitiv gehen wir eher vom Gegenteil aus. Warum eigentlich? Es mag an einem verzerrten Bild liegen, das uns Schulen, Hochschulen und Medien beibringen. Aber ein weiterer Grund liegt in einem Streich, den uns unser Gehirn spielt: Vergangenes wird oft romantisiert und besser bewertet, als es tatsächlich war. Zukünftiges dagegen erscheint unberechenbar und gefährlich. Das erklärt, warum Fortschritt so oft auf Skepsis stößt – mitunter sogar bei Menschen, die marktwirtschaftlich und freiheitsorientiert argumentieren.

### ***Der Weichzeichner im Gehirn verzerrt den Blick in die Vergangenheit***

Ein Blick ins KI-generierte Kunst-Museum veranschaulicht das: Vor einem klassischen Gemälde aus dem 18. Jahrhundert, das

eine bäuerliche Familie beim Abendessen vor dem Kamin zeigt, stellt sich schnell ein Gefühl von Harmonie, Entschleunigung und Gemeinschaft ein. Doch die Realität war anders: Harte körperliche Arbeit, oft über 80 Stunden pro Woche, Kinderarbeit, chronischer Hunger und eine Lebenserwartung von kaum 40 Jahren. So sah damals das Leben aus. Die Idylle ist ein Bild der Emotion, nicht der Statistik.

Der Marktprozess, den Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek als Entdeckungsverfahren um die besten Ideen beschreiben, hat seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem beispiellosen technologischen Fortschritt geführt. Und dabei einen Quantensprung im Wohlstand bewirkt. Agrarrevolutionen, Dampfmaschine, Elektrizität, Fließband und Computer haben nicht nur Komfort gebracht, sie haben Hunger und frühe Sterblichkeit zurückgedrängt. Medizinische Fortschritte haben viele schwere Krankheiten komplett ausgerottet oder beherrschbar gemacht. Bildung und Gesundheitsversorgung sind für eine noch nie da gewesene Zahl von Menschen verfügbar – weltweit. All das sind nicht nur einzelne „Lichtblicke“, sondern tiefgreifende Veränderungen, die unser Leben grundlegend sicherer, gesünder und produktiver machten.

### ***Künstliche Intelligenz als neue Wohlstandsmaschine***

Und jetzt? Wir stehen mitten in der nächsten Welle des technologischen Fortschritts: Künstliche Intelligenz verändert Alltag und Arbeit. Doch besonders hierzulande überwiegt die Skepsis. Das ist kaum nachvollziehbar, wenn man bedenkt, wie viel



Wohlstand und technologische Innovationen bereits gebracht haben. Warum also diese Angst?

Die Wurzel liegt in unserer Evolution: In uns lebt der Steinzeitmensch – und sein Gehirn. Historisch bemerkenswert ist nicht so sehr die Frage, wie lange die Steinzeit zurückliegt, sondern wie lange sie dauerte. Der Homo sapiens erschien etwa im Jahr 40.000 vor Christus. Betrachtet man diesen Zeitpunkt bis zum Ende der Steinzeit (ca. 4000 v. Chr.), macht das einen Zeitraum von 36.000 Jahren aus. Das heißt: Etwa 85 Prozent unserer bisherigen Zeit als Homo sapiens haben wir in der Steinzeit verbracht. Kein Wunder also, dass noch viel Steinzeitmensch in uns steckt.

Daraus ergeben sich bestimmte Verhaltensmuster: Gewohnheit bedeutet Sicherheit. Neues heißt Risiko. Unser Gehirn liebt kognitive Sparsamkeit; es präferiert Routinen und vertraute Muster. So wie die neue Route auf dem Weg zum Beerensammeln vor Zehntausenden Jahren eine mitunter tödliche Gefahr in sich barg und nach Möglichkeit vermieden wurde, so beschleicht uns heute ein Unwohlsein bei großen, disruptiven Veränderungen wie der Künstlichen Intelligenz. Wie hartnäckig solche Gewohnheiten sind und wie schwer wir uns damit tun, unser Gehirn auf Veränderung einzustellen, hat James Clear in seinem Bestseller „Die 1%-Methode“ beschrieben (da das Thema genug Stoff für einen weiteren Artikel bietet, sei an dieser Stelle nur kurz im Sinne einer Buchempfehlung darauf verwiesen).

### **Die Methodik der Naturwissenschaft lässt sich nicht auf gesellschaftliche Phänomene anwenden**

Hinzu kommt ein zweites Phänomen, auf das uns Hayek aufmerksam machte: Wir übertragen die Gewissheiten der Naturwissenschaften auf komplexe gesellschaftliche

Phänomene. Weil in der Mathematik  $2+2$  verlässlich 4 ergibt, neigen wir dazu, auch über Arbeit, Moral oder Politik so exakte Vorhersagen treffen zu wollen. Die Ordnung menschlicher Gesellschaft ist aber kein Mechanismus, den Experten beliebig durchrechnen und steuern können. Das gilt auch heute noch bei den neuen Fragen, die die Digitalisierung mit sich bringt. „Nimmt die Rechenkapazität weiter so stark zu, übernehmen die Maschinen bald die Macht“, ist so eine Prognose, die einer naturwissenschaftlichen Berechnung nicht standhalten wird. Oder: „Die KI ersetzt Millionen Jobs, die Arbeitslosigkeit wird drastisch steigen“. Hayek warnte vor solch „linearen“ Betrachtungen und der damit verbundenen Anmaßung von Wissen.

Ein historisches Beispiel illustriert, wie falsch Prognosen sein können: Im London des 19. Jahrhunderts wurde darüber diskutiert, dass die Zunahme des Pferdemiters extreme Ausmaße annehmen werde. 50.000 Pferde produzierten zu dieser Zeit täglich Hunderttausende Kilogramm Exkremente; ein Zeitungsartikel von damals rechnete sogar vor, dass 1950 der Pferdemist drei Meter hoch liegen werde. Doch es kam ganz anders, als die Kutschen durch das Auto ersetzt wurden.

Die Geschichte lehrt uns: Nicht alles, was neu ist, ist gut. Aber Menschen sind in der Lage, mit Neuem umzugehen und Gefahren beherrschbar zu machen: etwa beim Feuer, der Dampfmaschine oder der Atomenergie. Auch hier funktioniert das marktwirtschaftliche Entdeckungsverfahren. Exakte Vorhersagen über zukünftige gesellschaftliche Zusammenhänge sind nicht möglich. Offenheit und das Vertrauen auf die Fähigkeit des Menschen zur Gestaltung des Fortschritts sollten entsprechende Tugenden für Freiheitsfreunde sein.



# ***INITIATIVE BILDUNG***

# Freiheit braucht verständliche Worte

von Dr. Kerstin Schindler & Ralf M. Ruthardt



Dr. Kerstin Schindler ist im Bereich Forschungsförderung und Netzwerk tätig und leitet den Hayek-Club Nürnberg. Ralf M. Ruthardt ist Unternehmer, Publizist und Mitglied im Vorstand der *Friedrich August von Hayek Gesellschaft*. Gemeinsam fragen sie ergebnisoffen, ob die Vermittlung freiheitlichen Denkens zu oft an der spezifischen Sprache scheitert – und warum Verständlichkeit keine Banalisierung, sondern Voraussetzung gesellschaftlicher Wirkung ist.

Wer sich in der Welt des klassischen Liberalismus und des Libertarismus bewegt, bemerkt schnell: Hier wird oftmals eine spezifische Sprache gesprochen. Das gilt für die Friedrich August von Hayek-Gesellschaft und noch mehr für das libertäre Umfeld. Publikationen, Vorträge und Debatten sind geprägt von ökonomischen Modellen, theoretischen Begriffen und einer Denkweise, die stark aus der Tradition der Österreichischen Schule stammt. Für Eingeweihte ist diese Sprache präzise und sinnstiftend. Für Außenstehende kann sie dagegen nicht selten abstrakt und akademisch wirken.

## | begriffliche Genauigkeit

Damit ist keinesfalls etwas gegen eine fachliche Wortwahl einzuwenden. Jede ernsthafte Denkrichtung braucht eine eigene begriffliche Genauigkeit. Ohne sie wird Denken flach, beliebig und anfällig für Missverständnisse. Aber Sprache ist nie nur ein Werkzeug der Präzision. Sie ist auch ein Signal. Sie sagt nicht nur, was wir meinen. Sie sagt auch, wen wir ansprechen wollen. Genau deshalb führt die Frage nach der libertären Sprache rasch zu einer größeren Frage: Was ist eigentlich unser Ziel?

Soll freiheitliches Wissen und freiheitliches Gedankengut verbreitet werden, weil es sinnvoll ist, dass eine freie Gesellschaft mehr Menschen braucht, die solche Prinzipien verstehen? Gilt es, eine Freiheitsbewegung zu unterstützen, die über den Kreis der ohnehin Überzeugten hinausreicht? Dann braucht es diese Erkenntnisse in einer breiten Bevölke-

rung und nicht nur bei jenen, die ohnehin Hayek und Mises bereits im Regal stehen haben.

Man könnte anders fragen: Wollen die klassisch-liberalen und libertären Gruppen vor allem als intellektuell erhaben gelten, also als jene, die den gedanklichen Code beherrschen und sich im eigenen Vokabular gegenseitig bestätigen?

Die Antwort darauf ist nur vordergründig einfach. Denn einerseits gibt es die Argumente für wissenschaftliche Gesellschaften und die damit verbundenen kleinen Zirkel an fachkundigen Menschen. Dabei wäre es voreingenommen zu verschweigen, dass ein Reiz darin liegen kann, in anspruchsvollen Begriffen zu sprechen. Man wirkt dadurch schnell gebildet. Wer mit Fachvokabular operiert, markiert Zugehörigkeit. Wer andere erst einmal sprachlich auf Abstand hält, schützt den eigenen Zirkel. Das kann angenehm sein. Es kann sogar schmeicheln. Politisch wirksam ist es nur selten.

## | beeindrucken wollen – oder erklären?

Denn wer Freiheit so vertritt, dass sie möglichst viele Menschen erreicht, muss anders sprechen als jemand, der vor allem im eigenen Milieu glänzen will. Wer überzeugen will, muss nicht zuerst beeindrucken, sondern verständlich machen. Wer Menschen schon mit der ersten Satzzeile verliert, hat kein Argumentationsproblem, sondern ein Sprachproblem. Und wer die eigene Sprache



für wichtiger hält als die Wirkung der eigenen Idee, sollte sich fragen, ob ihm am Ende die Freiheit wichtiger ist oder der Status, sie besonders anspruchsvoll erklären zu können.

Ein Beispiel ist der Begriff der „spontanen Ordnung“. In der liberalen Theorie beschreibt er, dass komplexe gesellschaftliche Strukturen – Märkte, Sprache, Recht, Gewohnheiten – nicht zentral geplant werden müssen, sondern aus dem Zusammenspiel vieler individueller Entscheidungen entstehen. Innerhalb der Szene ist das ein Schlüsselbegriff. Für jemanden ohne ökonomischen Hintergrund bleibt er jedoch häufig rätselhaft. Verständlicher wird die Idee, wenn man sie in Alltagssprache übersetzt: Viele gesellschaftliche Lösungen entstehen nicht durch Planung von oben, sondern weil Menschen im Alltag praktikable Wege finden.

## | wir haben ein Wissensproblem

Damit ist der Gedanke nicht verkürzt. Er wird zugänglich gemacht. Genau darin liegt der Unterschied zwischen Vereinfachung und Verständlichkeit. Vereinfachung kann eine Idee entstellen. Verständlichkeit dagegen öffnet sie für die öffentliche Debatte. Eine Theorie, die nur dann funktioniert, wenn man ihre Spezialbegriffe bereits kennt, bleibt leicht unter sich. Eine Theorie, die sich erklären lässt, kann wirken.

Ähnlich verhält es sich mit dem von Hayek beschriebenen Wissensproblem. Gemeint ist, dass Wissen in einer Gesellschaft auf Millionen Köpfe verteilt ist und keine zentrale Instanz alle relevanten Informationen besitzen kann. In Fachkreisen ist das eine zentrale Einsicht über die Grenzen staatlicher Planung. In der öffentlichen Debatte lässt sich dieselbe Idee jedoch einfacher ausdrücken: Niemand kann Wirtschaft und Gesellschaft vollständig überblicken. Deshalb sind dezen-

trale Entscheidungen oft klüger als zentrale Steuerung.

Das ist eine schlichte, aber tiefgreifende Einsicht. Trotzdem wird sie häufig in einer Sprache präsentiert, die eher Distanz schafft als Erkenntnis. Als müsse man den Leser zuerst beeindrucken, bevor man ihn aufklärt. Dabei liegt die Stärke des Gedankens gerade in seiner Anschaulichkeit: Je größer die gesellschaftliche Komplexität, desto fragwürdiger wird die Vorstellung, ein zentraler Planer könne alles besser wissen.

Auch Begriffe wie „Anreizstrukturen“ oder „Public Choice“ gehören zum Standardvokabular liberaler Debatten. Sie beschreiben, dass politische Akteure ebenso auf persönliche Interessen reagieren wie Menschen in Unternehmen, Verbänden oder Verwaltungen. Das ist analytisch wichtig. In der Alltagssprache lässt sich derselbe Gedanke aber schlicht formulieren: Menschen handeln auch in der Politik nach Anreizen – nicht nur nach idealen Motiven. Wer das versteht, sieht politische Entscheidungen realistischer. Er erkennt, warum Macht begrenzt, Kontrolle verteilt und Verantwortung nicht beliebig zentralisiert werden sollte.

Besonders deutlich wird das Problem bei Worten wie „Etatist“. Der Begriff klingt gelehrt, importiert und kampfbereit. In bestimmten Kreisen mag er nützlich sein. In der breiteren Öffentlichkeit signalisiert er jedoch oft etwas anderes: Wir gehören zum Club, ihr nicht. Wer stattdessen von Staatsgläubigkeit, Staatshörigkeit oder einer überzogenen Erwartung an staatliche Lösungen spricht, wird nicht unpräzise. Er wird verständlicher. Und Verständlichkeit ist keine Schwäche, sondern eine Voraussetzung politischer Wirksamkeit.

Damit ist nicht gemeint, dass der klassische Liberalismus seine begriffliche Schärfe aufgeben sollte. Im Gegenteil: Ohne präzise

Begriffe verliert eine Theorie an analytischer Kraft. Aber ohne verständliche Sprache erreicht sie nicht jene Öffentlichkeit, für die ihre Ideen relevant sein könnten. Gerade in einer Zeit, in der Fragen nach Freiheit, staatlicher Macht, Eigentum, Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Selbstorganisation wieder intensiv diskutiert werden, ist diese Übersetzungsleistung wichtiger denn je.

## | Freiheit ist kein Insiderprojekt

Freiheit ist kein Insiderprojekt. Sie betrifft sehr konkrete Dinge: Unversehrtheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Vertragsfreiheit, Meinungsfreiheit, die Grenzen politischer Macht und die schlichte Einsicht, dass Menschen ihr eigenes Leben meist besser kennen als ferne Instanzen. Wer diese Themen nur in einer Sprache verhandelt, die nach Seminarraum, Theoriezirkel oder Abgrenzungsritual klingt, verschenkt Wirkung.

Das gilt auch für Institutionen wie die Hayek-Gesellschaft. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, die Gedanken der liberalen Tradition zu bewahren. Sie besteht auch darin, sie anschlussfähig zu halten. Anschlussfähig heißt nicht beliebig. Es heißt: so klar, so präzise und so verständlich zu sprechen, dass Menschen außerhalb des eigenen Milieus überhaupt eine Chance haben, mitzudenken, zu widersprechen und vielleicht überzeugt zu werden.

Entscheidend ist dabei, dass diese Einsicht nicht als pädagogische Belehrung von oben daherkommt. Niemand muss sich für theoretische Tiefe entschuldigen. Niemand muss Fachbegriffe verbannen. Aber wer Freiheit verbreiten will, sollte sich freiwillig für eine Sprache entscheiden, die Türen öffnet. Nicht weil es jemand vorgibt. Sondern weil er nach nüchterner Prüfung erkennt: Die stärkere Idee ist diejenige, die verstanden werden kann.

Die Wahrheit ist einfach: Wer Freiheit gesellschaftlich relevant machen will, muss verständlich sprechen. Alles andere ist intellektuelle Eitelkeit. Eine Idee, die nur im eigenen Zirkel funktioniert, ist keine starke Idee, sondern ein Sprachspiel für Eingeweihte. Eine Bewegung, die sich lieber im Jargon einrichtet als im offenen Streit um Überzeugung ringt, sollte sich nicht wundern, wenn sie gesellschaftlich kaum Wirkung entfaltet.

## | Freiheit denken – sollte ein jeder können dürfen

Freiheit braucht daher nicht weniger Denken, sondern eine vielseitige Sprache. Nicht weniger Theorie, sondern zusätzlich mehr Übersetzung. Nicht weniger Hayek, sondern zusätzlich mehr Alltag. Die Entscheidung lautet nicht: Tiefe oder Verständlichkeit. Die Frage lautet: Binnenstatus oder Wirkung? Wer auch Wirkung erzielen möchte, verliert nichts von der Idee. Er gibt ihr nur die Chance, außerhalb des eigenen Kreises etwas zu bewegen. Denn eine Idee, die verstanden wird, kann wirken. Eine Idee, die sich hinter ihren eigenen Begriffen verschanzt, bleibt unter sich.

Sie sind eingeladen, diese Gedankengänge ergebnisoffen zu prüfen.



# HAYEK

## regional



In dieser Rubrik geht es um Berichte über die Aktivitäten der regionalen Organisationen der HAYEK-Gesellschaft. In diesen Foren werden Hayeks Ideen in die Fläche getragen. Damit leisten die Hayek-Foren einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Freiheit und Eigenverantwortung wieder einen hohen Wert haben und der Einzelne sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bereit ist zu stellen.

## Demokratie braucht Meinungsfreiheit

von Alexander Mitsch

In meinem Vortrag beim *Hayek Club Heidelberg* habe ich die Bedeutung der Meinungsfreiheit in der Demokratie hervorgehoben. Nicht ohne Grund soll Art. 5 des Grundgesetzes die Meinungsfreiheit in Deutschland garantieren. In der Realität steht die Meinungsfreiheit jedoch unter Druck, der Korridor des Sagbaren wird zunehmend verengt, wie verschiedene staatliche Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit gegen vermeintliche Beleidiger oder Hetzer und sogar gegen Medien zeigen.

Unterstützt wird diese Beobachtung durch aktuelle Umfragen vom Herbst letzten Jahres (Allensbach), wonach nur noch 46% der Bürger glauben, ihre politische Meinung frei äußern zu können. Die Anderen, so die Erkenntnis der Umfrage, „hätten den Eindruck, dass versucht werde, sie mundtot zu machen, sobald sie etwas sagen, was im öffentlichen Raum und in den Medien als politisch unkorrekt eingestuft werde.“

Gemäß einer anderen Umfrage (Dimap) hat schon etwas mehr als die Hälfte der Befragten negative Konsequenzen zu spüren bekommen, weil sie ihre Meinung gesagt haben.

Bei solchen Einstellungen und Erlebnissen kommt es zwangsläufig zu einer Selbstbeschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit, weil die Menschen sich nicht mehr trauen, ihr Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Es kommt zu einer Art Schweigespirale.

Was also tun? – Erich Kästner sagte richtigerweise: „Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird“. Und genau deshalb müssen wir frühzeitig Ideologen und staatsgläubigen Gegnern der Freiheit, sowohl linken, als auch rechten, mutig entgentreten, denn beide wollen den Staat immer stärker machen und den Bürger mit seiner eigenen Meinung und seinem freien Leben, immer schwächer.

Unser Einsatz gilt daher der Freiheit des Einzelnen als Antipode zu immer mehr staatlichen Einschränkungen.

# Dabei sein ...

Die regionalen Hayek-Clubs sind Orte lebendiger Debatte und offen für alle, die Freiheit, Verantwortung und marktwirtschaftliches Denken nicht nur theoretisch betrachten, sondern im Austausch mit anderen schärfen

wollen. Wer geistige Unabhängigkeit schätzt und Argumente lieber prüft als nachspricht, sollte diese Veranstaltungen nicht verpassen.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)



## Die Philosophie des Wettbewerbs

von Maximilian Last

Manche Wochenenden wirken nach. Nicht, weil sie laut oder spektakulär waren, sondern weil sie das eigene Denken verschieben. Ende Februar 2026 versammelten sich rund fünfzehn bis zwanzig junge Menschen auf Schloss Rauenstein, eingeladen vom *Hayek-Juniorenkreis Politik*, um sich einem Thema

# Hayek-Juniorenkreis

zu widmen, das zugleich so alt ist wie das Leben selbst und so aktuell wie jede Marktentscheidung von morgen: der Philosophie des Wettbewerbs.

Das Programm spannte einen bewusst weiten Bogen. Von Darwins biologischen Ursprüngen des Wettbewerbs über Max Webers Begriff des Kampfes und die soziologische Frage bei Simmel und Coser, ob Streit auch produktiv sein kann, bis hin zu den ökonomischen Ordnungsvorstellungen bei Mises und Röpke. Will Durants kulturhistorische Einordnungen und Gerd Habermanns Lob des Wettbewerbs rahmten das Ganze ein. Im Zentrum standen die Texte Hayeks, dessen Gedankenwelt den geistigen Rahmen des Juniorenkreises bildet. Alle Teilnehmer hatten sich vorab mit den Quellen befasst, manche hatten einzelne Passagen minutiös ausgearbeitet. Der eigentliche Erkenntnisgewinn aber entstand erst in der Diskussion, wenn die eigene Lebenserfahrung auf die Theorie traf und abstrakte Begriffe plötzlich konkret wurden.

Besonders in Erinnerung geblieben ist mir die Tischrede von Prof. Dr. Key Pousttchi, Wirtschaftsinformatiker und einer der ersten

deutschen Universitätsprofessoren für Digitalisierung. Er sprach über Künstliche Intelligenz und darüber, wie sie Studierenden konkret nutzen kann. Das hatte keinen unmittelbaren Bezug zu den Seminartexten, war aber genau die Art von weiterem Denkanstoß, die den Juniorenkreis so wertvoll macht. Ebenso bereichernd war der Austausch mit dem Schlossherrn, selbst Unternehmer, der aus seinem eigenen Leben erzählte und damit vielen theoretischen Gedanken des Wochenendes ein Gesicht gab.

Was mich aber am meisten beeindruckt hat, waren die Teilnehmer

selbst. Jeder brachte einen anderen Lebensweg mit, andere Erfahrungen, einen anderen Beruf. Und trotzdem spürte man vom ersten Abend an eine Verbundenheit, die schwer zu erklären ist.

Vielleicht war es ein gemeinsamer Drang nach Freiheit, vielleicht die Bereitschaft, sich wirklich auf Ideen einzulassen. Man kannte sich vorher nicht und hatte trotzdem das Gefühl, dieselbe Sprache zu sprechen. Durch die Vielfalt der Perspektiven durchdrang man die Texte tiefer, als man es allein je gekonnt hätte.

**„Leben ist ein großes Fest,  
wenn sich's nicht berechnen läßt.“**

Johann Wolfgang von Goethe

Dieses Goethe-Wort fiel während einer der Gesprächsrunden und begleitet mich seither. Es fasst zusammen, was dieses Wochenende ausgemacht hat: dass gerade das Unberechenbare den größten Wert hatte.

Der unerwartete Einwand, die persönliche Geschichte, die eine Theorie plötzlich greifbar machte. Nichts davon stand im Programm, und doch hat es mein Verständnis vom Wett-

bewerb nachhaltiger geprägt als jeder Text allein es vermocht hätte.

Die Atmosphäre auf Schloss Rauenstein, die eindrucksvolle Architektur und die Gastfreundschaft des Schlossherrn boten einen Rahmen, der zu konzentriertem Denken ebenso einlud wie zu ungezwungenen Gesprächen am Abend. Es ist diese Mischung aus intellektueller Tiefe und menschlicher Offenheit, die den Juniorenkreis auszeichnet. Wer sich fragt, ob solch ein Wochenende das Richtige für ihn sein könnte: Man muss kein Experte für Hayek oder Wettbewerbstheorie sein. Was zählt, ist Neugier und die Bereitschaft zuzuhören. Was daraus entsteht, reicht weit über das Inhaltliche hinaus: neue Denkansätze, erste Freundschaften und ein Blick auf die Welt, der einen noch lange begleitet.



## Vom Weltraum in die Schattenwelt

von Steve Palaser

Die kürzlich gestartete Kooperation des Hayek-Klubs Hannover mit der lokalen Sektion der Atlas Initiative trug am 5. Februar 2026 erste Früchte, als Dr. Dr. Rainer Zitelmann in der gemeinsam geplanten Veranstaltung dem interessierten Publikum beider Organisationen sein neues Buch „Weltraumkapitalismus“ vorstellte.

Zitelmann legte in seinem Vortrag leicht nachvollziehbar dar, warum private Unternehmen wie Blue Origin von Amazon-Gründer Jeff Bezos oder SpaceX von Elon Musk im Vergleich zu staatlichen Institutionen wie der NASA nicht nur in Sachen Fortschritt und

Technik wirtschaftlicher, schneller und besser vorankommen.

Bereits zwei Wochen später, am 19. Februar, lud der Hayek-Klub Hannover zur Debatte zwischen dem bekannten YouTuber „Der Schattenmacher“ und Klub-Leiter Daniel Pietrzak zum Thema „Liberalismus – die bestimmende Ideologie unserer Zeit?“. Das große Interesse an dieser Debatte konnte man an der fast bis auf den letzten Platz gefüllten Location erkennen sowie an der anschließenden angeregten Diskussion.

Die Debatte an sich führte ebenfalls einige Erkenntnisse zutage. Neben Einigkeit in der Ansicht, dass der Begriff „Liberalismus“, wie er heute oftmals in Politik, Bildung und Medien verwendet wird, nicht mehr viel mit dem, was Hayek unter klassischem Liberalismus verstanden hat, gemeinsam hat, waren beide Diskussionspartner positiv überrascht, dass sie hinsichtlich ihrer jeweiligen Definition von Freiheit und Liberalismus gar nicht so weit auseinanderlagen.



## 10 Jahre Hayek-Klub Weimar

### Zurück zur Vernunft: Mit der Österreichischen Schule gegen Planwirtschaft und Interventionismus

von Karla Wagner

Weimar, die Stadt der Klassiker und der Vernunft, hat vor zehn Jahren einen weiteren Meilenstein in der deutschen Freiheitsbewegung gesetzt: den Hayek-Klub Weimar.

Was als kleiner Kreis engagierter Liberaler



begann, hat sich zu einer der lebendigsten libertären Denkwerkstätten in Mitteldeutschland entwickelt.

In einer Zeit, in der staatliche Eingriffe, Umverteilungsexperimente, Geldmengenflutung, „grüne“ Zentralplanung und immer neue Regulierungswut den Wohlstand und die individuelle Freiheit bedrohen, steht der Hayek-Klub Weimar unverändert für das Gegenprogramm: die Österreichische Schule der Nationalökonomie als wissenschaftliche Waffe gegen jede Form von Sozialismus und Interventionismus.

**Am Jubiläumstag, dem 15. August 2026, finden sich unter dem Motto „10 Jahre Hayek-Klub Weimar – Zurück zur Vernunft: Mit der Österreichischen Schule gegen Planwirtschaft und Interventionismus“ Mitglieder, Gäste und zahlreiche Weggefährten eines Jahrzehnts engagierter Aufklärungsarbeit zusammen, um die ungebrochene Aktualität der Ideen von Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und der gesamten Österreichischen Schule hervorzuheben.**

Freiheit ist keine Nostalgie, sondern die einzig vernünftige Antwort auf die immer dreisteren Experimente des Staates. Planwirtschaft ist nicht tot – sie feiert fröhliche Urständ in Form von Energie- und Heizungsgesetzen, Mietpreisbremsen, Subventionsorgien und einer immer weiter ausufernden EU-Bürokratie. Und der Interventionismus, jenes schleichende Gift, das Hayek schon 1944 in „Der Weg zur Knechtschaft“ warnend beschrieb, ist heute realer denn je.

Referenten aus Wissenschaft und Praxis erinnerten daran, warum die Österreichische Schule den Mainstream-Ökonomen immer noch um Längen voraus ist. Wo keynesianische Modelle mit Aggregaten und Gleichungen hantieren, als wäre die Wirtschaft eine Maschine, die man nur rich-

tig einstellen muss, zeigt die Österreichische Schule: Wirtschaft ist menschliches Handeln. Preise sind Informationen. Wissen ist dezentral und niemals zentralisierbar.

Jeder Versuch, Märkte „zu korrigieren“, zerstört genau diese Informationsfunktion – mit vorhersehbaren Folgen: Kapitalfehlallokation, Inflation, Stagflation, Verarmung.

Ein besonders starker Moment war die Erinnerung an Hayeks zentrale Einsicht: Der Sozialismus scheitert nicht am bösen Willen der Planer, sondern am Erkenntnisproblem.

Kein Zentralkomitee, keine EU-Kommission, keine „Expertengremien“ können das verstreute Wissen von Millionen Individuen ersetzen. Genau das erleben wir heute, wenn Berlin oder Brüssel mit immer neuen Verboten und Fördertöpfen versuchen, den „grünen Umbau“ oder die „soziale Gerechtigkeit“ zu erzwingen.

Am Ende stehen Deindustrialisierung und eine Generation, die keine Zukunft mehr sieht.

Der Hayek-Klub Weimar hat in zehn Jahren genau das Gegenteil geleistet: Er hat Wissen verbreitet, Menschen jeden Alters begeistert und Netzwerke geschaffen. Von Vortragsabenden über Lesekreise bis hin zur Zusammenarbeit mit anderen Thüringer Hayek-Klubs (Erfurt, Jena) – es wurden keine Sektenzirkel gepflegt, sondern intellektuelle Schärfe und argumentativer Mut.

In einer Zeit, in der „libertär“ von manchen schon als Schimpfwort benutzt wird, hat der Hayek-Klub Weimar gezeigt: Wer für Eigentum, Freihandel und individuelle Verantwortung eintritt, steht nicht rechts oder links – er steht auf der Seite der Vernunft.

Der Klub sieht sich nicht als rückwärtsgewandte Erinnerungsgemeinschaft, sondern

als Vorhut. Die Krisen der Gegenwart – Staatsverschuldung, Währungsmanipulation, wachsende Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen – sind keine Naturkatastrophen. Sie sind das logische Ergebnis von Jahrzehnten interventionistischer Politik.

Die Lösung liegt nicht in noch mehr Staat, sondern in der radikalen Rückkehr zu den Prinzipien der freien Gesellschaft: privates Eigentum, freie Preise und vor allem – bescheidene Zurückhaltung des Staates.

Zehn Jahre Hayek-Klub Weimar sind mehr als ein Jubiläum. Sie sind der Beweis, dass Ideen, die man totgesagt hat, lebendiger sind denn je. In Weimar, wo einst die Weimarer Klassik die Aufklärung feierte, wird heute die Aufklärung der Ökonomie verteidigt. Gegen Planwirtschaft. Gegen Interventionismus. Für die Vernunft.

Wer die Freiheit liebt, sollte am Jubiläumstag dabei sein. Denn wie Hayek selbst sagte: „Die Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts.“

**Karten für die Veranstaltung erhalten Sie unter: [hayek.club.weimar@mail.de](mailto:hayek.club.weimar@mail.de)**

Wir freuen uns darauf, Sie auch an diesem Tag für die Freiheit zu begeistern.



# Klassischer Liberalismus

## Das Rettungsboot für Deutschland.



# Freiwilligkeit schlägt Zwang

Steve Palaser im Gespräch mit  
Peter Müller



Peter Müller ist ein publizistischer Vertreter voluntaristischer Positionen im deutschsprachigen Raum. Gemeinsam mit Manuel Maggio gründete er 2008 das Projekt „FreiwilligFrei“; seit 2024 betreiben beide die Plattform Voluntaristen.de. Müller übersetzt zudem Werke des amerikanischen Autors und Freiheitsaktivisten Larken Rose ins Deutsche und gründete mit dem Lagerfeuer Verlag einen eigenen Verlag für freiheitliche Literatur.

Am 20. März 2026 war Müller mit seinem Vortrag „Was ist die Matrix?“ bei einer Veranstaltung der *Atlas Initiative* in Kooperation mit dem *Hayek-Club Hannover* zu Gast. Im Anschluss sprach er mit hayekforum über Grundgedanken des Voluntarismus, dessen Verhältnis zu Liberalismus und Anarchokapitalismus sowie über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den von Friedrich August von Hayek vertretenen Positionen. Das folgende Gespräch ist bewusst weniger als konfrontatives Interview angelegt, sondern als offener Austausch über Begriffe, Motive und Argumente.

**Wie sind Sie persönlich zum Voluntarismus gekommen? Gab es bestimmte Ereignisse, die Sie dahingehend besonders motiviert haben?**

**Peter Müller |** Der ausschlaggebende Punkt bei mir waren Erfahrungen in meinem Leben, die ich nie richtig verstanden hatte, weil sie keinen Sinn ergaben. Ereignisse, bei denen etwas nicht zusammengepasst hat. Ich habe mich dann auf die Suche nach Erklärungen dafür begeben, bin aber zunächst weder in Politik noch Philosophie richtig fündig geworden. Bis ich in der Anfangszeit von YouTube dort ein kleines Video entdeckt habe, in dem erklärt wurde, was Anarchie wirklich ist. Nach wörtlicher Definition ist es einfach die Abwesenheit von Herrschaft. Ich hatte bis dahin das landläufige Bild von Anarchie, in der marodierende Banden verummmt brandschatzend durch die Städte ziehen. Irgendwann bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass das genaue Gegenteil dessen korrekt ist und Anarchisten genau das nicht wollen.

So bin ich auf das Thema aufmerksam geworden und dann kam „FreiwilligFrei“. Das war ein anarchistisches Internetprojekt, bei

dem ich spaßeshalber mit ein paar Übersetzungen aus dem Amerikanischen mitgewirkt habe. Die amerikanische Freiheitsszene war damals viel weiter als die deutsche, die praktisch kaum vorhanden war. Das war 2008/2009. Dann fing ich an, amerikanische YouTube-Videos zu übersetzen, zu schneiden und zu synchronisieren. Sie sind dann teilweise richtig populär geworden, obwohl das Thema Freiheit ja schwer zu vermitteln ist. Unter diesen Videos war auch ein gewisser Larken Rose, der die Sachen immer richtig gut auf den Punkt gebracht hat. Ich fand ihn damals beeindruckend und habe mir deshalb speziell seine Videos immer wieder zum Übersetzen rausgesucht und bin so mit der Zeit zu seiner deutschen Stimme geworden. Dann habe ich Larken Rose auf einem Workshop in den USA persönlich kennengelernt und mit ihm vereinbart, dass ich sein Hauptwerk „Die Gefährlichste aller Religionen“ ins Deutsche übersetzen und veröffentlichen darf. So bin ich zu dem Thema gekommen und dann kam eins zum anderen. Die Gründung des Lagerfeuer Verlages war dann nur der nächste logische Schritt. Es gibt keinen Verlag in Deutschland, der zu 100% freiheitlich ist und daher lag es nahe, selbst einen solchen zu gründen.



**Wie würden Sie Voluntarismus jemandem in wenigen Worten erklären, der noch nie von dem Konzept gehört hat?**

**Peter Müller |** Voluntarismus ist die innere Haltung oder das Grundprinzip, das zwischenmenschliche Beziehungen besser freiheitlich sind anstatt erzwungen zu werden. Also Freiwilligkeit schlägt Zwang. Das ist der Grundgedanke des Voluntarismus.

**Worin unterscheidet sich Ihrer Sicht nach der Voluntarismus von Anarchokapitalismus und Libertarismus?**

**Peter Müller |** Der Anarchokapitalismus hat da einen eher wirtschaftstheoretischen Zugang zum Thema Freiheit und der Voluntarismus einen sehr viel grundsätzlicheren Zugang zur Freiheit. Ich würde sagen, einen philosophischen Ansatz. Der Libertarismus kommt auch eher aus der wirtschaftstheoretischen Perspektive. Außerdem schwingt da Politik im Unterton mit und das ist meiner Ansicht nach auch das Problem des Libertarismus.

**Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sehen Sie zu den von Hayek vertretenen Prinzipien?**

**Peter Müller |** Die Schnittmenge sind die freiheitliche Ausrichtung sowie ein paar freiheitliche Grundprinzipien. Der Unterschied ist die Herangehensweise. Friedrich-August von Hayek muss aus der Historie verstanden werden. Er war doch recht politik- und staatsnah und hat das Konzept des Staates oder das Konzept der Politik nicht grundsätzlich infrage gestellt, soweit ich mich erinnern kann.

**Wie könnte eine voluntaristische Gesellschaft aussehen? Was sagen Sie Kritikern, die meinen, ohne Staat würden wir Chaos haben und auf freiwilliger Basis würde das nicht funktionieren?**

**Peter Müller |** Es lässt sich nicht vorhersagen, wie das aussehen könnte. Es gibt immer nur so ein paar Indizien in der Realität, wo wir heute schon relativ frei sind. Ein gutes Beispiel wären die Reputationsmanagementsysteme, also die Bewertungssysteme im Internet, die mit eBay ihren Anfang genommen haben, bei denen sich Handelspartner gegenseitig bewerten können. Das wäre so ein Mechanismus, der nicht durch den Staat vorgegeben wurde und auch nicht durch Politik und Gesetze beschlossen wurde, sondern unter freiheitlichen Umständen entstanden ist.

Ich habe großes Vertrauen darin, dass die Leute Möglichkeiten der Regelungen gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Verhältnisse in einem freiheitlichen Umfeld finden. Es würde weiterhin ein Rechtssystem geben, welches aber komplett anders aussehen würde als das heutige. Aber zum Beispiel würde es den gesamten Bereich des öffentlichen Rechts einfach nicht geben. Teile des Privatrechts, so wie es heute ist, werden wahrscheinlich noch fortbestehen, wie das gut funktionierende Vertragsrecht oder Teile des Handelsrechts. Ansonsten verstehe ich Recht als emergente Struktur, also als etwas, dass sich aus dem täglichen Handeln der Menschen untereinander ergibt. Bestimmte Routinen, die entstehen, bewähren sich mit der Zeit und lösen andere Routinen ab, die für alle Beteiligten weniger gut oder effizient waren. Das ist es, was ich unter einem emergenten Rechtssystem verstehe. Es ist nicht so, dass ich als Voluntarist einen rechtsfreien Raum will, sondern ich möchte einen unrechtsfreien Raum und dazu gehört, dass das öffentliche Recht einfach wegfällt und das würde es in der Freiheit tun, denn niemand braucht es und es verstößt gegen sämtliche Prinzipien.

**Was halten Sie vom Konzept der Naturrechte nach John Locke? Also Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum?**



**Peter Müller** | Recht auf Eigentum ist eine tolle Sache, das habe ich mit meinen Kindern ausprobiert. Das funktioniert super, weil es die Konflikte minimiert. Die erste Frage ist bei Konflikten immer „Wem gehört das?“ Wenn ein Kind beispielsweise mit dem Spielzeug der Schwester spielen will, darf er es ihr nicht einfach wegnehmen, sondern muss sie fragen, eine etwaige Ablehnung akzeptieren oder ihr ein entsprechend attraktives Gegenangebot machen, wie ihr zu erlauben, mit einem seiner Spielzeuge zu spielen. Man merkt, wie das die Konflikte minimiert und den Druck herausnimmt.

**Welche aktuellen Beispiele gibt es, die zeigen, dass Voluntarismus funktionieren kann?**

**Peter Müller** | Fast alles, was sich im Privatleben abspielt. Das Privatleben der meisten ist ja geprägt von freiwilligen Beziehungen und so sollte es sein. Wenn das funktioniert, ist es schön.

**Spielen Technologie, Kryptowährungen und Dezentralisierung eine Rolle beim Voluntarismus?**

**Peter Müller** | Explizit nicht. Es geht um grundlegendere Fragen und wenn die Technologie passt, ist sie herzlich willkommen, ansonsten nicht.

**Gibt es aktuell bestimmte staatliche Maßnahmen, die Ihrer Meinung nach besonders zeigen, dass Voluntarismus eigentlich notwendig ist?**

**Peter Müller** | Ja, die Diskussion über die Wehrpflicht auf jeden Fall. Ebenso die ausufernde Besteuerung sowie so ziemlich alles, was auf politischer Ebene derzeit passiert. Zum Kriegsgeschehen braucht man nicht viel zu sagen, oder zum meines Erachtens zweckentfremdeten 500-Milliardenpaket. Wenn man einen Trog hinstellt, sind die Schweine nicht weit. Das liegt in der Natur der Sache, deshalb sollte man solche Tröge gar nicht erst hinstellen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**



# Tätig werden: Fördern Sie den klassischen Liberalismus

Werden Sie *Sponsor* eines Juniorenkreises.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

Warum  
**liberales** Engagement  
heute wichtiger ist  
denn je

von Nickolas Emrich



Warum lohnt sich liberales Engagement – gerade dann, wenn seine Wirkung nicht sofort sichtbar wird? Nickolas Emrich ist Unternehmer, SPIEGEL-Bestseller-Autor und Mitglied im Vorstand der Hayek-Gesellschaft. Er plädiert in seinem Beitrag für Geduld, Beharrlichkeit und intellektuelle Präsenz: Wer den gesellschaftlichen Diskurs verändern will, darf nicht auf den schnellen Sieg hoffen, sondern muss Ideen stetig in Umlauf bringen. Sein Text ist ein engagierter Aufruf an Unternehmer, junge Menschen und freiheitlich Gesinnte, den Raum für marktwirtschaftliches Denken nicht anderen zu überlassen.

Es ist oft dieser eine Moment am Rand einer Veranstaltung, in der gedämpften Atmosphäre eines Foyers nach einem langen Vortragstag oder bei abendlichen Gesprächen mit Mitstreitern. Dann fällt fast zwangsläufig jene berechtigte Frage: Was bewirkt unser Engagement eigentlich ganz konkret? Wo ist der Hebel, der sich sichtbar umlegt? Wer gesellschaftliche Dynamiken verstehen will, muss sich in solchen Momenten von der Vorstellung kurzfristiger Siege verabschieden. Das leitende Prinzip hinter unserem Wirken ist ein altbekanntes, aber zeitloses Naturgesetz: Steter Tropfen höhlt den Stein. Es geht nicht um den einen großen Schlag, der über Nacht alles verändert, sondern um kontinuierliche Präsenz in einem Diskurs, der viel zu lange ohne die Stimme derer stattfand, die Wohlstand und Innovation überhaupt erst ermöglichen.

Lange Zeit herrschte unter Unternehmern die Auffassung, es reiche aus, das eigene Unternehmen erfolgreich zu führen und Arbeitsplätze zu schaffen. Man zog sich ins Private und Operative zurück und überließ das Feld gesellschaftlicher Gestaltung anderen. Doch diese Abstinenz hatte einen hohen Preis. Wenn sich diejenigen, die tagtäglich mit den Realitäten des Marktes, den Risiken der Innovation und der Last der Bürokratie konfrontiert sind, nicht einbringen, wird die Gesellschaft von Menschen geformt, die diese Erfahrungen nicht teilen. Wer im gesellschaftlichen Diskurs nicht vorkommt, dessen Interessen und Einsichten werden schlicht

ignoriert. Das Vakuum, das Unternehmer hinterließen, wurde gefüllt – oft von Kräften, die dem Staat mehr und dem Individuum weniger zutrauen.

Wir erleben derzeit jedoch eine Zeit, in der sich das Fenster für marktwirtschaftliche Ideen wieder öffnet. Es sind gute Zeiten für alle, die sich für mehr Eigenverantwortung und weniger Staatsgläubigkeit einsetzen wollen. Noch vor wenigen Jahren war man in weiten Teilen der medialen und akademischen Welt weitgehend isoliert, wenn man etwa positive Aspekte an der Politik von Javier Milei in Argentinien hervorhob. Er wurde häufig als Kuriosität oder gar als Gefahr abgetan. Inzwischen hat sich die Stimmung spürbar gedreht. Die Realität wirtschaftlicher Notwendigkeiten setzt sich durch, und mittlerweile gibt es eine ernsthafte, teilweise sogar positive Berichterstattung über die dortigen Reformansätze.

Diese Verschiebung des Sagbaren zeigt sich auch an den Persönlichkeiten, die heute öffentlich Flagge zeigen. Es ist ein großer Erfolg, dass ein profiliertes Kabarettist wie Vince Ebert die Hayek-Medaille angenommen hat – eine Geste, die vor einigen Jahren womöglich noch mehr Überwindung gekostet hätte. Ebenso signalisiert die diesjährige Annahme der Medaille durch die angesehene Ökonomin Veronika Grimm, dass marktwirtschaftliche Prinzipien wieder an Strahlkraft und Akzeptanz gewinnen, selbst in Kreisen, die dem politischen Mainstream



nahestehen. Solche Momente sind keine Zufälle, sondern Ergebnis jahrelanger, kleinteiliger Überzeugungsarbeit.

Jeder geschriebene Artikel, jedes veröffentlichte Buch und jede organisierte Veranstaltung ist ein Puzzleteil in diesem großen Bild. Natürlich müssen wir realistisch bleiben und unseren eigenen Anteil richtig einordnen. Auch wer einige Tausend Bücher verkauft, erreicht nur einen Bruchteil der Bevölkerung. Doch die Wirkung entfaltet sich indirekt. Es geht darum, Multiplikatoren zu gewinnen, den Diskursraum Zentimeter für Zentimeter zu erweitern und dafür zu sorgen, dass bestimmte Wahrheiten überhaupt wieder ausgesprochen werden können, ohne sofort stigmatisiert zu werden.

Dieses politische Engagement findet oft wirkungsvoller in NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen statt als in den klassischen Strukturen politischer Parteien. In der Hayek-Gesellschaft können wir uns auf die Kraft der Ideen konzentrieren, ohne uns im tagespolitischen Taktieren und in Kompromisszwängen zu verlieren. Zudem bereitet es oft mehr Freude, in einem Netzwerk Gleichgesinnter an der intellektuellen Substanz unserer Gesellschaft zu arbeiten, als sich in Parteiapparaten aufzureiben. Am Ende ist ohnehin alles Politik – jede Debatte, die wir führen, beeinflusst das Klima, in dem später Gesetze gemacht werden.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Jugendarbeit. Sie ist eine Investition in die Zukunft, deren Früchte wir möglicherweise erst in einigen Jahrzehnten ernten werden. Doch man darf die Bedeutung kleiner Handlungen niemals unterschätzen. Die Saat, die wir heute bei Schülern und Studenten legen, indem wir ihnen die Grundlagen der Österreichischen Schule und das Erbe Friedrich August von Hayeks näherbringen, wird die Entschei-

dungsträger von morgen prägen. Oft wird argumentiert, solche Bemühungen richteten sich nur an das eigene Lager und bewirkten daher wenig. Ich bin jedoch überzeugt, dass das Gegenteil der Fall ist. Es kommt auf jeden Einzelnen an, den man überzeugt. Ein einziger junger Geist, der die Überlegenheit der Marktwirtschaft erkennt, kann später in seinem Umfeld, in seinem Beruf oder in der Politik Wellen schlagen, die wir heute noch gar nicht absehen können.

Wir müssen uns dabei die historische Hartnäckigkeit anderer Bewegungen zum Vorbild nehmen. Die 68er haben es vorgemacht: Sie brauchten Jahrzehnte für ihren „Marsch durch die Institutionen“. Sie besetzten den Diskursraum und verschoben die gesellschaftlichen Normen Schritt für Schritt. Diesen langen Weg müssen nun auch wir Liberale entschlossen beschreiten. Wir haben dabei einen entscheidenden Vorteil: Wir wissen, dass wir recht haben. Die theoretische Basis ist vorhanden und robuster denn je. Hayek erhielt für seine Erkenntnisse den Nobelpreis – Erkenntnisse, die bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben und deren Tragfähigkeit durch die Zeitläufe immer wieder bestätigt wurde. Die aktuellen Entwicklungen in Argentinien dienen als lebendige Belege für die Kraft der Freiheit. Umso erstaunlicher ist es, dass dieses Wissen in unseren Schulen oft vernachlässigt wird. Es ist geradezu unglaublich, dass ökonomische Fehlideen wie Mietendeckel, staatliche Preisfestsetzung oder eine Limitierung täglicher Preisanpassungen an Tankstellen in der Öffentlichkeit nach wie vor ernsthaft vertreten werden.

Und das, obwohl der technologische Fortschritt unserer Zeit den Marktmechanismen ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Dezentrale Strukturen und die Digitalisierung machen es heute viel einfacher, Freiheit praktisch zu leben. Ein prägnantes Beispiel ist die Preisfindung: In einer digitalisierten Welt lassen



sich Preise in Echtzeit und mit einer Präzision an die Marktlage anpassen, die früher unvorstellbar war. Wo einst starre Listen und langwierige Prozesse die Reaktion auf Angebot und Nachfrage verzögerten, erlauben digitale Schnittstellen heute eine unmittelbare Steuerung. Die Effizienz des Marktes ist durch die Technik greifbarer denn je geworden. Die ökonomische Theorie der Freiheit ist also keineswegs verstaubt, sondern durch den technologischen Wandel aktueller und anwendbarer als zu Hayeks Lebzeiten.

Am Ende ist unser Engagement in der Hayek-Gesellschaft weit mehr als nur akademischer Austausch oder das Festhalten an alten Prinzipien. Es ist aktiver Dienst an einer Zukunft, in der das Individuum wieder atmen kann und der Geist der Freiheit nicht unter einer Glocke aus Bürokratie und Bevormundung erstickt. Wir bauen keine Denkmäler für die Vergan-

genheit, sondern schmieden die Werkzeuge für morgen. Jedes Gespräch, das wir führen, und jeder Zentimeter Diskursraum, den wir zurückgewinnen, ist eine Investition in eine Gesellschaft, die auf Vernunft statt auf Anordnung setzt. Es mag ein langer Weg sein, ein Marsch durch schwieriges Gelände – doch die Aussicht auf eine freie Welt ist jeden Schritt wert.



# Mitglied werden!

Sie sind dem klassischen Liberalismus intensiv verbunden? Dann stärken Sie die Stimme der Vernunft und werden Sie Mitglied in der Hayek-Gesellschaft. Engagieren Sie sich in den regionalen Foren.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)



# Vertrauensrepublik Deutschland

Impulse für eine funktionierende  
Demokratie, die wieder begeistert.

von Dr. Stefan Grill



Dr. Stefan Gröll, Rechtsanwalt, Mediator und ehemaliger FDP-Landtagsabgeordneter in NRW, skizziert im März 2026 eine „Vertrauensrepublik Deutschland“: streitbar, liberal und getragen von Verantwortung, Bildung, Partizipation und demokratischer Erneuerung.

Für zu viele Menschen in Deutschland ist Demokratie zu selbstverständlich geworden und zu viele haben zu lange die freiheitliche Grundordnung als ein Wohlstandsversprechen missverstanden, das der Staat gefälligst zu erfüllen habe. Von allen Parteien über die Jahrzehnte durch einen Überbietungswettbewerb kommunikationspsychologisch optimierter Hohlformeln sediert, hat sich in der Gesellschaft eine Anspruchsmentalität breitgemacht, die individuelle Rechte immer größer und korrespondierende Pflichten immer kleiner schreibt. Auf den Empörungsskalen eines leicht erregbaren Zeitgeistes lassen sich so von interessierten Kreisen aus dem zivilgesellschaftlichen Moralorbit anstrengungsfrei aktivierbare Reflexe einer Melange aus ultimativ korrekter Haltung und diffusem Bauchgefühl bei häufig lediglich rudimentärer Sachkenntnis regelmäßig zu Höchstwerten katapultieren. Die Politiker aller Couleur reagieren darauf mit einem seismografischen Gespür für Stimmungen ebenso zuverlässig berechenbar wie mutlos kurz-sichtig. Markige Worte. Entschlossene Gesten. Kaum Taten.

Die nächsten Wahlen im Blick, den kalten Wind der Umfragewerte im Nacken scheut die etablierte Politik unpopuläre Entscheidungen und verschiebt notwendige Reformen. Als Sondervermögen geschönte Verschuldensorgien finanzieren die Placebos, die die verteilen, die mit Macht Macht angestrebt haben, um dann im Amt den Gestaltungs- und Umsetzungswillen vermissen zu lassen, den die Aufgabe verlangt. Die fehlende Courage der Parteien der demokratischen Mitte ist geradezu ein Konjunkturprogramm für

den Aufstieg der Simplifizierer beider Ränder, die mit einem Parolenpotpourri einfache Antworten auf komplexe Fragen als Lösung verkaufen können.

Von der ebenso unverständlichen wie mit Blick auf die Folgen fatalen Scheu vor der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD, die keine Brandmauer kaschieren kann, profitiert auch Links. Der Kampf gegen Rechts ist ein lukratives Geschäft und die staatliche Alimentation für alles Bunte selbst gegen nur vermeintlich Braunes füllt die Kassen derer, die mit einem liberalen Rechtsstaat maximaler Freiheiten und individueller Entfaltung- sowie Aufstiegsmöglichkeiten ebenso wenig im Sinn haben wie mit dem marktwirtschaftlichen Dreiklang von sozialer Gerechtigkeit als verpflichtender Folge von Wachstum und Wohlstand. Es reicht, NAZI zu skandieren, um Geld und Applaus zu generieren. Die unterdessen schon militante Einteilung in die Guten und die Bösen bewirkt eine moraline Aufladung der öffentlichen Debatte und verhindert, dass über tatsächlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Lösung genau der Probleme gesprochen wird, von deren Existenz die Ränder leben. Das sollte sich langsam herumgesprochen haben; gerade auch in den Redaktionen der Öffentlich-Rechtlichen, die journalistisch ethische Leuchttürme faktenbasierter Orientierung sein müssten in dem Tsunami der sozialen Medien aus halben Wahrheiten und kompletten Lügen. Tatsächlich aber werden sie als Missionare politisch korrekter Haltung wahrgenommen, die mit KI-animierten Beiträgen die eigene Glaubwürdigkeit zerstören, die gerade jetzt so wichtig wäre.



## | Formal noch stabil. Praktisch zunehmend handlungsunfähig

Die zunehmend fragmentierte Gesellschaft aufbrechender Einstellungskonflikte, sozio-ökonomischer Ungleichheiten, virulenter Identitätsfragen, gestörter Kommunikationskultur und abnehmender Diskursfähigkeit wird vermutlich noch eine Weile den Schein von Stabilität und Resilienz wahren können. Noch zehren wir von den besseren Zeiten. Noch kann staatlicher Transfer den inneren Frieden sichern. Noch sind importierte Konflikte gewaltaffinen Eskalationspotenzials durch Polizeieinsatz beherrschbar. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Deutschland nicht nur in erschreckendem Maße an wirtschaftlicher und infrastruktureller Substanz fehlt, sondern vor allem auch an der Statur, Herausforderungen bestehen und Angriffe abwehren zu können. Unsere Demokratie ist nicht am Ende, aber sie steht vor einem Wendepunkt. Ein Staat, der vorgibt, alle gegen fast alles absichern zu können, suggeriert eine Leistungsfähigkeit, die durch die Alltagserfahrungen der Menschen in einer Dramatik widerlegt wird, die das unabdingbare Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen auf Sicht so verschleißt, wie es bereits in die Repräsentanten und deren Kompetenzen verschlissen ist.

## | eine neue demokratische Erzählung

Impulse für eine funktionierende Demokratie, die wieder begeistert, müssen eine breite und insbesondere auch ergebnisoffene Debatte entfachen, ohne sich gleich wieder im parteipolitischen Kleinklein zu verhaken. Von der adressatengerecht motivierenden Ansprache der Bürger und ihrer tatsächlich effektiven Einbindung in politische Prozesse über notwendige Effizienzsteigerungen des Politikbetriebes und klaren Verantwortungs-

zuschreibungen mit sanktionsbewehrten Haftungsregeln für politische Pflichtverletzungen bis zur Entwicklung eines für alle Bürgerinnen und Bürger verbindlich geltenden Referenzrahmens, der auf kollektiv geteilte Werte abstellt und nicht auf individuelle Herkunft: Frei denken! Das muss die Maxime sein.

Nicht Zuwanderung an sich ist das Problem, ungeregelt aber wird sie zum Problem. Gelingende Integration verlangt eine all-gemeingültige Wertebasis. An die Stelle ethnischer Homogenität muss in der Vielfaltsgesellschaft eine kulturelle Homogenität treten. Die Verteidigung einer freiheitlich-demokratischen Zuwanderungsgesellschaft kann nicht auf den Loyalitätsprinzipien fußen, die klassische Nationalstaaten einforderten. Die moderne Demokratie braucht eine Identität schaffende Erzählung, die nicht auf Abstammung, sondern auf Zugehörigkeit setzt und Identifikation aus der Zukunftsidee einer aufgeklärten Gesellschaft speist. Civic Patriotismus überwindet gesellschaftliche Spaltung, lässt Inklusion gelingen und interkulturelle Toleranz wachsen. Es ist dieser Geist demokratischen Selbstbewusstseins, der immunisiert gegen Überlegenheitsfantasien demokratiefeindlichen Abstammungs-, aber auch Glaubenschauvinismus.

## | Säkular vs. laizistisch

Inwieweit Deutschland sich dafür vom säkularen Staat zur laizistischen Gesellschaft entwickeln sollte? Tatsache ist, dass das in der Bundesrepublik etablierte Kooperationsmodell durch religiösen Fanatismus aus einer Parallelgesellschaft einem Stresstest ausgesetzt ist. Empirisch belegte Hinweise dokumentieren die Dimension der Herausforderung. In dem Motra-Monitor 2025 hat das Bundeskriminalamt Zahlen veröffentlicht, die einen Übergang zur Tagesordnung nicht zulassen: 45,1 Prozent der Muslime in

Deutschland unter vierzig Jahren zeigen islamismusceneigte Einstellungen, 11,5 Prozent gelten als manifest islamistisch und 33,6 Prozent sind es latent.

Ein Trennungsmodell, das Religion strikt in das Private verschiebt und religiöse Symbole aller Glaubensrichtungen in öffentlichen Institutionen verbietet, könnte einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des gesellschaftlichen Friedens leisten; begleitet von weiteren Maßnahmen. So könnte in Lehrplänen Demokratieschulung verbindlich aufgenommen werden. Angesichts der Rolle der sozialen Medien, die in besonderer Weise Treiber demokratiegefährdender Tendenzen sind, müsste auch Medienkompetenzvermittlung massiv ausgebaut werden.

## **| Bildung. Bildung. Bildung.**

Schaut man auf die Resultate, die der bildungspolitische Wettbewerb zwischen den sechzehn Bundesländern liefert, besteht wenig Hoffnung, dass Schulen sein können, was sie auch sein müssten: Orte, an denen Demokratie gelehrt und gelernt wird. Schon jetzt sind die Schulen mit überforderten Schülern überfordert. Der INSM-Bildungsmonitor 2025 dokumentiert eklatante Defizite bei Rechnen, Lesen und Schreiben. Die Schulabbrecherquote liegt bundesweit bei 7,1 Prozent; in Sachsen-Anhalt als Negativspitzenreiter bei 12,5 Prozent. Von den ausländischen Jugendlichen (kein deutscher Pass; kein erweiterter Migrantengriff) erlangen in Berlin gerade einmal 4,2 Prozent die Studienberechtigung. Bundesweit liegt die Quote bei 9,1 Prozent, gegenüber 30,2 Prozent deutscher Abgänger. Zahlen, die schon nachdenklich genug machen, die die eigentliche Misere aber sogar noch verdecken: Wenn 45 Prozent aller Grundschüler auf das Gymnasium wechseln, mag das schlechte Quoten verbessern. Ein höheres Bildungsniveau ist damit allerdings nicht verbunden; im Gegenteil. Als

„Akademisierungswahn“ bezeichnet Josef Kraus, ehemaliger Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, am 21.03.2026 im Münchner Merkur ein Phänomen, das nur Verlierer kennt. Aus Angst, sich des Vorwurfs der Diskriminierung auszusetzen, werden natürliche Leistungsunterschiede nicht mehr thematisiert und damit ein Renommeedenken bei Eltern unterstützt, das dafür verantwortlich ist, dass Kinder sich durch das Gymnasium quälen, während ihre eigentlichen Talente nicht erkannt werden und sie ihre tatsächlichen Potenziale nicht entfalten können. Aber auch die Jugendlichen, die das Gymnasium ohne Schwierigkeiten absolvieren, zahlen den Preis egalitärer Ideologie in Form entwerteter Abschlüsse als Folge quotendienlich abgesenkter Standards. Liberale wissen, was Linke nicht verstehen wollen: Chancengleichheit ist kein Synonym für Chancengerechtigkeit.

## **| Föderaler Paradigmenwechsel**

Gerade auch unter bildungspolitischen Aspekten gehört die Frage nach einer grundlegenden Strukturreform des staatlichen Aufbaus in den Mittelpunkt der notwendigen Debatte über einen Relaunch der verfassten Demokratie. Der Föderalismus, dies die zum Streit einladende These, war in der alten Bundesrepublik Garant für Balance und Pluralität. Heute ist er eine überkommene Romantik, die Deutschland insbesondere auf Zukunftsfeldern wie Digitalisierung und eben auch Bildung bremst. Wo Kohärenz gebraucht würde, wird Subsidiarität hochgehalten und damit eine aus der Zeit gefallene, längst kontraproduktive Zuweisung von Zuständigkeit und Verantwortung zementiert.

Zeitgemäßer Föderalismus verlangt die Bündelung nationaler Kompetenzen auf den Zukunft sichernden Politikfeldern, um im Gegenzug beispielsweise über Experimentierklauseln regionale Innovationsräume zu eröffnen und hybride Laborstrukturen mit



Clustern über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen. Auch asymmetrische Elemente sollten diskutiert werden. So könnte ein leistungsfähigeres Bundesland mehr Autonomie erhalten als ein strukturschwaches.

## **| Beraten. Abwägen. Entscheiden.**

Wirkung entfaltende Partizipation muss integraler Bestandteil einer modernen Demokratie sein, die sich als lernendes Netzwerk begreift, das Institutionen und Gesellschaft mittels digitaler Infrastruktur in Echtzeit verbindet, effektive Teilhabe ermöglicht und Transparenz gewährleistet.

Beratung und Abwägung – Deliberation – ist der Schlüssel, der die Tür zu einer echten Beteiligungsdemokratie aufschließt, in der Meinung durch Argumente legitimiert wird, in der notwendiger Streit zu Reflexion anregt und kooperativ Ergebnisse erarbeitet werden, die aufgrund der Qualität der Meinungsbildung und der Transparenz der Entscheidungsfindung auch Akzeptanz bei denen finden, die sich mit ihren Positionen nicht haben durchsetzen können. Ob durch offene Gesetzgebungsverfahren, in denen legislative Vorhaben online einsehbar sind und kommentiert werden können. Ob durch Einsatz von KI zur Entscheidungsunterstützung auf Basis transparenter Algorithmen und begleitet von öffentlicher Ethik-Kontrolle. Ob zufällig ausgewählte Bürgerräte; digital und auch analog. Es kursieren viele Vorschläge für Partizipationsmöglichkeiten, die den demokratischen Prozess befruchten und Glaubwürdigkeit wiederherstellen können.

Der eine solche Entwicklung auslösende Druck muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Zum einen lässt die saturierte Politik wenig Neigung erkennen, sich über Absichtserklärungen hinaus aus der Komfortzone des behaglichen parlamentarischen Biotops auf

die Menschen zuzubewegen, um attraktive Angebote effektiver Einbindung zu machen. Zum anderen besteht die Gefahr, dass „vocal minorities“ erweiterte Partizipation als Akustikverstärker für schon heute grenzwertig penetrantes Auftreten missbrauchen.

## **| Kompetenz. Voraussetzung für Mitwirkung.**

Vertrauen der Bürger in die Gewählten verlangt von den Gewählten ein Mindestmaß an Bildung und Ausbildung, an Berufs- und im Einzelfall sicher auch Führungserfahrung. Nicht nur Ministerämter sind keine Lehrstellen für fachlich unbedarfte Parteikarrieristen. Wer über den Fachkräftemangel in der Wirtschaft klagt, sollte nicht Teil des Fachkräftemangels in der Politik sein. Die parteiinterne Ochsentour darf nicht länger als Befähigungsnachweis für ein politisches Amt in der Exekutive oder ein parlamentarisches Mandat dienen; extern erworbene Expertise sollte grundsätzlich den Vorzug verdienen.

Parteien bleiben wesentlicher Akteur politischer Willensbildung. Um ihrer verfassungsrechtlich statuierten Rolle in deliberativer Demokratie gerecht werden zu können, werden sie sich allerdings entwickeln müssen von taktierenden Machtzirkeln zu pluralistisch ausgerichteten Plattformen des offenen Austauschs mit Initiativen von Bürgern, Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft. Projekt- oder auch themenbezogene Kooperationen entstehen auf Zeit, dirigiert nicht länger von Lobbyisten aus dem Off. Die Parteien tragen die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit in die Parlamente, um aus fruchtbarer Debatte reale Politik werden zu lassen. Die Rückkoppelung erfolgt unmittelbar gegenüber der Öffentlichkeit über digitale Infrastruktur, gestützt auf gemeinwohlorientierte Technik, frei von ausländischen Techgiganten. Die durch nichts und nie-



manden demokratisch legitimierten NGOs werden vom Platz gestellt.

## | Es muss gestritten werden!

Ein Staat, der sich etwas zutraut, muss den Mut haben zu führen. Bürger, die die Institutionen respektieren sollen, müssen ernst genommen werden. So wird aus einer überforderten Demokratie wieder eine überzeugende Demokratie, die begeistert: Vertrauen zuerst! Kontrolle gezielt.

Über die Wege zu dieser neuen Vertrauensrepublik Deutschland muss gestritten werden, wie auch über jede einzelne Maßnahme der Realisierung. Heftig in der Sache, um die besten Ansätze zu identifizieren und optimal umzusetzen. Respektvoll im Umgang, um den richtigen Ton gleich zu Beginn zu setzen, der die neue Debattenkultur prägen muss.

## | Wer wagt es?

Für Linke ist Vertrauen das, was bleibt, wenn Kontrolle versagt. Als Baumeister einer Demokratie des Vertrauens und der Verantwortung scheiden sie damit aus. Konservative wiederum hängen noch zu sehr

an den Erfolgsmustern der alten Bundesrepublik. Letztlich wird nur eine starke liberale Kraft mit dem Mut zu radikaler Offenheit die Debatte initiieren können. Die FDP jedoch ist nur noch ein von den Wählern marginalisierter Schatten ihrer früheren Selbst, geführt von zweifelsohne integren Sachwaltern, aber ohne erkennbare Leidenschaft und mitreißendes Charisma. Das BSW wiederum hat durch die Dominanz linker Kader die einmalige Chance verspielt, die von Sahra Wagenknecht präzise identifizierte und mit dem Gründungsmanifest 2024 zielgenau anvisierte Lücke im Parteiensystem als progressive, liberal-soziale Kraft zu besetzen. So werden sich gefestigte Liberale mit und ohne politische Vergangenheit zusammenfinden müssen, um den Stein ins Wasser zu werfen. Dass es aktuell keine liberale Partei von Gewicht in Deutschland gibt, könnte sich dabei sogar als Vorteil erweisen: Ohne Partei denkt es sich nochmals freier.

Hinweis: Erstveröffentlichung im Magazin [mitmenschenreden](#) (Ausgabe 2026-3); wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.

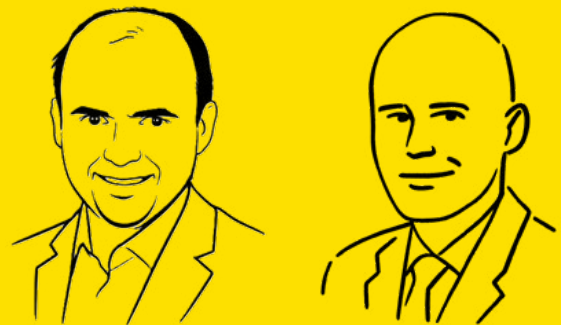
# Unterstützen Sie die Sichtbarkeit des klassischen Liberalismus

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# HAYEK UND MEHR ...

## It's the Economy, „Krüppel“!

von Dr. Carsten Dethlefs & Matthias Still



In der Rubrik „HAYEK und mehr“ beschäftigen wir uns damit, Friedrich August von Hayek zu verstehen. Denn, Hayeks Analysen, Argumente und Thesen weisen weit über die Ökonomie hinaus.

Dieser Beitrag beschäftigt sich damit, wie Marktwirtschaft und technologischer Fortschritt Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben verschaffen. Zu den beiden Autoren: Matthias Still, M. A. studierte Geschichte, Journalistik und Politikwissenschaften in Hamburg. Der selbstständige PR-Berater ist Leiter des Hayek-Clubs Hamburg. Dr. Carsten Dethlefs ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und seit seiner Kindheit vollständig erblindet. Er ist Hochschullehrer, Unternehmensberater, Kommunalpolitiker und Autor mehrerer Bücher und Artikel zur ökonomischen Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Das Leben war mühsam im Jahr 1784. Erst recht ohne Arme und Beine.

Sarah Biffin kam in genau diesem Jahr in England zur Welt. Mit einer sehr seltenen Behinderung, bei der Säuglinge ohne wichtige Gliedmaßen geboren werden. In einer Epoche, in der schon das bloße Überleben für die meisten Menschen anstrengend genug war, standen ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben verdammt schlecht. Und doch wurde aus ihr eine gefeierte Künstlerin.

Sarah Biffin entwickelte früh eine Leidenschaft für das Miniaturmalen. Kleine, kolorierte Figuren waren im England des ausgehenden 18. Jahrhunderts ein Renner. Und Sarah Biffin lernte es, den Pinsel mit dem Mund zu führen. Sie stellte ihr Können öffentlich unter Beweis, gewann Förderer, erhielt Aufträge aus höchsten Kreisen und schaffte den sozialen Aufstieg in eine Welt, die für Menschen mit ihrer Behinderung normalerweise verschlossen blieb. Gerade deshalb ist Sarah Biffin so faszinierend: nicht weil ihr Lebensweg typisch gewesen wäre, sondern weil er die Ausnahme verkörpert.

## | Armut war die eigentliche Barriere

Heute wird beim Thema Behinderung meist

über Diskriminierung, Vorurteile und mangelnde Barrierefreiheit gesprochen. Historisch gab es da ein ganz anderes Problem. Die größte Barriere früherer Zeiten war nicht in erster Linie irgendeine Form von „Gesinnung“. Es war die allgegenwärtige Knappheit.

Denn: Von Anbeginn der Geschichte bis weit ins 19. Jahrhundert lebte der überwiegende Teil der Menschheit in bitterer Armut. Hunger war kein Randphänomen, sondern Alltag. Die Produktivität war niedrig, die Lebenserwartung kurz, körperliche Arbeit fast immer unerlässlich. Wer sich und seine Familie ernähren wollte, musste auf Feld und Acker, im Stall, in der Werkstatt oder auf der Straße einsetzbar sein. Muskelkraft war der entscheidende Produktionsfaktor.

Behinderung passte in diese Welt schlecht hinein. Wer nicht tragen, hacken, pflügen, ernten oder marschieren konnte, war in einer Ökonomie des Mangels nur begrenzt verwendbar. Familienmitglieder mit Behinderung wurden bestenfalls mitversorgt, oft versteckt, nicht selten ausgestoßen. Viele landeten in der Bettelei, in Abhängigkeit oder wurden – immerhin – eine Jahrmarktsattraktion. In manchen Epochen gab es Fürsorge, in anderen Grausamkeit, meist eine Mischung aus beidem. Zumeist aber galt: Wo fast alle arm sind, ist für Rücksicht wenig Raum.



In modernen Wohlstandsgesellschaften wird schnell vergessen: Exklusion war Jahrtausende lang nicht nur ein moralisches, sondern vor allem ein ökonomisches Phänomen.

## | Der große Bruch der Moderne

Doch dann kam alles anders: Vor rund 200 Jahren änderte sich diese Lage grundlegend. Nicht langsam, nicht zufällig, sondern in historisch betrachtet enormem Tempo. Dampfmaschine, Elektrizität, Verbrennungsmotor und Fließband revolutionierten die Arbeit. Die Produktivität explodierte. Computer und Digitalisierung setzen diesen Trend im 20. Jahrhundert fort.

Heute erwirtschaften moderne Volkswirtschaften pro Kopf etwa das 30-Fache (!) dessen, was Menschen um 1800 hervorbrachten – und das in der Hälfte der Arbeitszeit. Und genau darin liegt der entscheidende zivilisatorische Fortschritt. Denn mit wachsender Produktivität steigt nicht nur der materielle Komfort. Es entstehen Spielräume. Für Medizin. Für Bildung. Für Infrastruktur. Für Hilfsmittel. Für Spezialisierung. Für eine Gesellschaft also, die es sich leisten kann, den einzelnen Menschen nicht nur nach seiner Körperkraft zu bewerten.

Dieser beispiellose Zuwachs an Wohlstand lässt sich nur durch das Aufeinandertreffen zweier Faktoren verstehen: der Erfindungsreichtum der Tüftler und Bastler und ein ausdifferenzierter, leistungsfähiger Kapitalismus. Mit seiner Hilfe wurden aus Erfindungen Produkte, die in Fabriken hergestellt und dabei so günstig wurden, dass sie sich viele leisten konnten.

## | Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Friedrich August von Hayek hat den Wettbe-

werb als Entdeckungsverfahren beschrieben. Genau darin liegt auch seine soziale Kraft. In einer freien Wirtschaft sucht niemand zentral nach „der“ Lösung für ein Problem. Unternehmer, Ingenieure, Ärzte, Handwerker und Dienstleister reagieren dezentral auf konkrete Bedürfnisse, Preissignale und neue Möglichkeiten. So entstehen Lösungen, die kein Ministerium am grünen Tisch planen könnte.

Von diesem Entdeckungsverfahren profitieren Menschen mit Behinderungen massiv. Denn Blindenschrift, Hörgeräte, Prothesen, Rollstühle, Aufzüge, Rampen, Bildschirmleseprogramme, Sprachsteuerung, digitale Untertitel, Navigationshilfen und Smart-Home-Technologien sind ein Teil davon: All diese Dinge sind keine bloßen Komfortartikel. Sie sind Instrumente der Freiheit. Sie ersetzen verlorene Funktionen, verringern Abhängigkeiten und erweitern den Radius selbstbestimmten Handelns.

Entscheidend ist dabei nicht allein die technische Erfindung, sondern ihre massenhafte Verbreitung zu vergleichsweise günstigen Preisen. Eine geniale Idee nützt wenig, wenn sie nur einigen Wohlhabenden zugänglich bleibt. Erst der Markt macht aus Innovation ein erschwingliches Gut. Erst Wettbewerb senkt die Kosten. Nicht der gute Wille allein, sondern die Logik einer fortgeschrittenen Marktwirtschaft hat auf diesem Weg die materiellen Voraussetzungen echter Inklusion geschaffen.

## | Vom Fürsorgefall zum Marktteilnehmer

Je stärker Menschen mit Behinderung vom Rand in die Mitte der Gesellschaft rückten, desto mehr wurden sie auch für Unternehmen sichtbar. Das ist kein Zynismus, sondern Fortschritt. Wer als Kunde, Arbeitnehmer, Nutzer oder Unternehmer wahrgenommen wird, ist nicht mehr bloß Objekt des Mitleids. Er

wird Teil des gesellschaftlichen Austauschs. Gerade hier zeigt sich ein typisch hayekianischer Punkt: Der Markt erkennt Bedürfnisse zumeist früher und präziser als politische Apparate. Er entdeckt Nischen, Präferenzen und ungenutzte Potenziale dort, wo Bürokratien noch in Kategorien der Versorgung denken. Barrierefreiheit ist dann nicht mehr nur ein Gegenstand moralischer Appelle, sondern ein Wettbewerbsvorteil. Assistive Technologien sind nicht nur Sozialpolitik, sondern Innovation. Menschen mit Behinderung werden nicht mehr nur „mitgedacht“, sondern als eigenständige Nachfrager ernst genommen.

Das verändert auch das Menschenbild. Aus dem „bedürftigen Behinderten“, über den andere verfügen, wird ein Bürger mit Präferenzen, Talenten und Ansprüchen.

## | Warum manche damit hadern

Paradoxerweise tun sich mit dieser Entwicklung ausgerechnet einige jener Institutionen schwer, die sich traditionell als Anwälte von Menschen mit Behinderung verstehen. Das ist nicht in jedem Fall böse Absicht. Wer als Interessenvertreter seinen Auftrag aus Schutz, Spendensammeln und Transfervermittlung bezieht, für den ist der selbstständige, marktfähige, technisch aufgerüstete und eigenwillige Mensch mit Behinderung nicht immer die naheliegendste Leitfigur.

Zwischen dem alten Bild vom dauerhaft hilfsbedürftigen Empfänger und dem neuen des autonomen Individuums verläuft die entscheidende Trennlinie. Selbstbestimmung entsteht nicht dadurch, dass Experten Menschen kategorisieren und ihre Lebenswege planen. Freiheit entsteht dort, wo eine offene Gesellschaft viele Wege zulässt und eine produktive Wirtschaft die Mittel bereitstellt, diese Wege auch gehen zu können.

Natürlich ist die Geschichte nicht zu Ende. Noch immer gibt es Ausgrenzung, bürokratische Sonderwelten oder eine bevormundende Sprache der Betreuung. Noch immer werden Menschen mit Behinderung zu oft aus dem normalen Leistungs- und Lebenszusammenhang herausgenommen. Aber wer die großen Linien betrachtet, kommt an einer Einsicht nicht vorbei: Die deutlich gewachsene Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung ist eine erfreuliche Realität. Und ohne technologischen Fortschritt und kapitalistische Wohlstandsmehrung nicht vorstellbar.

Sarah Biffin musste ein „Wunder“ sein, um der Randexistenz zu entkommen. Das ist der eigentliche Unterschied zu heute. Eine freiheitliche, wohlhabende Gesellschaft muss aus Menschen mit Behinderung keine Wunder machen. Es genügt, wenn sie Bürger sein dürfen. Klingt selbstverständlich – historisch ist es revolutionär.



# HAYEK

## DAS BUCH



## Marx trifft Hayek

Eine Rezension von Christian Langer  
zum Buch von Thorsten Bohnenberger

Christian Langer, Club-Obmann der Hayek-Gesellschaft und Manager in einem mittelständischen Unternehmen, stellt mit Thorsten Bohnenbergers „Kapital oder Katallaxie“ ein schmales, aber anregendes Buch vor: ein fiktives Streitgespräch zwischen Karl Marx und Friedrich August von Hayek, das zentrale Konfliktlinien zwischen Planwirtschaft, Marktordnung und Freiheit bündig auf den Punkt bringt.

Liebe Leserin, lieber Leser, wie wäre es, wenn Karl Marx (1818–1883) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) ein persönliches Streitgespräch geführt hätten – ein Streitgespräch, in dem beide ihre wichtigsten Kernthesen vortragen und die wesentlichen Argumente aufeinandertreffen? Das wäre eine hochgradig spannende verbale Auseinandersetzung zweier Schwergewichte, die die Weltgeschichte der letzten 150 Jahre maßgeblich geprägt haben.

Genau dies simuliert Thorsten Bohnenberger in seinem im Oktober 2025 erschienenen Buch mit dem Titel „Kapital oder Katallaxie“. Zur Erinnerung: Der Begriff Katallaxie wurde von Hayek geprägt, und er beschreibt darin die spontane Ordnung des freien Marktes, die sich aus Millionen von individuellen Entscheidungen ergibt.

Das virtuelle Streitgespräch findet heute statt! Damit blicken beide Kontrahenten unter anderem zurück auf die Folgen beider Gedanken und Theorien: einerseits den Untergang der Sowjetunion, der den Kommunismus als Grundlage seines Handelns rechtfertigte, oder die Folgen des Kommunismus von Mao.

Andererseits werden die bekannten Argumente des sogenannten „Raubtierkapitalismus“ vorgebracht, die in der schweren Wirtschaftskrise von 1929 und der Finanzkrise von 2008 (S. 33 und S. 85) mündeten.

Marx argumentiert erwartungsgemäß im Streitgespräch mit den wichtigsten Inhalten

seiner Theorien wie der Entfremdung des Arbeiters vom Produkt, seiner Ausbeutung, des Klassenkampfes, der Ungleichheit, der Moral, der sozialen Ungerechtigkeit und der Anarchie der Produktion. Er greift sogar auf Keynes zurück, indem er darauf hinweist, dass „...der Kapitalismus ohne die staatliche Stütze, ohne die keynesianische Nachfragestimulation, ohne die Verstaatlichung von Verlusten und die Sozialisierung von Risiken, immer wieder in den Abgrund stürzt“.

Hayek entgegnet mit den bekannten Argumenten, dass nicht zentral gesteuerte Planung und Staatsinterventionismus wirtschaftlichen Wohlstand gebracht haben, sondern eine dezentrale Wirtschaftsordnung, welche das Wissen von Milliarden von Menschen effizient nutzen kann – mit Preisen als wichtige Signalgeber für Knappheiten und Bedürfnisse von Menschen. Sein Kernargument dagegen findet sich an verschiedenen Stellen wieder mit der Feststellung, dass „... der zentrale Planer eine Macht schaffen muss, die über allen anderen steht. Und diese Macht wird sich ... immer verselbständigen“ (S. 57). Hat der Staat einmal die Allmacht der Planung erlangt, gibt er sie niemals wieder her (S.60) . Das ist der Weg zur Knechtschaft und zu totalitären Systemen.

Zugegebenermaßen ist Hayek zeitgeschichtlich im Vorteil, da sich die Folgen von Karl Marx' Thesen nicht nur an praktischen Beispielen der kommunistischen Gesellschaftsform in unendlich viel Not und Elend im letzten Jahrhundert wiederfanden. Zudem wurden nach Marx' Tod wissenschaftliche



Abhandlungen entwickelt wie Böhm-Bawerks Werk „Zum Abschluss des marxischen Systems (1896)“, das die Arbeitswerttheorie von Marx widerlegt, oder wie Mises' Werk „Die Gemeinwirtschaft (1922)“, das aufzeigt, dass die Idee des Sozialismus am Fehlen der Preise für die wirtschaftliche Kalkulation scheitern muss.

Hier greift der Autor Gegenargumente „zugunsten“ von Marx auf, der auf Folgen der „neoliberalen“ Politik von Reagan und Thatcher hinweist mit der „Demontage der sozialen Sicherheit“ und der Zerschlagung der Gewerkschaften (S. 83 u. S. 86). Es fehlt natürlich nicht das linke Argument, dass als Folge der Finanzkrise 2008 Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert wurden – „die wahre Dialektik des Neoliberalismus“ (S. 88).

An vielen Stellen des Buches wird auf die wichtigsten wissenschaftlichen Werke verwiesen mit Zitaten aus Karl Marx' „Das kommunistische Manifest“ und „Das Kapital“ oder bei Hayek aus seinen Werken wie „Der Weg zur Knechtschaft“, „Recht, Gesetz und Freiheit“ oder „The Fatal Conceit“.

Zum Schluss des Buches versuchen beide – nachdem die wichtigsten Argumente aufeinandergedrallt sind – Gemeinsamkeiten zu finden, die sich erstaunlicherweise (so der Autor) wiederfinden, wie in der Ablehnung des Merkantilismus und der Feststellung, dass beide ihren Anhängern ein intellektuelles Gerüst an die Hand gegeben haben. Schließlich sind beide der Meinung, dass sie umfassende Gesellschaftstheorien schufen, die Ökonomie, Geschichte, Philosophie und Politik umfassten.

Wer geht als Sieger des Streitgesprächs hervor? Dies soll der Leser selbst beurteilen, wobei nicht zu verhehlen ist, dass eine Tendenz des Autors in Richtung der Argumente von Hayek zu spüren ist.

Bohnenberger ist zugegebenermaßen eine sehr unterhaltsame Lektüre gelungen mit der charmanten Idee, zwei wissenschaftliche Schwergewichte virtuell zusammenzuführen zu einem intelligenten Streitgespräch. Im Rahmen dieses Streitgesprächs werden – wenn auch knapp – nicht nur die wichtigsten Theorien der beiden Protagonisten erwähnt; es werden auch entscheidende Argumente und Gegenargumente vorgestellt, wie sie sich auch heute durchaus in der Diskussion zwischen den zwei politischen Lagern wiederfinden. Dafür, dass man als Leser wichtige Einblicke in die Grundlagen beider Theorien erhält, kann man den Preis des Buches als sehr erschwinglich betrachten.

Der Autor Dr.-Ing. Thorsten Bohnenberger absolvierte ein Studium der Informatik und Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Künstliche Intelligenz. Er ist selbstständig, hat sich im Bereich der Künstlichen Intelligenz spezialisiert und bietet dafür Unternehmen Beratungsdienstleistungen und strategische Lösungen an.

Hinweis: Dr. Bohnenberger wird am 25. September 2026 beim *Hayek-Club Trier-Luxemburg e.V.* einen Vortrag halten zum Thema „Künstliche Intelligenz – was würde Hayek dazu sagen“.

### **Kapital oder Katallaxie**

### **Ein Streitgespräch zwischen Karl Marx und Friedrich August von Hayek**

Thorsten Bohnenberger

epubli, Oktober 2025, 114 Seiten, 8,00 EUR

ISBN 978-3-565-06823-4



Willkommen bei der *Akademie der Freiheit 2026* vom 10. bis 15. August in Lutherstadt Wittenberg.

- Einführung in den Klassischen Liberalismus
- Ökonomie, Politik, Geschichte & Philosophie
- Experten & Netzwerk

Für Schüler, Studenten und junge Berufstätige von 18 bis 30 Jahren.

**Werden Sie Sponsor und unterstützen Sie unsere Bildungsinitiativen.**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# Freiheit heißt schwimmen

von Dr. Christian Bonn



Der Philosoph José Ortega y Gasset wird bis heute häufig auf den „Aufstand der Massen“ reduziert – und dabei oft missverstanden. Christian Bonn zeigt, dass Ortegas Denken weniger elitärer Kulturpessimismus als vielmehr eine liberale Ethik der Verantwortung ist: Der Mensch ist seinen Umständen nicht ausgeliefert, sondern aufgefordert, ihnen Form zu geben. Freiheit bedeutet bei Ortega nicht bequemes Treibenlassen, sondern die Zumutung, das eigene Leben selbst zu führen.

Christian Bonn hat unter dem Titel „Aber schiffbrüchig sein heißt nicht ertrinken‘ – Ortega y Gassets Lebensphilosophie als ideengeschichtliche Grundlage seiner Werke“ am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Chemnitz promoviert.

### **Freiheit als Verantwortung für das eigene Leben: Das Vermächtnis von José Ortega y Gasset**

Stellen wir uns den Menschen als ein im Ozean treibendes Individuum vor. Um ihn herum nur Wasser, kein Horizont in Sicht. Er weiß, dass Stillstand den Untergang bedeutet – also beginnt er zu schwimmen. Dieser Mensch ist für José Ortega y Gasset, den großen spanischen Liberalen, dessen Todestag sich vor Kurzem zum siebzigsten Mal gejährt hat, das Sinnbild des modernen Individuums: ein Schiffbrüchiger im Strom der Zeit. Und das Schwimmen – das ist Kultur.

„Das Leben ist in sich und für immer Schiffbruch“, schrieb Ortega. „Schiffbrüchig sein heißt nicht ertrinken.“ Wer schwimmt, lebt – wer sich treiben lässt, geht unter. Das ist kein romantisches Bild, sondern der Kern seiner Lebensphilosophie: Der Mensch ist nicht passives Produkt seiner Umstände, sondern steht in einer dauernden Aufgabe, seiner Existenz Form und Sinn zu geben.

„Dieses uns gegebene Leben ist uns als etwas Leeres gegeben, und der Mensch muss es ausfüllen, ihm einen Inhalt verleihen.“

### **Der missverstandene Philosoph der Masse**

Bis heute ist Ortega y Gasset (1883–1955)

meist nur als Autor des Aufstands der Massen bekannt – und oft missverstanden. Schnell galt er als elitärer Kulturpessimist, als ein Denker, der sich von der „Masse“ angewidert abwandte. Doch diese Lesart verkennt den moralischen Kern seines Denkens. „Schiffbruch erleiden bedeutet nicht zwangsläufig unterzugehen.“ Gerade darin liegt die Wendung: Die Masse ist bei Ortega kein sozialer Begriff, sondern ein psychologischer, ein moralischer Zustand des Individuums. Als solches ist es keine soziale, sondern eine existenzielle Frage.

Die „Masse“ ist nicht einfach die Menge anderer, sondern jener Zustand, in dem der Einzelne aufhört, sich seiner selbst bewusst zu sein. Es ist das moralische Versagen des Menschen, der die Verantwortung für sein Leben abgibt – sei es an die Meinung anderer, an den Staat oder an die algorithmischen Strömungen des digitalen Zeitalters. Ortega warnt vor dem Menschen, der „wie eine losgerissene Boje in den Strömen der Zeit“ treibt.

In diesem Sinn ist Der Aufstand der Massen kein elitäres Pamphlet, sondern eine antitotalitäre Mahnung. Ortega beschreibt nicht die Masse als Bedrohung, sondern als Symptom einer inneren Leere: „Nur wer in gewissem Maße seiner Zeit entgegenwirkt, kann von sich selbst befriedigt sein.“



## **Ich bin ich – und meine Umstände: Freiheit als Verantwortung**

Ortegas berühmter Satz „Yo soy yo y mis circunstancias“ – „Ich bin ich und meine Umstände“ – bringt seine Philosophie auf den Punkt. Der Mensch existiert nie im luftleeren Raum, sondern ist untrennbar mit den Bedingungen seines Lebens verknüpft. Doch diese Umstände sind nicht Entschuldigung, sondern Herausforderung.

Ortega nennt das Leben eine „radikale Aufgabe“ – ein leeres Blatt, das befüllt werden muss: „Dieses uns gegebene Leben ist uns als etwas Leeres gegeben, und der Mensch muss es ausfüllen, ihm einen Inhalt verleihen.“ In dieser Auffassung liegt sein zutiefst europäischer Humanismus: Freiheit bedeutet Verantwortung – nicht die Abwesenheit von Zwängen, sondern das Bewusstsein, dass jeder Mensch Autor seiner eigenen Lebensgeschichte ist. Der Einzelne, als Schiffbrüchiger, benötigt hierfür im eigentlichen Wortsinn Selbstbewusstsein. Ein illustriertes Beispiel wäre das Gemälde des Edelmanns mit der Hand auf der Brust (El Greco), auf den sich Ortega in einem seiner Essays bezieht. Der Edelmann, der seine Hand auf den Brustkorb legt, ist für den spanischen Philosophen Ausdruck eines vitalen Individualbewusstseins.

So wird die Philosophie des liberalen Spaniers zu einer Pädagogik der Selbstständigkeit. Ortega wollte „Philosoph am Marktplatz“ sein, ein Intellektueller, der seine Landsleute aus der Resignation herausführt. Nach dem nationalen Trauma des Spanisch-Amerikanischen Krieges von 1898 rief er dazu auf, die Krise als Ansporn zu sehen – nicht als Schicksal. In seiner Metapher des Schiffbruchs steckt gerade keine Kapitulation, sondern der Mut, die Arme zu bewegen: Kultur als Schwimmbewegung gegen den Untergang.

## **Gegen die Trägheit des Geistes**

Ortegas Lebensphilosophie ist ein Aufruf zur Selbstprüfung. „Keiner kann mein Leben leben“, schreibt er, „ich selbst muss es auf meine eigene Rechnung und Gefahr ganz allein leben.“ Diese Ethik des persönlichen Wagnisses richtet sich gegen jede Form der Selbstentfremdung. Der Mensch, der aufhört, sich zu fragen, was er wirklich glaubt und was er verabscheut, verliert die Fähigkeit, sich selbst zu führen.

Die „Masse“ im ortegianischen Sinn entsteht dort, wo das Denken ausgesetzt wird – wo der Einzelne sich in der Anonymität des Kollektivs einrichtet. Das kann die staatliche Bürokratie sein, die Ideologie oder heute der digitale Schwarm. Ortega war ein früher Diagnostiker dessen, was wir heute „Filterblasen“ nennen würden: die Tendenz, sich mit Meinungen zu umgeben, die das eigene Denken ersetzen. Die Gefahr ist nicht die Technik, sondern die Trägheit des Geistes.

## **Staat und Bürokratie als Ersatz für eigenes Denken**

Ortega war kein Staatsfeind. Im Gegenteil: Er sah im Staat eine „orthopädische Hilfe“, ein notwendiges Instrument, um die Gesellschaft zu ordnen und Bildung, Wohlstand und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Doch zugleich warnte er vor der Mystifizierung des Staates – vor jener Versuchung, ihn zum Ersatz für die eigene moralische Verantwortung zu machen.

Totalitäre Bewegungen, so Ortega, entstehen dort, wo der Mensch aufhört, sich selbst zu führen. Der Staat wird dann zum Ersatz für das eigene Denken, die Ideologie zur neuen Religion. Diese Einsicht verleiht seinem Denken eine beklemmende Aktualität: In Zeiten, in denen Algorithmen Stimmungen lenken und moralische Urteile durch Empörung ersetzt werden, erinnert Ortega an den Ursprung politischer Freiheit – das

selbstbewusste Ich. Ortega steht in zentralen Punkten der klassisch-liberalen Tradition nahe – insbesondere in seinem Verständnis von Verantwortung, Leistung und individueller Selbstführung.

### **Aktualität eines vergessenen Europäers**

Ortega y Gasset ist ein Philosoph der europäischen Krise – und zugleich ihrer Überwindung. Er suchte die Verbindung von Vitalität und Geistigkeit, von Leben und Denken. Europa, so sein Traum, ist kein geografischer Raum, sondern ein kulturelles Projekt, das täglich neu geschaffen werden muss – „ein gemeinsames Wagnis freier Individuen“.

Gerade darin liegt seine bleibende Bedeutung. In einer Welt, die in virtuellen Massen zerfällt, in der sich Menschen digital zusammentun, ohne einander zu begegnen, erinnert Ortega daran, dass wahre Kultur nicht aus Gleichschritt, sondern aus Selbstüberwindung entsteht.

### **Ein Appell an die Schiffbrüchigen von heute**

„Jede Stunde hat ihr besonderes Licht“, schrieb Ortega, „und jedes Licht erschafft – wie ein Dichter – die Dinge noch einmal in seiner Weise.“ Das ist die optimistische Wendung seines Denkens: Selbst in Zeiten der Orientierungslosigkeit ist Erneuerung möglich. Wer sich seiner Umstände bewusst wird, kann sie gestalten.

Ortega ruft dazu auf, nicht in der Flut der Zeit zu versinken, sondern sich in ihr zu bewegen. Das gilt heute nicht weniger als in den 1930er-Jahren. Zwischen Massenbewegungen, technischer Beschleunigung und politischer Reizüberflutung bleibt seine Botschaft einfach – und radikal: Der Mensch ist frei, aber nur, wenn er schwimmt.

# **Freiheit, Vernunft & Verantwortung**

In einer Zeit, in der freiheitliche Werte unter Druck geraten, braucht es eine starke Stimme für den Liberalismus.

Die Hayek-Gesellschaft fördert wissenschaftliche Arbeit, vermittelt ökonomische Bildung, organisiert Akademien für den Nachwuchs und bietet Foren für den Austausch freier Gedanken.

**Stärken Sie die Freiheit.  
Unterstützen Sie  
mit Ihrer Spende  
die Hayek-Gesellschaft.**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# *Gegen neuen Kollektivismus*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Juan Pina



Juan Pina spricht Anfang 2026 über Freiheit, liberale Demokratie, Europas ideologische Bruchlinien und den Kampf gegen neuen Kollektivismus von links und rechts. Ein Gespräch über Think Tanks, Narrative, Literatur – und die Notwendigkeit, Freiheit wieder offensiv zu erzählen. Pina ist Generalsekretär von *Fundalib* in Madrid und engagiert sich international für individuelle Freiheit, Liberalismus und offene Gesellschaften.

***Guten Tag Juan Pina, Fundalib beschreibt seine Mission als „Förderung der individuellen Freiheit des Menschen in all ihren Aspekten“ – von Steuern und Renten bis hin zu Kultur, Justiz und Bürgerrechten. Wie definieren Sie Freiheit im politischen und sozialen Sinne für Spanien und Europa heute – und wie kann Fundalib dazu beitragen, Freiheit zu einer greifbaren Realität zu machen?***

**Juan Pina** | Eine der besten Möglichkeiten, die Bedeutung von Freiheit zu verstehen, insbesondere in Zeiten, in denen sie von so vielen verschiedenen Seiten angegriffen wird, ist vielleicht die Rückkehr zu Isaiah Berlins klassischer Erklärung. Der lettische liberale Denker sprach von positiver Freiheit (der Macht zu handeln) und negativer Freiheit (der Abwesenheit von Zwang über das eigene Handeln).

Die Stiftung ist Teil der aktuellen globalen klassisch-liberalen Bewegung mit einer unbestreitbaren Tendenz zum Libertarismus. Diese Tendenz widerspricht nicht den liberalen Wurzeln, sondern verteidigt sie vielmehr, reinigt sie von den kollektivistischen Verunreinigungen, die für den sogenannten „sozialdemokratischen Konsens“ (Dahrendorf) der letzten sechzig Jahre charakteristisch sind, und aktualisiert sie, damit sie in unserer Zeit eine neue Rolle spielen können. Freiheit ist, mit den Worten von Margaret Thatcher, unteilbar: Man kann keine wirtschaftliche Freiheit ohne persönliche oder moralische Freiheit (die Freiheit, die manche heute als „kulturell“ bezeichnen) haben, und man kann nicht eine dieser beiden Frei-

heiten verlieren, ohne auch die andere zu verlieren. Wenn ich mich also mit Freiheit in unserer Zeit befasse, würde ich ihre Einzigartigkeit und Individualität betonen. Damit wird sie vollständig aus der Gleichung der neuen Populismen der Linken und Rechten herausgenommen.

Deshalb halte ich es für unerlässlich, falsche Allianzen zwischen Liberalen oder Libertären und Anhängern dieser neuen radikalen Rechten zu vermeiden, die im Wesentlichen kollektivistisch ist und eine Sozial- und Kulturpolitik fördert, die der der Linken nicht unähnlich ist. Liberale wollen nicht eine Form der Sozialpolitik durch eine andere ersetzen, sondern die Zivilgesellschaft von allen Formen der Sozialpolitik befreien. Der Staat muss nicht nur klein und sparsam sein, sondern auch in Bezug auf Werte, Bräuche, Lebensweisen und Traditionen relativ neutral. All dies entspricht der spontanen Ordnung (Hayek), die in einer freien Gesellschaft herrschen muss. Die Alternative zu schädlichen staatlichen Eingriffen von links kann niemals ein gleichwertiger Eingriff von rechts sein. Das ändert nur die Richtung der Zwänge und Repressionen, ohne das Problem zu lösen. Unsere Wahl ist weniger Staat und mehr Freiheit.

***Welche politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen sehen Sie derzeit als größte Bedrohung für die persönliche und wirtschaftliche Freiheit in Spanien – und welche Projekte von Fundalib zielen derzeit darauf ab, diesen entgegenzuwirken?***



**Juan Pina** | Spanien und Europa stehen derzeit vor sehr ernststen Herausforderungen. Je nachdem, wie wir darauf reagieren, könnten diese Herausforderungen entweder einen kontinentalen Raum der Freiheit festigen, der einen positiven Einfluss auf die ganze Welt haben wird, oder umgekehrt die Bemühungen ganzer Generationen von Europäern seit dem Zweiten Weltkrieg zunichtemachen.

Eine der grundlegenden Herausforderungen ist die Aufrechterhaltung und Erneuerung der liberalen Demokratie, die eines der Ergebnisse des wunderbaren Prozesses war, der in Europa mit der Renaissance und der Reformation begann und mit der Aufklärung gefestigt wurde. Die bürgerlichen Werte, die aus diesem Prozess hervorgingen, legten den Grundstein für die moderne Welt. Es war kein leichter Weg. Wir Liberalen hatten mächtige Feinde, vom völkischen Romantizismus des 19. Jahrhunderts bis zum Totalitarismus des 20. Jahrhunderts. Heute kehren diese Feinde in neuer Gestalt zurück. Wir hören erneut die Sirenengesänge extremer Kollektivistinnen, die wieder einmal Systeme mit weniger Raum für individuelle Autonomie vorschlagen. Sie tun dies als Reaktion auf die weit verbreitete Frustration über das Scheitern des überparteilichen sozialdemokratischen Systems. Wir müssen zweifellos diese allgemeine Sozialdemokratie, die das gesamte System und die Mainstream-Parteien durchdrungen hat, rückgängig machen. Dabei dürfen wir jedoch nicht in die Arme derer fallen, die die liberale Demokratie als solche in Frage stellen.

Andererseits müssen wir uns unaufhaltsamen Prozessen stellen, wie dem Zusammenbruch der Rentensysteme, der gefährlichen Entwicklung von durch die Zentralbanken aufgeblähten Geldblasen, den bevorstehenden Auswirkungen der künstlichen Intelligenz und dem Problem der Migrationsüberflutung (die durch gescheiterte staatliche Politik verursacht wird) auf einem Kontinent, der

Migration braucht, aber richtig gesteuert. Europa steht auch vor einem erheblichen Wohnungsproblem, einem Energieversorgungsproblem und der akuten Kriegsgefahr durch eine so zerstörerische und antiliberalen Macht wie Russland. Für all diese Probleme brauchen wir mehr Europa in der Außen- und Verteidigungspolitik und gleichzeitig weniger Einmischung aus Brüssel in kleinere Politikbereiche, da diese Einmischung nur zu einer sehr verständlichen Unzufriedenheit mit dem europäischen Projekt geführt hat.

**Wie schätzen Sie die Bedeutung solcher Netzwerkpartnerschaften für die Durchsetzung liberaler Ideen ein? Sehen Sie Risiken – z. B. Einflussnahme von außen – oder vor allem Chancen für eine stärkere liberale Öffentlichkeit?**

## **| sind liberale Netzwerke von Bedeutung?**

**Juan Pina** | Für unsere Stiftung ist die Zugehörigkeit zu und die tägliche Teilnahme an liberal-libertären Think-Tank-Netzwerken und -Foren von wesentlicher Bedeutung; sie ist Teil unserer Kernaktivität. Ich würde sogar sagen, dass sie Teil unserer DNA ist. Heute wäre es ein schwerwiegender Fehler, die Förderung von Ideen als eine Aufgabe zu betrachten, die durch nationale Grenzen eingeschränkt ist. Glücklicherweise kennen Ideen keine territorialen Grenzen. Deshalb schützen die schlimmsten Diktaturen der Welt ihre Grenzen immer vor Einflüssen von außen.

Einige Think Tanks, die unserer Stiftung ähnlich sind, haben bereits mit Gesetzen gegen sogenannte „ausländische Agenten“ in Ländern wie Georgien oder sogar Ungarn und natürlich in Russland zu kämpfen. Regime, die der liberalen Demokratie feindlich gegenüberstehen, tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Freiheitsbewegung zu untergraben,

und werden dies auch weiterhin tun, denn für sie ist die Verbreitung unserer Ideen in ihrer Zivilgesellschaft tödlich. Wir befinden uns in einem globalen ideologischen Krieg und haben nur zwei Optionen: Entweder wir gewinnen, oder sie besiegen uns und zwingen uns einen Rückschritt um Jahrhunderte, möglicherweise bis vor die Aufklärung. Entweder gewinnt der liberal-demokratische, bürgerliche und aufgeklärte Westen... oder wir sollten anfangen, Russisch zu lernen.

Daher ist der wichtigste externe Einfluss, der uns heute beschäftigen sollte, der von Regimes wie dem chinesischen und vor allem dem russischen. Nur die russische Einmischung in den letzten zwei Jahrzehnten erklärt vollständig, wie die Feinde des Westens an Boden gewonnen haben, zunächst am äußersten linken Rand und jetzt hauptsächlich am äußersten rechten Rand, bis zu dem Punkt, an dem sie zu den wichtigsten Oppositionskräften oder sogar zu Parteien geworden sind, die für die Regierungsbildung ihrer Parteien notwendig sind. Dieser Albtraum, den wir in Europa seit etwa fünfzehn Jahren erleben, lässt sich nur verstehen, wenn man dem Geld folgt, und ein Großteil dieses Geldes war, zumindest anfangs, in Rubel denominated.

***Inwieweit hält es Fundalib für wichtig, dass liberale Ideen nicht nur in wirtschaftlichen Debatten, sondern auch in kulturellen und narrativen Debatten präsent sind? Und wie will Ihr Institut dazu beitragen, dass liberale Narrative in der Gesellschaft Gehör finden?***

**Juan Pina |** In all diesen nicht-wirtschaftlichen Debatten präsent zu sein, ist zweifellos eine der Prioritäten von Fundalib. Und das ist nicht einfach, denn unsere strikt pro-individuelle Freiheit kann manchmal „rechts“ und manchmal „links“ erscheinen. So greift uns die extreme Linke an, wenn wir die Exzesse der Gesetzgebung zu Geschlechterfragen

in Frage stellen, wenn sie die Unschuldsvermutung verletzt und die Beweislast umkehrt; aber dann greift uns die extreme Rechte an, wenn wir die gleichgeschlechtliche Ehe oder den Säkularismus in staatlichen Maßnahmen verteidigen.

Seltsamerweise sind sich die extreme Linke und die extreme Rechte einig darin, uns dafür anzugreifen, dass wir Freiheiten wie Sexarbeit, Leihmutterschaft, Vergütung für die Spende von Plasma oder anderen menschlichen Körperprodukten oder Glücksspiel verteidigen. Ja, es gibt in der Tat viele konkrete politische Themen, bei denen wir Liberalen-Libertären eine bestimmte Ansicht vertreten und die Kollektivisten der Linken und Rechten die gegenteilige Ansicht, und sie sind einander ähnlicher als uns. Ja, wir Befürworter der individuellen Freiheit haben einen kulturellen Kampf zu führen, aber Vorsicht: Es ist nicht derselbe Kampf, den Konservative und die neue nationalpopulistische Rechte führen. Es ist ein anderer Kampf. Es ist der Kampf für den Einzelnen und seine persönliche Souveränität, und wir müssen diesen Kampf natürlich gegen die Linke führen, aber auch gegen diese neue Rechte.

***Welche Erfahrungen hat Fundalib mit der Wirksamkeit literarischer und philosophischer Werke – Romane, Essays, Essaybände – als Mittel zur Verbreitung liberaler Ideen?***

## **| politische Romane?**

**Juan Pina |** Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, der spanischen Gesellschaft (und der gesamten spanischsprachigen Welt) eine Vielzahl von Materialien zur Verfügung zu stellen, die sich positiv auf den Grad der bestehenden Freiheit auswirken können.

Aus diesem Grund erstellen wir seit einem Jahrzehnt Indizes zur wirtschaftlichen Freiheit und Steuerwettbewerbsfähigkeit und



veröffentlichen jedes Jahr eine Vielzahl von Studien, Berichten und Policy Briefs, zusätzlich zu unserem Monatsmagazin mit liberalen Meinungsbeiträgen zu aktuellen Themen. Seit April 2025 sind wir aber auch ein Verlag. Und wir sind sehr hoffnungsvoll, was dieses neue Unterfangen angeht. In den letzten Monaten haben wir bereits mehr als dreißig Bücher veröffentlicht, sowohl Sachbücher als auch Belletristik.

Wir sind der einzige der drei spanischsprachigen liberalen Verlage, der Belletristik in seinem Katalog führt, und wir halten dies für unerlässlich. Es sei daran erinnert, dass Belletristik und sogar Science-Fiction einen sehr positiven Einfluss auf die Entwicklung des amerikanischen Libertarismus in den 1960er und 1970er Jahren hatten. Menschen entwickeln ihre Ideen durch Geschichten.

Das Erzählen von Geschichten mit einem freiheitsfreundlichen Hintergrund, wie Sie es durch hervorragende Romane und so kraftvolle Figuren wie Max Grund tun, ist ein wirksames Mittel, um den zuvor erwähnten kulturellen Kampf zu gewinnen. Fundalib ist stolz darauf, neben seiner Arbeit als Think Tank auch als Verlag dazu beitragen zu können.

***Mein Roman „Untergang der GREEN“ ist bei Fundalib erschienen. Ich freue mich sehr darüber und möchte mich auch bei Prof. Dr. Erick Behar-Villegas für die Übersetzung und Prof. Dr. Philipp Bagus für das Vorwort bedanken.***

***Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die Veröffentlichung eines politisch und philosophisch geprägten Romans wie „Untergang der GREEN“ in einem liberalen Kontext – kann literarische Belletristik Ihrer Meinung nach einen echten Beitrag zur Förderung von Freiheit und liberalem Bewusstsein leisten?***

**Juan Pina |** Wie der vorherige Roman **„Das laute Schweigen des Max Grund“** hat auch **„Untergang der GREEN“** den Vorteil, dass er unsere Ideen durch Figuren vermittelt, die uns vertraut sind, ganz normale Menschen, die aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit jedem, der Teil unserer täglichen Realität ist, sehr glaubwürdig sind. Auf diese Weise erreichen uns ihre Erfahrungen und Gedanken mit viel größerer Kraft als in jedem Essay.

Das ist die Magie des Romans, angewandt auf die Welt der Ideen, wie wir sie bereits bei anderen Autoren und insbesondere bei Ayn Rand gesehen haben. Die Handlung offenbart auch, dass der König Staat ... nackt ist, wie in der bekannten Fabel. Der große Verdienst von **„Untergang der GREEN“** besteht darin, dass es die enorme Heuchelei aufzeigt und entlarvt, die den Umwelt-Extremismus umgibt, der in Wirklichkeit immer ein Vektor staatlicher Interessen und manchmal sogar ausländischer Interessen (wie russisches Gas) war. Fundalib fühlt sich geehrt, die spanischen Versionen beider Romane veröffentlicht zu haben und sie regelmäßig als mächtige Instrument im Kampf der Ideen einzusetzen.



Hinweis: Erstveröffentlichung im Magazin [mitmenschenreden](#) (Ausgabe 2026-3); wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.



**IST LIBERALISMUS FAIR**

# *Bitcoin* zwischen Freiheit und Finanzsystem

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Joana Cotar



Joana Cotar zählt zu den profiliertesten politischen Stimmen im deutschsprachigen Bitcoin-Diskurs. Im Gespräch mit mitmenschenreden erläutert sie, warum Bitcoin für sie weit mehr ist als ein Finanzasset: nämlich ein Freiheitsinstrument. Zudem wirkt die ehemalige Bundestagsabgeordnete im *Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa e. V.* an ordnungspolitischen Debatten mit.

**Schön, Joana Cotar, dass wir erneut im Gespräch sein dürfen. Wer über Bitcoin spricht, spricht oftmals entweder mit missionarischem Unterton oder mit reflexhafter Abwehr. Lassen Sie uns zunächst einen Schritt zurücktreten. Sie argumentieren, dass man Bitcoin erst dann wirklich versteht, wenn man das Problem des staatlichen Geldes verstanden hat. Worin liegt aus Ihrer Sicht der Kern dieses Problems?**

**Joana Cotar |** Der Kern ist, dass staatliches Geld politisch gesteuert wird – und politisch gesteuertes Geld wird früher oder später missbraucht. Regierungen und Notenbanken haben ein strukturelles Interesse daran, die Geldmenge auszuweiten. Das hat konkrete Folgen: Ersparnisse verlieren an Kaufkraft, Vorsorge wird entwertet und Leistung wird geschwächt. Inflation ist nicht nur eine ökonomische Kennzahl, sondern eine Form schleichender Enteignung. Der Bürger kann sich dagegen kaum wehren, weil er an das staatliche Geldsystem gebunden ist.

**Sie verlagern die Debatte damit vom technologischen Objekt Bitcoin auf eine machtpolitische Frage: Wer darf über Geld verfügen und wer trägt die Folgen dieser Verfügung? Da sind wir mitten in einer freiheitlichen Grundsatzdebatte.**

**Joana Cotar |** Genau. Bitcoin ist kein Spekulationsobjekt, sondern eine Antwort auf ein Machtproblem. Zum ersten Mal gibt es die Möglichkeit, Wert in einem System zu speichern, das nicht nach politischer Opportunität verändert werden kann. Die

Begrenzung auf 21 Millionen Einheiten ist kein Nebenaspekt, sondern der Kern. Kein Politiker, keine Zentralbank und keine Krisensitzung kann diese Knappheit außer Kraft setzen. Das ist finanzielle Selbstbestimmung in einer Form, die es vorher nicht gab.

**Kritiker würden einwenden, dass genau darin die Gefahr liegt: zu wenig Steuerbarkeit, zu wenig Eingriffsmöglichkeit, zu wenig staatliche Kontrolle.**

**Joana Cotar |** Man muss dann ehrlich sagen: Für wen ist das eine Gefahr? Für den freiheitsliebenden Bürger sicher nicht. Für Staaten, die gern über Geldpolitik und Zahlungsströme herrschen, schon eher. Bitcoin verschiebt Macht zurück zum Individuum. Ein Unternehmer in einem Land mit kollabierender Währung, ein Journalist in einem autoritären Staat oder auch ein Sparer in Deutschland – sie alle können zumindest einen Teil ihres Vermögens außerhalb des politischen Zugriffs halten. Das ist kein Randthema, sondern ein zivilisatorischer Fortschritt.

**An dieser Stelle drängt sich Friedrich August von Hayek auf. Sie knüpfen mit Ihrer Argumentation deutlich an dessen Idee des Währungswettbewerbs an. Ist Bitcoin für Sie die technologische Antwort auf Hayeks theoretische Vorlage?**

**Joana Cotar |** Ja, genau so sehe ich das. Hayek hat beschrieben, dass staatliche Währungsmonopole zu Fehlanreizen und Missmanagement führen, weil der disziplinierende Wettbewerb fehlt. Er dachte an



konkurrierende Währungen. Bitcoin geht einen Schritt weiter, weil hier keine Institution eine Währung herausgibt, die wieder manipulierbar wäre. Das Protokoll selbst schafft den Rahmen. Wenn Menschen frei entscheiden können, welchem Geld sie vertrauen, dann setzt sich auf Dauer das bessere Geld durch. Bitcoin ist für diesen Wettbewerb gut aufgestellt.

***Nun ließe sich entgegenhalten: Ein Wettbewerb ist nur dann ein echter Wettbewerb, wenn die Alternative alltagstauglich wird. Noch zahlen wir Steuern in Euro, noch werden Gehälter überwiegend in Euro ausbezahlt. Ist Bitcoin derzeit wirklich schon mehr als eine Alternative im Wartestand?***

**Joana Cotar |** Bitcoin ist längst mehr als das. Viele sehen immer noch das Bild vom nerdigen Randphänomen. Dieses Bild ist überholt. Wir haben Spot-Bitcoin-ETFs, wir haben Unternehmen, die Bitcoin als Treasury-Asset halten, und wir haben Staaten, die über Bitcoin-Reserven nachdenken. Bitcoin ist im Finanzsystem angekommen. Die spannende Frage lautet nicht mehr, ob das geschieht, sondern wie weit diese Integration gehen wird – und ob Europa dabei gestaltend mitwirkt oder wieder nur regulierend hinterherläuft.

***Man könnte sagen: Gerade das, was Bitcoin anfangs ausmachte – sein Außenseiterstatus –, verliert sich nun, weil Großinvestoren, Fonds und Staaten einsteigen. Wird Bitcoin dadurch domestiziert?***

**Joana Cotar |** Nein, denn das Protokoll ändert sich dadurch nicht. Dass institutionelles Kapital kommt, ist kein Verrat an Bitcoin, sondern eine Bestätigung seiner Relevanz. Es zeigt, dass Bitcoin sich vom belächelten Experiment zum ernst zu nehmenden Vermögenswert entwickelt hat. Gerade darin liegt die Pointe: Ein System, das ohne zen-

trale Instanz funktioniert, zwingt nun selbst die großen Akteure, sich seinen Regeln anzupassen – nicht umgekehrt.

***Die klassischen Einwände kennen wir: zu volatil, zu energieintensiv, zu kriminell. Wo halten Sie diese Kritik für berechtigt und wo für vorgeschoben?***

**Joana Cotar |** Volatilität gibt es, selbstverständlich. Aber Volatilität ist typisch für ein Gut in einer frühen Phase der Preisfindung. Das allein widerlegt seine monetäre Qualität nicht. Beim Energieverbrauch wird oft selektiv argumentiert. Niemand stellt mit derselben moralischen Schärfe das bestehende Bankensystem oder andere energieintensive Infrastrukturen infrage. Und beim Thema Kriminalität wird gern unterschlagen, dass Bitcoin ein transparentes Netzwerk ist, in dem Transaktionen nachvollziehbar bleiben. Kriminelle nutzen Bitcoin – ja. Aber Kriminelle nutzen auch Bargeld, Autos und Mobiltelefone. Das ist kein ernsthaftes Gegenargument gegen die Existenz des Systems.

***Lassen Sie uns den Blick auf Europa richten. Während in Teilen der USA ein strategischer Umgang mit Bitcoin erkennbar ist, wirkt Europa einmal mehr wie ein Raum, der Innovation zunächst in Regulierung übersetzt. Wo sehen Sie die größte Fehlentwicklung?***

**Joana Cotar |** Die größte Fehlentwicklung liegt darin, dass Europa Bitcoin vor allem als Problemfall behandelt, nicht als Chance. Aber wenn Regulierung so kleinteilig und bürokratisch wird, dass sie Innovation erstickt, dann läuft etwas schief. Während andere Regionen Bitcoin wirtschaftlich und geopolitisch einordnen, baut Europa administrative Hürden. Diese Haltung ist gefährlich, weil sie auf Dauer nicht nur Kapital vertreibt, sondern auch technologisches Know-how und unternehmerische Dynamik.

**Und dann steht da noch der digitale Euro im Raum – von Ihnen scharf kritisiert. Manche sehen in ihm lediglich die Modernisierung des Zahlungsverkehrs. Sie sehen darin weit mehr.**

**Joana Cotar |** Ja, weil es eben nicht nur um Bequemlichkeit geht. Der digitale Euro eröffnet die Möglichkeit programmierbaren Geldes. Und programmierbares Geld heißt: Geld kann an Bedingungen geknüpft werden. Es kann beschränkt, gelenkt, im Extremfall sogar blockiert werden. Wer glaubt, das sei nur eine technische Option ohne politische Relevanz, unterschätzt die Logik staatlicher Macht. Instrumente, die geschaffen werden, werden früher oder später auch genutzt. Der digitale Euro wäre aus meiner Sicht kein Fortschritt in Richtung Freiheit, sondern ein Schritt in Richtung Kontrolle.

**Dann stehen sich in Ihrer Lesart zwei Modelle gegenüber: auf der einen Seite ein staatlich kontrollierbares, programmierbares Geld; auf der anderen Seite ein knappes, dezentrales und zensurresistentes Geld. Das ist mehr als eine Finanzfrage. Das ist ein gesellschaftspolitischer Richtungsentscheid.**

**Joana Cotar |** Genau darum geht es. Die Bitcoin-Debatte wird oft auf Rendite verkürzt. Dabei verfehlt man das eigentliche Thema. Es geht um Eigentum, Autonomie und die Frage, wie viel Zugriff der Staat auf das wirtschaftliche Leben seiner Bürger haben soll. Bitcoin ist deshalb für mich nicht bloß ein digitales Asset, sondern ein freiheitspolitisches Korrektiv. Und je stärker der Staat auf Kontrolle setzt, desto deutlicher wird, warum dieses Korrektiv gebraucht wird.

**Vielleicht liegt genau darin die eigentliche Zumutung, die Bitcoin für das etablierte System darstellt: dass er nicht um Erlaubnis bittet, sondern eine Alternative schafft. Ob sich daraus eine neue monetäre Ordnung entwickelt oder ein dauerhaftes Korrektiv zum Fiatgeld bleibt, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass die Debatte längst nicht mehr im Technikraum stattfindet, sondern im Zentrum der politischen Ordnung. Ich danke Ihnen für das Gespräch.**



# ***Illiberale Demokratie***

## *und was man dagegen tun kann: Das Beispiel Mitteleuropas*

von Dr. Detmar Doering



Illiberale Demokratie ist keine ferne Gefahr, sondern eine politische Praxis, die demokratische Formen nutzt, um liberale Sicherungen auszuhöhlen. Dr. Detmar Doering, Philosoph, Publizist und langjähriger Kenner Mittel- und Osteuropas, analysiert am Beispiel Mitteleuropas, wie solche Machttechniken funktionieren – und warum eine bürgerliche, wirtschaftspolitisch kompetente Mitte die besten Chancen hat, ihnen wirksam entgegenzutreten.

Die Niederlage Viktor Orbáns bei den Wahlen in Ungarn im April dieses Jahres hat in großen Teilen Europas – und nicht zuletzt bei den Bürgern Ungarns, die so zahlreich wie nie zuvor zur Wahlurne gingen – Erleichterung ausgelöst. Aber kann man wirklich Entwarnung geben?

Nimmt man Mitteleuropa in den Blick, wäre das verfrüht. Die Region bleibt besonders anfällig für einen Regierungsstil, der die Axt an die Wurzeln des westlichen Verständnisses von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit legt. Gemeint ist die illiberale Demokratie, ein Begriff, den der amerikanische Publizist Fareed Zakaria bereits 1997 popularisierte.

Er bezeichnet eine politische Praxis, in der es de jure zwar demokratische Wahlen gibt, die liberalen Rahmenbedingungen der Demokratie und die durch „checks and balances“ beschränkte Regierungsmacht aber systematisch unterminiert werden. Das betrifft Grundrechte, etwa durch Einschränkungen für private NGOs, die Kaperung der Justiz durch rigorose Neubesetzungen von Richterstellen, die Chancengleichheit der Opposition, etwa durch ihren Ausschluss aus Parlamentspräsidien, die Verdrängung abweichender Meinungen durch die Gleichschaltung der Staatsmedien und den Aufkauf privater Medien durch „Cronies“, kurzfristige Änderungen des Wahlrechts sowie die Akkumulation wirtschaftlicher Macht zugunsten der eigenen politischen Seite.

Diese Sicherungen werden Stück für Stück ausgeschaltet, sodass am Ende auch die

legitimierenden Wahlen zwar formal frei, aber nicht mehr fair sind.

Bei der Auseinandersetzung zwischen liberaler und illiberaler Demokratie gibt es keinen so klaren Systemwettbewerb wie zur Zeit des Kalten Krieges, als es um Freiheit oder Totalitarismus ging. Der ideologische Überbau illiberaler Kräfte ist in einem schlechten Sinne pragmatisch: Er konzentriert sich auf negative Desinformation und bedient sich Versatzstücken verschiedenster Denkrichtungen.

In der Slowakei wird derzeit das Andenken des ehemaligen kommunistischen Präsidenten Husák hochgehalten; in Orbáns Ungarn zelebrierte man zeitweise Hitlers Bündnispartner Horthy. Die ideologischen Bezugspunkte mögen unterschiedlich sein, die Machttechnik ähnelt sich jedoch. Sogar liberale Elemente können instrumentalisiert werden, etwa wenn man sich als Verfechter der Meinungsfreiheit gegen „politische Korrektheit“ inszeniert, während in der Praxis gerade diese Freiheit beschnitten wird. Legitim erscheint dann im Prinzip alles, was der möglichst irreversiblen Ausweitung und Festigung der eigenen Macht sowie dem exklusiven Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen – sprich: Bereicherung – dient.

Illiberale Demokratie geht häufig mit einem ungeheuren Reichtumszuwachs politischer Eliten einher. Das ist schon für sich ein Indiz dafür, dass Wettbewerb und Markt – ungeachtet anderslautender Bekenntnisse – beschränkt und durch die Privilegierung einzelner Akteure ersetzt werden. Um dies



zu verschleiern, wird der politische Diskurs nicht selten, auch mit Hilfe russischer Desinformationsnetzwerke, von ökonomischen Fragen hin zu kulturkämpferischen Kampagnen gelenkt.

Tendenzen dieser Art finden sich nicht nur in Mitteleuropa, sondern in der gesamten westlichen Welt, in Europa ebenso wie in den USA unter Trump. In Mitteleuropa ist diese Entwicklung jedoch seit Längerem besonders verfestigt. Fico in der Slowakei, seit neuestem Babiš in Tschechien, bis vor Kurzem Orbán in Ungarn und Kaczyńskis PiS-Partei in Polen haben illiberale Strukturen in ihren Ländern aufgebaut oder sind dabei, dies zu tun. In fast allen übrigen Ländern der Region bilden illiberale Bewegungen die stärkste Oppositionskraft. Sie positionieren sich im Kern – mal offen, mal verdeckt – als antiwestliche Protestparteien, häufig mit starken russischen politischen oder wirtschaftlichen Verbindungen. Das fiel in Mittel- und Osteuropa nicht nur deshalb leichter, weil die lange Zeit sowjetisch-imperialer Hegemonie mentale Spuren hinterlassen hat – in einigen Ländern wie Polen oder Tschechien weniger, in anderen wie der Slowakei deutlich stärker –, sondern auch, weil die Diskrepanz zwischen den jeweiligen nationalen politischen Diskursen und dem europäischen Diskurs von Anfang an größer war.

Der europäische Einigungsprozess ist im Westen länger verankert und speist sich aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Bereits konsolidierte Nationalstaaten wollten die schrecklichen Konflikte früherer Zeiten durch einen graduellen Integrationsprozess überwinden. Der amerikanische Schutzschild – nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch durch Abkommen wie Bretton Woods und GATT – half zusätzlich, diesen Prozess zu einem einzigartigen Erfolg zu führen, was Demokratie und Wohlstand anging. In Mitteleuropa hingegen führte schon der Erste

Weltkrieg nach dem Untergang des Zarenreichs und Österreich-Ungarns zu einer chaotischen und instabilen Nationalstaatsbildung, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch den sowjetischen Klammergriff quasi eingefroren wurde. Nach der Revolution von 1989 sehnte man sich nicht nur nach Demokratie und Freiheit, sondern auch nach internationaler Einbettung als Schutz der Eigenstaatlichkeit durch NATO und EU, wobei der NATO oft ein höherer Stellenwert zukam. Die Kombination von Demokratie, Freiheit, Nationalismus und internationaler beziehungsweise europäischer Integration war deshalb von Beginn an spannungsgeladen, auch wenn diese Spannung anfangs überbrückt werden konnte.

Der Illiberalismus hat sich hier früh auf eine eigentliche Schwachstelle des Westens eingeschossen. Zwischen den nationalen Diskursen und dem europäischen Diskurs besteht eine Diskrepanz, die oft eher ungenau als „Demokratiedefizit“ bezeichnet wird.

Da der Europäische Rat aus demokratisch gewählten Regierungschefs besteht und auch die Kommission von einem Parlament bestätigt wird, greift dieser Begriff formal zu kurz. Das Problem liegt vielmehr darin, dass zwischen den nationalen und europäischen Debatten keine starke, öffentlich wahrnehmbare Korrespondenz besteht. Während die „alten“ EU-Länder oft eine stärkere Integration bis hin zum Bundesstaat anstreben und anspruchsvolle Reformprojekte durchsetzen wollen – vom Euro bis zum Green Deal –, die tief in das Leben der Bürger und in bisherige Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten eingreifen, dürfte das Motiv großer Teile der „neuen“ Mitgliedstaaten eher die Einbettung der eigenen demokratischen, staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gewesen sein. Das führt zu einer gewissen Zurückhaltung gegenüber vielen dieser Projekte. Polen, Tschechien und Ungarn sind zum

Beispiel nicht Teil der Eurozone. Der Green Deal wird teils abgelehnt oder nur bedingt umgesetzt. Grüne und selbst demokratische linke Parteien spielen in Mitteleuropa kaum eine nennenswerte Rolle, weshalb sich die politische Willensbildung dort deutlich vom europäischen Mainstream absetzt. Die Hauptgegner der illiberalen Rechten sind in der Regel bürgerlich, liberal oder konservativ orientiert. Es gibt bereits ein informelles Europa der zwei Geschwindigkeiten. Hinzu kommt, dass mitteleuropäische Stimmen, die schon lange vor der Annexion der Krim vor dem russischen Expansionsdrang warnten und deshalb etwa Nord Stream 2 ablehnten, nicht ausreichend gehört wurden. Auch das trug zur Europamüdigkeit bei.

Was kann man also von Mitteleuropa über illiberale Demokratie und die Möglichkeiten lernen, sie erfolgreich zu bekämpfen?

Erstens: Wahlerfolge gegen illiberale Regierungen wurden bisher meist von Mitte-rechts-Parteien erzielt, wie das Beispiel Ungarn zeigt. Gerade in Ungarn blieb die Opposition in früheren Wahlkämpfen chancenlos, weil sie eine überwiegend grüne oder linke, stark hauptstädtisch geprägte Agenda verfolgte. Der Grund mag darin liegen, dass sich sowohl das linke Spektrum als auch die illiberale Rechte auf den Kulturkampf verlegt haben. Diesen beherrschen die Illiberalen derzeit erheblich besser – schon weil ihre Art des Kulturkampfs meist skrupellos opportunistisch und extrem flexibel ist. Zudem ist ihnen mit allgemeinen Beschwörungen demokratischer Werte kaum beizukommen. Bei intellektuellen Kerngruppen dürfte die Sorge um Gewaltenteilung und Institutionen ein zentrales Wahlmotiv sein. Die meisten Menschen aber treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage lebensnäherer oder als lebensnäher empfundenen Faktoren. Wer sich vor allem im Dschungel des Kulturkampfs verstrickt, ver-

gisst die einfache Erkenntnis Bill Clintons: „It’s the economy, stupid!“ Das ist eine eigentlich geradezu unwahrscheinlich anmutende Situation. Dass der linke Mainstream heutzutage in Teilen eine eher antiwirtschaftliche Linie – „de-growth!“ – verfolgt, hat zu einer zunehmenden Wehrlosigkeit auf der demokratisch orientierten Seite geführt. Deshalb sollte sich der liberale Teil des Spektrums wieder auf seine wirtschaftspolitische Stärke besinnen. Angesichts sozialpopulistischer Tendenzen, des offen sichtbar schädlichen Protektionismus, der Politisierung der Wirtschaft, der grassierenden Korruption in illiberalen Systemen – hier käme sogar eine kulturkämpferische Komponente hinzu – und der bewussten wirtschaftlichen Abhängigkeit von Diktaturen wie Russland und China gibt es genügend Ansatzpunkte, um eine wirkungsvolle Gegenagenda zu formulieren.

Zweitens: Die Abkopplung des europäischen vom nationalen Diskurs ist ein Baufehler, der der illiberalen Demokratie Vorschub leistet – mittlerweile nicht mehr nur in Mitteleuropa. Die Strategie des Illiberalismus zielt auf Disruption und auf die Verschärfung politischer Konflikte, sofern diese taktisch nutzbar sind. Der Brexit zeigt als Extrembeispiel, dass zentrale Versprechen nicht gehalten wurden und der wirtschaftliche Schaden enorm ist. Die Errungenschaften der EU sind, allen berechtigten Kritikpunkten zum Trotz, nicht zu unterschätzen. Als starkes Bündnis freier und demokratischer Länder ist die EU in geostrategischer Hinsicht wichtiger denn je – zumal auch in einer „Welt nach Trump“ der frühere Stand der transatlantischen Beziehungen wohl nicht einfach wiederhergestellt werden wird. Der negativen Anti-Haltung muss eine bürgerliche Reformbewegung entgegengesetzt werden, die institutionelle Schwächen konstruktiv angeht. Es müssen klare Konzepte entwickelt werden: wie das Subsidiaritätsprinzip in der EU mit Leben erfüllt werden kann; wie verschiedene Diskurse zusam-



mengeführt werden können, etwa durch ein bikamerales Parlament mit direkt gewählten Abgeordneten einerseits und von den nationalen Parlamenten entsandten Abgeordneten andererseits; und wie Bürokratie tatsächlich abgebaut werden kann. Zugleich muss die verteidigungspolitische Dimension verstärkt werden, um dem rauer gewordenen geopolitischen Klima gerecht zu werden.

Bisher war die bürgerliche Seite letztlich in ein Spiel eingebunden, das von den „illiberalen Demokraten“ rechts und dem linken Spektrum geprägt wurde – und das im Augenblick eher zugunsten der Illiberalen auf der Rechten läuft, denen es schrittweise gelingt, die bisherige linke Diskursdominanz im Westen zu brechen. Der Wahlsieg von Péter Magyar über Orbán basierte vor allem darauf, dass seine Partei sich die Themen nicht vom Gegner diktieren ließ, sondern die schlechte wirtschaftliche Situation und die Korruption mit eigenen Rezepten in den Mittelpunkt stellte. Auch andernorts gilt: Eine geschlossene bürgerliche Mitte, die sich weder von rechts noch von links ihren Kurs vorgeben lässt und sich auf ihre wirtschaftspolitische Kompetenz zurückbesinnt, hat die besten Chancen, die illiberale Demokratie zu besiegen. Früher oder später wird sich diese Einsicht auch andernorts durchsetzen.



**PRODUKTIVITÄT**

***IN DER POLITIK?***



# Der Preis unserer Toleranz

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Nickolas Emrich



Warum innere Sicherheit die neue soziale Gerechtigkeit ist, besprechen Ralf M. Ruthardt und Nickolas Emrich. Emrich ist Unternehmer, SPIEGEL-Bestseller-Autor – und hat mit „Der Preis unserer Toleranz – warum innere Sicherheit die neue soziale Gerechtigkeit ist“ ein neues Buch vorgelegt.

**Lieber Nickolas Emrich, du bist für deine freiheitlichen und libertären Positionen bekannt. Normalerweise fordern Liberale weniger Staat und mehr Eigenverantwortung. Warum rufst du in deinem neuen Buch ausgerechnet nach einer starken Hand und einem konsequenten Staat in der Kriminalitätsbekämpfung?**

**Nickolas Emrich |** Das ist ein scheinbarer Widerspruch, der sich auflöst, sobald man Freiheit nicht mit Beliebigkeit verwechselt. Ich sage im Buch ausdrücklich: Freiheit entfaltet sich erst in einem sicheren gesellschaftlichen Rahmen. Das ist kein Widerspruch, sondern die logische Konsequenz des klassischen Liberalismus. Ein Staat hat eine ganz fundamentale Kernaufgabe: den Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger. Das Gewaltmonopol ist ein Privileg, das wir dem Staat unter der Bedingung übertragen haben, dass er uns effektiv schützt. Wenn der Staat jedoch im Alltag kapituliert und Räume der Verwahrlosung zulässt, bricht er seinen Teil des Gesellschaftsvertrags.

Ein starker Staat im Bereich der inneren Sicherheit ist die absolute Grundvoraussetzung dafür, dass individuelle Freiheit und Eigenverantwortung überhaupt erst existieren können. Friedrich August von Hayek – einer der bedeutendsten liberalen Denker überhaupt – hat nicht schrankenlose Freiheit propagiert, sondern von einer »Ordnung der Freiheit« gesprochen, die sich in Regeln und Institutionen verwirklicht. Ein Staat, der das Gewaltmonopol innehat, aber es nicht einsetzt, ist kein liberaler Staat – er ist ein schwacher Staat. Das Paradox des Libera-

len lautet: Wir müssen dem Staat dort Stärke abverlangen, wo er unsere Freiheit schützt, damit wir ihn dort begrenzen können, wo er sie unnötig einschränkt.

**»Innere Sicherheit ist die neue soziale Gerechtigkeit« – das klingt für manche Menschen nach einem Satz, der aus einer konservativen Wahlkampfbroschüre stammen könnte. Wie verteidigst du diese These gegen den Vorwurf, rechte Rhetorik in ein progressives Gewand zu kleiden?**

**Nickolas Emrich |** Ich verstehe den Reflex, und ich nehme ihn ernst. Aber ich halte ihn für gefährlich. Wer das Thema innere Sicherheit reflexhaft rechts einordnet, überlässt es genau jenen Kräften, die es am liebsten für sich hätten. Das ist politisch naiv und inhaltlich falsch. Sicherheit ist weder rechts noch links, sie ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wenn wir soziale Gerechtigkeit immer nur als ökonomische Umverteilung definieren, greifen wir viel zu kurz. Wahre Gerechtigkeit entscheidet sich auf der Straße, im Alltag, an den Bahnhöfen. Ein Staat, der die Durchsetzung von Regeln aus falsch verstandenem Mitleid vernachlässigt, betreibt keine progressive Politik, sondern Arbeitsverweigerung. Wer Sicherheit zu einem Luxusgut verkommen lässt, das sich nur noch Wohlhabende leisten können, handelt zutiefst unsozial.

**Du argumentierst, dass die Lasten eines schwachen Staates ungleich verteilt sind. Warum trifft der schleichende Kontrollverlust im öffentlichen Raum – also Vandalismus, aggressive Gruppen oder unsichere Bahnhöfe – gerade die »kleinen**



## **Leute« und die klassische Klientel der Arbeiterklasse am härtesten?**

**Nickolas Emrich** | Weil wohlhabende Teile der Gesellschaft Ausweichmöglichkeiten haben. Wer es sich leisten kann, zieht in behütete Wohnviertel, schickt seine Kinder auf teure Privatschulen und fährt mit dem eigenen Auto. Schau dir an, wen fehlende innere Unsicherheit trifft: die Rentnerin, die sich abends nicht mehr in den Park traut; den Schüler, der auf dem Schulhof erpresst wird; die Krankenschwester im Nachtbus; den Busfahrer, der beschimpft wird. Das sind keine konservativen Phantome, das sind Menschen, die auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, weil sie sich keine Alternativen kaufen können. Wenn der Staat hier wegschaut, überlässt er genau jene Menschen dem Chaos, die das System durch ihre tägliche harte Arbeit überhaupt erst am Laufen halten. Ein konsequenter Rechtsstaat ist im Kern der ultimative Schutz der Schwachen und Rechtschaffenen.

**Im Geleitwort zu deinem Buch schreibt Pascal Hesse, ein erklärter sozialdemokratischer Freund von dir, dass er einen Großteil deiner Positionen teilt. Wie erklärst du dir diesen Schulterschluss – zwischen dem Libertären und dem Sozialdemokraten?**

**Nickolas Emrich** | Pascal sieht als Sozialdemokrat genau das, was viele der theoretisierenden Berufspolitiker aus den Augen verloren haben: Der Verlust der öffentlichen Ordnung zerstört die Solidarität. Wenn der öffentliche Raum, den sich alle Bürger teilen, zu einem Ort der Angst und Verwahrlosung wird, bricht das gesellschaftliche Fundament weg. Wir haben in vielem diametral verschiedene Ansichten darüber, welche Rolle der Staat einnehmen sollte. Und trotzdem teilt er die Kernthese dieses Buches. Ich glaube, der Grund ist folgender: Es gibt bestimmte Grundüberzeugungen, die links wie rechts und libertär wie konservativ geteilt

werden, sobald man ehrlich hinschaut. Die Überzeugung, dass ein Rechtsstaat das Recht durchsetzen muss. Dass Regeln nicht optional sind. Dass es ungerecht ist, wenn Täter besser geschützt werden als Opfer.

**Der Begriff »Zero Tolerance« beziehungsweise Nulltoleranz wird in Deutschland oft reflexhaft als antiquiert oder archaisch abgestempelt. Du nennst diese Strategie dennoch ein Gebot der Fairness. Was unterscheidet deine Forderung nach Verlässlichkeit von einer rein autoritären Pose?**

**Nickolas Emrich** | Der entscheidende Unterschied liegt in der Zielrichtung und der Klarheit darüber, was man durchsetzen will. Autoritäre Pose bedeutet Härte um der Härte willen, Demonstration von Macht, Einschüchterung als Selbstzweck. Das ist nicht das, worum es mir geht. Ein autoritärer Staat ist übergriffig.

Er überwacht seine rechtstreuen Bürger, er erlässt willkürliche Verbote und mischt sich in das Privatleben der Menschen ein – so wie wir es leider in der Zeit der Corona-Maßnahmen erlebt haben, als die Polizei einsame Buchleser auf Parkbänken jagte. Nulltoleranz hingegen bedeutet etwas völlig anderes: Es bedeutet, dass die bestehenden Gesetze, die wir uns als freie Menschen selbst gegeben haben, für jeden und in jedem Einzelfall verlässlich und konsequent angewendet werden. Es geht nicht um Willkür oder blinde Härte, sondern um Berechenbarkeit. Wenn jeder Regelverstoß eine unmittelbare staatliche Reaktion zur Folge hat, schaffen wir einen verlässlichen Rahmen, in dem sich die friedliche Mehrheit sicher bewegen kann. Verlässlichkeit bedeutet: Der Staat setzt das durch, was er selbst aufgestellt hat. Nicht selektiv, nicht symbolisch, sondern konsequent. Und das hat eine soziale Logik: Wenn Regeln für alle gelten oder für niemanden, dann entscheidet die Fähigkeit, den Konse-

quenzen auszuweichen, über Gerechtigkeit. Ich mache im Buch auch deutlich, was Zero Tolerance nicht ist: Es geht nicht darum, jeden Kleinkram zu ahnden und den anständigen Bürger zu gängeln. Im Gegenteil: Ich fordere ausdrücklich, überflüssige Vorschriften abzuschaffen – erst dann gewinnen wir die moralische Autorität und die Ressourcen, dort konsequent durchzugreifen, wo es wirklich zählt: bei Wiederholungstätern, bei Gewalt, bei der Erosion des öffentlichen Raums.

**Wer dich googelt, findet auch Veröffentlichungen von dir zum Thema Mediation und »Restorative Justice« – also Ansätze, die auf Wiedergutmachung und Versöhnung setzen. Wie passt dieser pädagogische Blick zu deiner heutigen Forderung, dass der Staat bei Regelbrüchen spürbar und zeitnah sanktionieren muss?**

**Nickolas Emrich** | Beide Ansätze bedingen einander. Ich bin kein Gegner des Gedankens der Schadenswiedergutmachung. Solche Verfahren funktionieren hervorragend, wenn wir es mit handlungsfähigen, einsichtigen Personen zu tun haben, die im Grunde die Spielregeln unserer Gesellschaft anerkennen und einen Fehler wiedergutmachen wollen.



Gerade bei Ersttätern halte ich es oft für den besseren Weg, wenn jemand für den Schaden aufkommt, statt in ein Gefängnis gesperrt zu werden, wo er mit weiteren Straftätern in Kontakt kommt. Restorative Justice kann sehr wirksam sein.

Aber wir müssen der Realität ins Auge blicken: Es gibt eine wachsende Gruppe von Tätern, die Regeln zutiefst ablehnen und jede Milde als Schwäche des Staates interpretie-

ren; Menschen, die keine Einsicht zeigen, die das System bewusst verachten und die Passivität des Staates als Einladung verstehen, weiterzumachen. Es darf daher nicht nur um Resozialisierung gehen, sondern primär um den Schutz der Allgemeinheit. Man kann nicht mit jemandem verhandeln, der sich bewusst gegen das Recht stellt. Bei dieser Gruppe funktioniert pädagogische Milde nicht. Sie signalisiert Schwäche. Die Sanktion ist oft der einzig verbleibende Reibungspunkt, der überhaupt noch zu einer Einsicht führen kann. Wahre Empathie muss zuerst den Geschädigten gelten, nicht den Aggressoren. Ich sage daher: Beide Werkzeuge haben ihren Platz. Aber man muss wissen, welches Werkzeug für wen geeignet ist. Was wir uns nicht leisten können, ist eine Justiz, die reflexhaft auf Versöhnung setzt und dabei die Opfer vergisst – und die Bevölkerung, die Schutz erwartet.

**Du hast in deinem Leben schon SPD gewählt, bezeichnest dich heute als libertär und forderst nun eine deutlich härtere Strafverfolgung. Wo liegt deine politische Heimat heute – und gibt es eine Partei, die deinen Ansatz glaubwürdig vertritt?**

**Nickolas Emrich** | Meine politische Heimat ist die intellektuelle Unabhängigkeit, fest verankert im klassischen Liberalismus und dem Geist unseres Grundgesetzes. Ich sehe derzeit fast keinen politischen Akteur, der dieses Gesamtpaket glaubwürdig abbildet. Die einen fordern zwar Law & Order, neigen im selben Atemzug aber zu staatlicher Überwachung und autoritären Tendenzen. Die anderen predigen Freiheit, verwechseln diese aber mit einer unerträglichen Beliebigkeit und weigern sich, den öffentlichen Raum gegen Kriminelle zu verteidigen.

Ich glaube, das geht vielen Menschen so, die nicht bereit sind, ihre Überzeugungen in ein Parteischema zu pressen. Was ich vermisse,



sind Politiker, die beides zusammenbringen: den Schutz des Individuums vor dem überbordenden Staat und den Schutz des Individuums vor dem Versagen des Staates. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer das glaubwürdig vertritt, hat meine Stimme.

***Du bejahst den freien Willen und lehnt es ab, Täter pauschal als Opfer ihrer Umstände zu sehen. Ist das nicht zu hart angesichts von nachweisbarer Armut, Traumata oder Diskriminierung? Und: Du zitierst Thomas von Aquin, Friedrich August von Hayek und Javier Milei – deine philosophischen Referenzen im Buch sind ungewöhnlich bunt. Was genau verbindet diese Denker in ihrer Sicht auf die Welt?***

**Nickolas Emrich |** Zur ersten Frage: Im Gegenteil, es ist die einzig würdevolle Art, einem Menschen zu begegnen. Wer den Menschen vollständig als Produkt seiner Umstände begreift, spricht ihm die Fähigkeit ab, Richtig und Falsch zu unterscheiden. Das entmündigt ihn. Das ist zutiefst herablassend. Natürlich prägen uns Herkunft und Erlebnisse, aber am Ende des Tages hat jeder erwachsene Mensch die Wahl und trägt die Verantwortung für sein Handeln. Armut oder ein Trauma sind keine Entschuldigung dafür, die Rechte anderer Menschen zu verletzen. Wer Eigenverantwortung nicht mehr einfordert, gibt den moralischen Anspruch an eine freie Gesellschaft auf. Zur zweiten Frage: Was Thomas von Aquin, Hayek und Milei verbindet, ist ein gemeinsames Grundprinzip: Ordnung ist die Voraussetzung für Freiheit, nicht ihr Gegenteil. Aquin sagt: Strafe stellt die gestörte Ordnung wieder her.

Hayek sagt: Freiheit braucht Regeln und Institutionen – spontane Ordnung entsteht nicht im Chaos. Und Milei setzt das in die Praxis um, wenn er sagt: »Freiheit existiert nur dort, wo Gesetz und Ordnung herrschen.« Sie alle eint trotz ihrer völlig unterschiedlichen Epo-

chen und Kontexte die Erkenntnis, dass eine freie und gedeihliche menschliche Ordnung ein stabiles, unumstößliches Fundament braucht. Alle drei betonen, dass der Staat kein Versorger ist, der das Glück garantieren kann, sondern ein Garant für den Rahmen, in dem die Menschen ihr Leben selbstverantwortlich gestalten.

***Blicken wir auf die Praxis: Welche konkreten Änderungen in der Strafprozessordnung oder der Justizstruktur würden deiner Meinung nach sofort den größten Effekt auf der Straße erzielen?***

**Nickolas Emrich |** Wir haben in Deutschland ein Strafrecht, das für viele Delikte durchaus empfindliche Strafen vorsieht. Das Problem ist die prozessuale Ausgestaltung – also wie das Recht in der Praxis angewendet wird. Ein zentrales Problem ist die Geschwindigkeit. Wenn auf eine Tat erst Monate oder Jahre später eine Konsequenz folgt, verpufft jede präventive Wirkung. Der Täter hat das Delikt längst verdrängt oder wiederholt, das Opfer hat das Vertrauen in den Staat schon verloren, und das Signal an potenzielle Nachahmungstäter ist eindeutig: Es lohnt sich, auf Zeit zu spielen.

Mehr als 80 Prozent der Deutschen kritisieren laut Roland Rechtsreport 2024, dass Gerichtsverfahren viel zu lange dauern. Mehr als 50 Prozent empfinden Urteile als zu mild. Das ist kein Stammtischgefühl – das ist eine Vertrauenskrise. Das Problem sind nicht die Ressourcen, es sind die Strukturen. Konkret fordere ich: schnellere Hauptverhandlungen bei einfach zu ermittelnden Delikten, erleichterte U-Haft bei Wiederholungstätern, weniger Verfahrenseinstellungen ohne Auflagen bei Kleinkriminalität, Änderungen bei der Anwendung des Jugendstrafrechts.

Außerdem benötigen wir natürlich auch eine konsequentere Digitalisierung der Jus-

tizbehörden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Akten immer noch ausgedruckt und per Post verschickt werden, während die Täter längst über alle Berge sind. Wir müssen auch Öffentlichkeitsfahndungen radikal beschleunigen. Wenn Bild- oder Videomaterial von Straftätern vorliegt, muss dieses ohne monatelange bürokratische Hürden genutzt werden dürfen. Der Schutz der Bevölkerung muss immer vor dem Täterschutz stehen.

***Zum Schluss: Was gibst du einem Busfahrer, einer Lehrerin oder einer Rentnerin mit, die sich in der Öffentlichkeit nicht mehr sicher fühlen und keine Lust haben, tatenlos auf die nächste Wahlperiode zu warten?***

**Nickolas Emrich** | Erstens: Dein Gefühl ist real, und es ist berechtigt. Es ist keine Einbildung, keine »gefühlte Unsicherheit«, die man wegdefinieren kann. Die Kriminalität auf deutschen Bahnhöfen ist seit 2019 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Gewaltdelikte an Schulen haben in manchen Bundesländern innerhalb von zwei Jahren um über 60 Prozent zugenommen.

Zweitens: Schaut nicht weg. Benennt die Zustände. Erstattet Anzeige, auch wenn ihr wisst, dass das Verfahren vielleicht eingestellt wird – denn jede Anzeige ist ein Datenpunkt, der die Dunkelziffer verringert und politischen Druck erzeugt. Die Wiederaneignung des öffentlichen Raums beginnt im Kleinen, bei den alltäglichen Respektlosigkeiten. Es braucht keine großen Heldentaten, aber es braucht den Mut, Regelverstöße im Rahmen der eigenen Möglichkeiten direkt anzusprechen und Präsenz zu zeigen.

Wir müssen unseren Behörden, den Verkehrsbetrieben und der Politik unmissverständlich klarmachen, dass wir die schleichende Verwahrlosung nicht länger als Normalität akzeptieren. Sprecht mit Lokalpolitikerinnen und -politikern, geht in Bürgerversammlun-

gen. Der öffentliche Raum gehört allen – und wer ihn aufgibt, lädt genau jene ein, die die Regeln missachten. Und drittens – das ist mir persönlich wichtig: Innere Sicherheit darf kein Luxusthema sein, das man erst dann angeht, nachdem man jahrelang über kleinste Prozentpunkte sozialpolitischer Umverteilung gestritten hat. Innere Sicherheit ist die beste Sozialpolitik, erst sie ermöglicht wahre soziale Gerechtigkeit.

Ohne sicheren Schutzraum gibt es keinen Aufstieg, keine Bildung, keine Integration, keine Freiheit. Das ist die Botschaft dieses Buches – und ich hoffe, dass sie gehört wird, unabhängig davon, wo jemand politisch steht.

***Nun, herzlichen Dank, lieber Nickolas, und wir entlassen die Leserinnen und Leser in ein selbst bestimmtes Nachdenken.***



# WEGE ZU EINEM LIBERALEN RENTENSYSTEM

Ökonomische und politische  
Herausforderungen

von Zeinab Herz



Zeinab Herz wurde für ihren Essay „Wege zu einem liberalen Rentensystem – Ökonomische und politische Herausforderungen“ mit dem 1. Preis des Essay-Wettbewerbs der Hayek-Gesellschaft ausgezeichnet. Ihr Text stellt die deutsche Rentendebatte bewusst nicht nur als finanzpolitisches Problem dar, sondern als Grundsatzfrage von Freiheit, Verantwortung und staatlicher Abhängigkeit. Pointiert argumentiert sie, dass eine liberale Reform des Rentensystems mehr verlangt als technische Korrekturen: Sie setzt einen Wandel der zugrunde liegenden moralischen Überzeugungen voraus.

## Das Problem

Das deutsche Rentensystem beruht auf einer moralischen Prämisse: dass eine Generation für die andere kollektiv zu sorgen hat. Die arbeitenden Bürger finanzieren die Renten der Älteren, nicht freiwillig, sondern per Gesetz. Der sogenannte „Generationenvertrag“ ist kein Vertrag, sondern eine gesetzlich erzwungene Umverteilung.

Solange die demografischen Verhältnisse günstig waren, blieb dieser Widerspruch unsichtbar. Heute wird er zunehmend offensichtlich. Nach Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird das Erwerbspersonenpotenzial bis 2060 um rund 11,7 % von etwa 45,7 auf 40,4 Millionen Menschen sinken, selbst unter der Annahme steigender Erwerbsquoten und anhaltender Zuwanderung. Prognosen wie denen des Ökonomen Bernd Raffelhüschen zufolge könnten die Sozialabgaben bis 2057 „auf mindestens 50, eher mehr als 60 Prozent steigen“. Der Altenquotient wird nach Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes von derzeit rund 39 auf etwa 50 bis 65 Ältere je 100 Erwerbsfähige im Jahr 2060 steigen.

Die Zahlen beschreiben nur Symptome. Das eigentliche Problem ist die Prämisse, individuelle Lebensrisiken kollektiv organisieren zu müssen.

## Die Ursache des Problems

Die heutigen Schwierigkeiten des Rentensystems sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer politischen Entscheidung. 1957 beschloss der Deutsche Bundestag eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung. Das ursprüngliche bismarcksche Prinzip, eine Versicherung gegen Altersarmut, wurde aufgegeben und durch eine echte Lohnersatzleistung ersetzt.

Begründet wurde dieser Wandel mit dem Konzept eines „Generationenvertrags“. Doch schon damals gab es warnende Stimmen. Der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kritisierte die Reform scharf:

“Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir auf den Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will nicht erkennen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System umfassender kollektiver Sicherheit auf Dauer gänzlich unvereinbar sind.”

Auch ein anderes Problem wurde früh erkannt: Das Umlageverfahren funktioniert nur stabil, solange genügend Beitragszahler nachrücken. Auf den Einwand, dass ein solches System auf dauerhaftes Bevölkerungswachstum angewiesen sei, soll Bundeskanzler Konrad Adenauer lapidar geantwortet haben: „Kinder kriegen die



Leute immer.“ Dieser große Irrtum ist heute klarer denn je und der Preis wird nicht von Konrad Adenauer oder der CDU von 1957 gezahlt, sondern von uns, denjenigen, die den sogenannten „Generationenvertrag“ nie unterschrieben haben.

Arbeitsminister Anton Storch rechtfertigte die Reform dagegen mit der Idee einer Solidarität zwischen den Generationen. Kann Solidarität sinnvollerweise auf staatlichem Zwang beruhen? Solidarität verliert ihren moralischen Charakter, wenn sie staatlich erzwungen wird. In einer freien Gesellschaft entscheidet der Einzelne selbst, wem er helfen möchte. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich von Hayek erkannte genau das und sagte:

„Eine Gesellschaft, die nicht anerkennt, dass jeder Einzelne seine eigenen Werte hat, kann Freiheit nicht wirklich kennen.“

Auch politisch war die Reform keineswegs frei von Kalkül. Konrad Adenauer hoffte, mit der populären Rentenreform seiner Partei einen Vorteil bei der Bundestagswahl 1957 zu verschaffen. Ein Teil der Bevölkerung erhielt unmittelbar Vorteile, während die Finanzierung über verpflichtende Beiträge von anderen getragen wurde. Politisch ist diese Logik verlockend: Wer staatliche Umverteilung organisiert, kann sich als Wohltäter präsentieren, obwohl kein neuer Wohlstand geschaffen wird. Dieses Muster prägt die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates bis heute: Mit großen Plänen, die durch die Mittel fremder Menschen realisiert werden sollen, wird für die Wahl der eigenen Partei argumentiert. Politik wird so zum Geschäft, bei dem man Wähler mit ihrem eigenen Geld besticht.

### **Die Illusion der Versicherung**

Ein weiterer Grund, warum die Rentendebatte häufig in die Irre führt, liegt bereits in der

Sprache. Die gesetzliche Rentenversicherung wird als „Versicherung“ bezeichnet: doch nach der eigentlichen Definition erfüllt sie dieses Prinzip nicht. Eine Versicherung beruht auf dem Grundprinzip der kollektiven Risikoübernahme. Viele Menschen zahlen Beiträge in eine gemeinsame Kapitalsammelstelle ein, aus der im Schadensfall diejenigen entschädigt werden, bei denen ein seltenes, statistisch abschätzbares Ereignis eintritt.

Genau diese Voraussetzung ist bei der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllt. Der „Versicherungsfall“ – das Erreichen des Rentenalters – ist kein seltenes Risiko, sondern ein Ereignis, das bei nahezu allen Versicherten eintreten sollte. Es gibt also kein Kollektiv, das sich gegen einen unwahrscheinlichen Schadensfall absichert. Vielmehr handelt es sich um eine institutionalisierte Umverteilung zwischen Generationen.

Hinzu kommt, dass die Beiträge im Umlagesystem nicht angespart werden. Sie werden unmittelbar an die aktuellen Rentner ausbezahlt. Ökonomisch betrachtet funktioniert das System daher weniger wie eine Versicherung als wie eine zweckgebundene Steuer. Der Eindruck, man habe sich seine eigene Rente „erarbeitet“, entsteht durch politische Rhetorik, nicht durch die tatsächliche Funktionsweise des Systems.

Warum die Aktienrente aus liberaler Sicht bedenklich ist: Besonders häufig wird eine staatlich organisierte Aktienrente als marktwirtschaftliche Lösung, insbesondere von Liberalen, präsentiert. Wenn der Staat große Kapitalfonds aufbaut und systematisch Unternehmensanteile erwirbt, bedeutet dies zwangsläufig eine zunehmende staatliche Kontrolle über Unternehmen.

Die politische Ökonomie liefert gute Gründe, warum solche Investitionen kaum neutral bleiben können. Die Public-Choice-Theorie

zeigt, dass politische Entscheidungsträger nicht außerhalb eigener Interessen handeln. Politiker streben nach Wiederwahl, Bürokratien nach Einfluss und Budget, Interessengruppen nach Vorteilen. Unter diesen Bedingungen liegt es nahe, dass staatliche Investitionsfonds nicht ausschließlich nach Renditegesichtspunkten investieren, sondern nach politischen Prioritäten.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass staatliche Investitionsfonds kaum jemals rein ökonomisch investieren. Der norwegische Staatsfonds hat etwa beschlossen, Unternehmen aus der Öl- und Kohleindustrie aus seinem Portfolio auszuschließen, um klimapolitische Ziele zu berücksichtigen. Dieses Beispiel zeigt, dass staatlich organisierte Kapitalanlagen zwangsläufig politischen Prioritäten folgen.

Der Fonds soll also nicht nur Rendite erzielen, sondern auch ein politisches Signal an Unternehmen und Märkte senden. Damit wird deutlich, dass staatliche Investitionsfonds nicht lediglich Kapital verwalten, sondern wirtschaftliche Entwicklungen aktiv steuern sollen.

Der Ökonom Ludwig von Mises hat in seinem Werk *Bureaucracy* genau vor dieser Entwicklung gewarnt. Unternehmen funktionieren deshalb effizient, weil sie dem Profitmotiv unterliegen: Sie müssen Gewinne erwirtschaften, um im Wettbewerb zu bestehen. Bürokratische Organisationen dagegen orientieren sich nicht an Gewinnen, sondern an politischen Zielen und administrativen Regeln.

Je stärker Unternehmen unter staatliche Kontrolle geraten, desto mehr verschiebt sich ihre Funktionslogik von unternehmerischem Handeln hin zu bürokratischer Verwaltung. Investitionsentscheidungen werden politisiert, Risiken sozialisiert und wirtschaftliche

Effizienz tritt hinter politische Prioritäten zurück.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, welches staatliche Rentensystem das effizienteste ist. Die eigentliche Frage lautet, ob Altersvorsorge überhaupt eine Aufgabe des Staates sein sollte. Es ist die Aufgabe von Liberalen, für die Trennung von Wirtschaft und Staat zu werben und nicht dieses Ideal im Namen des Liberalismus in Form der Aktienrente sogar weiter zu untergraben.

### **Das eigentliche Hindernis: Moral**

Ökonomen diskutieren Beitragssätze, Kapitaldeckung oder Aktienrenten. Doch das eigentliche Hindernis liegt tiefer: in den moralischen Überzeugungen einer Gesellschaft. Die gesetzliche Rentenversicherung wird politisch nicht primär als ökonomisches Instrument verstanden, sondern als solidarisches System. Altersvorsorge erscheint damit nicht als individuelle Entscheidung, sondern als kollektive Verpflichtung.

Gerade darin liegt der entscheidende Punkt: Solidarität bedeutet hier nicht freiwillige Unterstützung, sondern verpflichtende Teilnahme. Das System funktioniert nicht trotz seines Zwangscharakters, sondern gerade durch ihn. Wer die Moral auf seiner Seite hat, hat in der politischen Auseinandersetzung meist auch die Macht.

Friedrich August von Hayek formulierte es treffend:

„Wenn wir eine freie Gesellschaft erhalten wollen, reicht die Wünschbarkeit eines Ziels nicht aus, um Zwang zu rechtfertigen.“

Solange die Debatte auf Effizienzfragen beschränkt bleibt, müssen Liberale zeigen, dass ihre Vorschläge besser funktionieren. Solche Argumente finden kaum Gehör, da



sie moralisch als fragwürdig gelten. So wird etwa argumentiert, die Rente gehöre nicht an die Börse, da Altersvorsorge keine Frage von Rendite, sondern von Sicherheit und Solidarität sei, eine Position, die unter anderem von Heidi Reichinnek vertreten wird.

Damit verschiebt sich die Debatte: Nicht die Befürworter staatlicher Eingriffe müssen sich rechtfertigen, sondern jene, die sie in Frage stellen. Eine liberale Reform des Rentensystems scheitert daher nicht zuerst an ökonomischen, sondern an normativen Überzeugungen.

### **Die Macht der Narrative**

In der aktuellen Rentendebatte taucht immer wieder dasselbe Bild auf: der Dachdecker auf dem Gerüst, der angeblich unmöglich bis ins hohe Alter arbeiten kann. Dieses Beispiel wirkt politisch so stark, weil es ein moralisches Narrativ erzeugt. Es ruft Empathie hervor, schafft ein klares Bild eines "einfachen Arbeiters" und stellt die Frage nach sozialer Gerechtigkeit scheinbar eindeutig. Doch dieses Bild spiegelt die Realität der Arbeitswelt nur begrenzt wider. Während körperlich belastende Berufe zweifellos existieren, arbeitet heute nur noch ein vergleichsweise kleiner Teil der Beschäftigten in solchen Tätigkeiten. Der Großteil der Arbeitnehmer ist im Dienstleistungssektor beschäftigt, der in Deutschland inzwischen rund drei Viertel der Erwerbstätigen umfasst. Trotzdem prägt das Bild des Dachdeckers weiterhin die rentenpolitische Debatte.

Gerade darin zeigt sich die Macht von Narrativen. Sie strukturieren politische Diskussionen stärker als die statistische Realität. Wer das moralisch überzeugendere Bild präsentiert, gewinnt häufig die Debatte. Der Apple-Mitgründer Steve Jobs brachte diese Dynamik einmal auf den Punkt:

### **Lebenswege**

„Der mächtigste Mensch der Welt ist der storyteller.“

Auch in der Rentendebatte fehlt bislang ein überzeugendes liberales Gegenarrativ. Dabei liegt die Stärke des Liberalismus gerade darin, die Vielfalt menschlicher Lebenswege anzuerkennen. Eine freie Gesellschaft muss nicht zwischen „Arbeitern“ und „Unternehmern“, zwischen Büroarbeitern oder Dachdeckern unterscheiden. Sie erkennt an, dass Menschen unterschiedliche Berufe, Lebensentwürfe und Risiken haben.

Es mag durchaus richtig sein, dass ein Dachdecker im Durchschnitt früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden muss als ein Büroangestellter. Doch ist das ein Argument dafür, dass der Staat zentral festlegt, wann Millionen Menschen in Rente gehen? Oder zeigt es nicht vielmehr, wie unterschiedlich Lebensrealitäten sind und wie sinnvoll individuelle Vorsorgeentscheidungen wären?

Der Ökonom Milton Friedman stellte einmal eine einfache Frage: Warum soll ein 35-Jähriger Mann, der an AIDS erkrankt ist, weiterhin Beiträge in ein staatliches Rentensystem zahlen, wenn er weiß, dass er nur noch maximal 10 Jahre zu leben hat? Die Antwort zeigt die Grenzen zentral organisierter Systeme. Sie müssen Millionen individueller Lebenssituationen über einen einzigen Mechanismus regeln.

Diese Wissensgrenze politischer Planung beschrieb auch Friedrich August von Hayek treffend:

„Die eigentümliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften besteht darin, den Menschen

zu zeigen, wie wenig sie tatsächlich darüber wissen, was sie zu gestalten glauben.“

Eine freie Gesellschaft braucht keine einheitliche Lebensplanung für Millionen Menschen. Sie braucht Freiheit für Millionen unterschiedlicher Lebenswege: für den Dachdecker, der früher aufhören will zu arbeiten, für den unheilbar Kranken, und für jeden, der sein Leben selbst gestalten will. Das muss das liberale Narrativ sein.

### **Wo ist der selbstbewusste Bürger?**

Guido Westerwelle formulierte einmal sinngemäß einen Gedanken, der in jeder freien Gesellschaft zentral ist:

„Freiheit stirbt immer zentimeterweise. Gefährlich wird es, wenn Bürger ihr eigenes Immunsystem gegen Freiheitsbedrohungen vergessen. Wir brauchen selbstbewusste Staatsbürger – keine Untertanen.“

Freiheit stirbt nicht im Sturm, sondern im Nicken. Sie verschwindet oft nicht durch einen großen Bruch, sondern durch tausend kleine Zugeständnisse. Nicht der Eingriff ist entscheidend, sondern dass ihm nicht widersprochen wird. Gerade darin liegt die eigentliche Bewährungsprobe einer freien Gesellschaft: im Selbstbewusstsein ihrer Bürger. Freiheit ist kein Zustand, der einmal erreicht und dann verwaltet werden kann: sie muss aktiv behauptet werden. Wo dieser Wille fehlt, genügt schon die stille Akzeptanz, um sie schrittweise auszuhöhlen.

In Deutschland jedoch gilt der Staat vielfach nicht als potenzielles Risiko, sondern als Lösung für nahezu jedes Problem. Wo der Staat zum Versorger wird, schrumpft der Bürger zum Antragsteller. Ein System, das auf Transfers statt auf Eigentum

basiert, erzieht keine selbständigen Bürger, sondern Anspruchsberechtigte. Wer vom Staat abhängig ist, stellt ihn selten in Frage: ökonomische Abhängigkeit untergräbt politische Selbstbehauptung. Eine freie Ordnung braucht Bürger, die bereit sind, ihre Freiheit einzufordern und zu verteidigen.

Wer nicht daran glaubt, sein Leben selbst gestalten zu können, wird auch wenig Vertrauen in die eigene Verantwortung haben. Wessen Furcht bei eigenen Entscheidungen, Fehler zu machen, zu stark ausgeprägt ist, wird eher bereit sein, Verantwortung an den Staat abzugeben. Dann erscheint ein staatliches Sicherungssystem wie die umlagefinanzierte Rente beruhigend: Scheitert es, ist man zumindest persönlich nicht verantwortlich.

Dass ängstliche Haltungen weit verbreitet sind, zeigt sich auch in anderen Bereichen. Viele Menschen haben heute das Gefühl, ihre politische Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Eine repräsentative Umfrage vom Medienforschungsinstitut Media Tenor zeigt, dass eine Mehrheit der Deutschen politische Ansichten nur noch vorsichtig äußert, aus Angst vor Kritik, sozialer Ausgrenzung oder moralischer Stigmatisierung. Doch eine freie Gesellschaft lebt gerade davon, dass Bürger ihre Überzeugungen offen vertreten und bereit sind, auch Widerspruch auszuhalten.

In jeder Gesellschaft gibt es Menschen, die andere zum Schweigen bringen wollen. Doch es gibt immer auch jene, die sich zum Schweigen bringen lassen. Die entscheidende Frage lautet daher: Wo ist der selbstbewusste Bürger, der seine Freiheit auch gegen gesellschaftlichen Druck verteidigt, vor allem dann, wenn der Zeitgeist auf den Staat getrimmt ist?



Wer Freiheit ernst nimmt, muss auch den Mut haben, sie selbstbewusst einzufordern.

### **Die Crux der Rentenproblematik und mittelfristiger Wandel**

Die eigentliche Schwierigkeit der Rentenreform liegt nicht nur im System selbst, sondern in den Abhängigkeiten, die der Wohlfahrtsstaat geschaffen hat. Über Jahrzehnte hinweg hat er dafür gesorgt, dass, bildlich gesprochen, die Hände eines Bürgers in den Taschen eines anderen liegen. Jeder finanziert jeden, und dadurch ist kaum noch jemand unabhängig von diesem System.

Gerade deshalb wäre eine sofortige Abschaffung des Umlagesystems politisch kaum durchsetzbar. Würde es von heute auf morgen beendet, wäre es übermorgen wieder eingeführt. Die Crux der Rentenproblematik liegt somit in der strukturellen Abhängigkeit, die das System selbst erzeugt hat.

Eine nachhaltige Reform kann daher nur schrittweise erfolgen und muss die individuelle Entscheidungsfreiheit wiederherstellen. Ein zentraler erster Schritt besteht darin, die verpflichtende Teilnahme am Umlagesystem aufzuheben und durch eine Opt-out-Lösung zu ersetzen. Bürger sollten nicht länger gezwungen sein, in das staatliche System einzuzahlen, sofern sie nachweisen können, dass sie eigenverantwortlich für ihr Alter vorsorgen. Kapitalmärkte ermöglichen es zum Beispiel, Ersparnisse produktiv zu investieren und langfristig am wirtschaftlichen Wachstum zu partizipieren. Diese Vorsorge muss nicht auf eine bestimmte Anlageform beschränkt sein; entscheidend ist allein, dass sie auf individuellem Eigentum und persönlicher Verantwortung basiert. Der Übergang erfordert zudem Lösungen für die Doppelbelastung der Übergangsgeneration, die

gleichzeitig bestehende Ansprüche finanzieren und eigene Vorsorge aufbauen muss.

Gleichzeitig darf der Übergang nicht dazu führen, dass Menschen, die über Jahrzehnte zur Teilnahme gezwungen wurden, in existenzielle Not geraten. Ziel kann daher nicht der vollständige Schutz bestehender Ansprüche sein, sondern die Sicherstellung eines Mindestschutzes vor absoluter Armut im Alter.

Dies ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Notwendigkeit. Rentner stellen einen erheblichen Teil der Wählerschaft dar. Reformen, die ihre grundlegende Absicherung infrage stellen, würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auf massiven Widerstand stoßen und politisch scheitern. Ein Mindestschutz ist daher Voraussetzung dafür, dass ein Übergang zu einem liberaleren System überhaupt durchsetzbar wird.

### **Langfristiger Wandel: Die Rolle liberaler Intellektueller**

Die Ausbildung einer neuen Generation von Intellektuellen ist keine randständige Aufgabe, sondern die zentrale Voraussetzung für nachhaltige Reformen. Institutionen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden Ideen einer Gesellschaft. Solange in Bildung, Medien und öffentlicher Debatte Vorstellungen dominieren, die Abhängigkeit moralisch legitimieren und Eigenverantwortung zurückdrängen, bleibt auch das Rentensystem in seiner gegenwärtigen Form stabil.

Es bedarf daher jener Vermittler von Ideen, die ökonomische Zusammenhänge nicht nur erklären, sondern moralisch einordnen. Intellektuelle müssen deutlich machen, dass ein System individueller Vorsorge nicht nur effizienter, sondern auch gerechter ist.

Diese neue intellektuelle Gegenkultur muss in allen zentralen Sphären der Meinungsbildung wirken. In der Bildung sind es Lehrer und Professoren, die ein Verständnis für ökonomische Zusammenhänge und individuelle Verantwortung vermitteln. In den Medien sind es Journalisten und Publizisten, die komplexe Fragen verständlich aufbereiten und die moralischen Prämissen politischer Entscheidungen sichtbar machen. In der Kultur sind es Autoren, Filmemacher und Künstler, die Leitbilder eines selbstbestimmten Individuums vermitteln. Und in der Öffentlichkeit schließlich sind es Redner, Podcaster und digitale Meinungsmacher, die diese Ideen verbreiten und gegen bestehende Narrative verteidigen.

Erst wenn sich die zugrunde liegenden moralischen Überzeugungen verändern, wird ein

Übergang zu einem liberalen Rentensystem politisch möglich.

### Kurzfasit

Das Umlagesystem verspricht Sicherheit und erzeugt Abhängigkeit. Es nennt sich solidarisch und beruht auf Zwang. Es gilt als gerecht und entzieht dem Einzelnen die Verantwortung für sein eigenes Leben. Vielleicht ist es daher kein Zufall, dass seine größten Probleme nicht trotz, sondern gerade wegen seiner Prinzipien entstehen.

Wer das ändern will, muss nicht nur ein System reformieren, sondern eine Denkweise.





# GEDANKEN **SPRUNG**

Kolumne

## „Realismus statt Wunschdenken“

Wunschdenken beginnt oft mit einem edlen Motiv. Es will entlasten, schützen, ordnen, verbessern. Problematisch wird es dort, wo es die Wirklichkeit nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

Knappheit verschwindet nicht, weil Politik sie für ungerecht hält. Energie wird nicht günstiger, weil man hohe Preise beklagt. Wohnungen entstehen nicht, weil man Mieten deckelt. Wohlstand wächst nicht, weil man ihn anders verteilt. Und Innovation entsteht nicht, weil ein Ministerium einen Plan formuliert.

Die Marktwirtschaft ist kein romantisches Versprechen. Sie ist ein Verfahren, mit Wirklichkeit umzugehen. Preise sind dabei keine Zumutung, die man politisch übertönen sollte. Sie zeigen an, wo etwas fehlt, wo Nachfrage besteht, wo Ressourcen falsch gebunden sind und wo bessere Lösungen gebraucht werden. Wer Preissignale ausschaltet, beseitigt nicht das Problem. Er nimmt der Gesellschaft die Orientierung.

Wissen ist verstreut. Kein Staat, keine Kommission, kein Expertenkreis besitzt jene unzähligen Einzelinformationen, die Menschen im Alltag nutzen. Unternehmer, Kunden, Arbeitnehmer, Sparer, Investoren und Konsumenten handeln auf Grundlage von Erfahrungen, Erwartungen und Irrtümern. Aus diesem Zusammenspiel entsteht mehr Erkenntnis, als zentrale Planung je sammeln könnte.

Ja, Freiheit braucht Regeln: Eigentum, Vertrag, Haftung, Wettbewerb, verlässliches Recht. Aber diese Ordnung darf nicht mit Ergebnissteuerung verwechselt werden.

Unsere Zeit leidet weniger an fehlenden politischen Programmen als an einer Überproduktion von Steuerungsphantasien. Für fast jedes Problem wird ein Eingriff entworfen, eine Förderung beschlossen, eine Regulierung ergänzt. In der Summe entsteht eine Fesselung, die Unternehmergeist, Produktivität und Verantwortung schwächt.

Realismus heißt deshalb nicht Kälte. Es geht um die Frage nach Folgen, nicht nach Absichten. Eine gute Wirtschaftspolitik besteht nicht darin, jede Härte zu überdecken, sondern die Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen selbst handeln, leisten, sparen, investieren und Neues wagen können.

Wunschdenken verspricht eine Sicherheit, die nur durch Kontrolle erreicht werden kann. Freiheit vertraut auf Lernen durch Erfahrung.

Vielleicht ist genau das heute der notwendige Perspektivwechsel: weniger Glaube an den wohlmeinenden Planer, mehr Vertrauen in offene Prozesse. Weniger moralische Überhöhung des Eingriffs, mehr Respekt vor den Signalen der Wirklichkeit.

Realismus ist keine Resignation. Er ist der Anfang vernünftiger Politik.

Ralf M. Ruthardt



[www.hayek.de](http://www.hayek.de)